Antifaschistisches Infoblatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 94 | Frühjahr 2012 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Verfassungsschutz und Rechtsterrorismus

Protokolle des Versagens, Verharmlosens, Verschleierns



Inhalt

AIB 94 1 · 2012

Rubriken

3 Editorial

4 Kurzmeldungen

56 Rezensionen


6


24



42

Titel

6 100 Tage NSU

8 Versagen, verharmlosen, verschleiern
Über den Aufklärungsunwillen der Behörden

10 Geheimdienste und antikommunistische »Partisanen« in der BRD

14 Das V-Leute-Unwesen
Mehr Schaden als Nutzen

16 Der VS in Thüringen
Von Skandal zu Skandal

18 »Das Schweigen ist ein Schock«
Interview zu den Konsequenzen aus der Mordserie des NSU

NS-Szene

20 Sachsen: Der Streit zwischen »Freien Kräften« und NPD

22 Razzien im Hinterland
Das Ende des Aktionsbüro Mittelrhein

24 Nur eine Gang von vielen?
Spurensuche im Netzwerk waffenaffiner deutscher Neonazis

26 »National Befreite Zonen«
Vom Konzept zum Schlagwort

Braunzone

30 »Gegen den Zeitgeist«?
Gerhard Löwenthal – Vorbild für rechten Journalismus

Antifa

32 Nur zehn Tote mehr?
Vom Versagen der antifaschistischen Bewegung und zivilgesellschaftlicher Initiativen im Umgang mit der NSU-Mordserie

34 »Wake up – Stand up!«
Nachbetrachtung der Kampagne zur Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern

36 Konsequenzen ziehen
Ein Rückblick des Vereins LOBBI e.V.

Gesellschaft

38 Schlimmer als vermutet
Interview mit Hans-Christian Ströbele zum 2. Juni 1967

Rassismus

40 »... dass die Opfer Mitglieder, Angehörige einer kriminellen Organisation waren«

42 Der Oury-Jalloh-Prozess und der »Scherbenhaufen« Dessau

Geschichte

46 Europa-Konzeptionen der SS
»Großraumplanungen« und SS-Kontinuitäten nach 1945

48 »Ich war, ich bin und bleibe Nationalsozialist«
Von der Wehrmacht zum Neonazi-Vorbild: Otto Ernst Remer

Repression

50 Solidarität organisieren
Verfahren gegen Antirassisten in Stuttgart

International

52 Es ist Zeit zu handeln! | Tschechien
Roma im Norden Tschechiens

54 Neuer Graswurzel-Chauvinismus | Japan

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
http://aib.nadir.org/pgp.asc
PGP-Fingerprint (Neu ab Dezember 2011, AIB #93):
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

die Morde des NSU bedürfen weiterer Nachbetrachtung. In der letzten Ausgabe haben wir versucht, den Werdegang und Komplex der NSU nachzuzeichnen, seine Taten und Akteure zu beschreiben und die langjährig gewachsenen militanten Netzwerke näher zu beleuchten. Die gesamten Umstände rund um den NSU stellen jedoch aus antifaschistischer Sicht eine so schwerwiegende Zäsur dar, dass sich die Beschäftigung mit diesem Komplex auch durch die vorliegende Ausgabe zieht – und dies nicht nur im Schwerpunkt. Besonders die Arbeitsweise, die Vergangenheit und die Verstrickungen des Verfassungsschutzes interessierten uns in diesem Zusammenhang – aber auch spezifische Fragestellungen aus Sicht der antifaschistischen Bewegung, der Zivilgesellschaft und die Perspektive von Betroffenen rassistischer Gewalt. Im Vordergrund der vorliegenden Ausgabe steht die politische Bewertung. Die investigative Betrachtung des NSU wird hier aber gewiss auch in Zukunft weiterhin Raum einnehmen.

Aktuelles aus der übrigen Neonaziszene gibt es trotzdem. Auf Seite 22f. geht es um die Razzien beim »Aktionsbüro Mittelrhein« Mitte März 2012, bei denen 24 Neonazis verhaftet wurden, den Hintergrund und das UnterstützerInnennetz des sogenannten »Braunen Haus« in Bad Neuenahr/Ahrweiler. Auch das neonazistische Konzept der »National Befreiten Zonen«, szeneinterne Streitigkeiten in Sachsen und ein weiteres Mal die Netzwerke waffenaffiner Neonazis sind eine genauere Betrachtung wert.

International knüpfen wir u.a. noch einmal an unseren Artikel über Faschismus und Geschichtspolitik in Japan (AIB #92) an und lassen Eiichi Kido von der Universität Osaka über aktuelle rassistische Bewegungen berichten.

Am 13. Dezember vergangenen Jahres schießt ein Mann in der Innenstadt von Florenz auf senegalesische Straßenhändler. Der 40-jährige Modou Samb und der 54-jährige Mor Diop sind auf der Stelle tot, drei weitere Menschen werden schwer verletzt. Der Täter kommt aus dem Umfeld der neofaschistischen Gruppierung Casa Pound (AIB #92) und soll mehrfach für deren Theorie-Organ geschrieben haben.

Am 9. Februar wird im russischen Samara ein junger Mann tot aufgefunden, sein Körper weist Messerstiche, Rippenbrüche und Kopfverletzungen auf. Es ist Nikita Kalin, ein Antifaschist, Anarchist und Mitglied der Treffen »für faire Wahlen«. Als Tatverdächtiger wird kurz darauf ein stadtbekannter Neonazi festgenommen.

Unser Gedenken und unsere Solidarität gilt auch diesmal den Opfern und Angehörigen dieser rassistischen und faschistischen Morde.

Beinahe zu einem weiteren rassistischen Mord ist es am 24. Februar in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee in Berlin gekommen: Ein vietnamesischer Häftling wird von einem Mitgefangenen durch gezielte Messerstiche in die Brust lebensgefährlich verletzt – er überlebt nach einer Notoperation. Der Täter soll aus rassistischen Motiven gehandelt haben. Laut Medienberichten sitzt er wegen versuchten Totschlags im Gefängnis, weil er am 9. Oktober letzten Jahres einen Migranten niederstach. Diese Tat war bisher nicht als politisch motiviert bekannt geworden. Mit dem heutigen Wissen um die NSU-Ermittlungen lassen solche »Randmeldungen« hellhörig werden. Wie rassistisch vorgeprägt diese und die Berichterstattung darüber verliefen, fasst der Artikel auf S. 40f. zusammen.

Beispielhaft der Begriff »Dönermorde«. Als »eine sachlich unangemessene, folkloristisch-stereotype Etikettierung« bezeichnete ihn nun auch die »Unwort-Jury« und wählte ihn zum Unwort des Jahres 2011. In der Begründung heißt es: »Der Ausdruck steht prototypisch dafür, dass die politische Dimension der Mordserie jahrelang verkannt oder willentlich ignoriert wurde.« Eine richtige Erkenntnis.

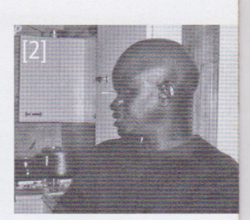
Auch im Prozess zum Tod von Oury Jalloh im Dessauer Polizeigewahrsam, der in nächster Zeit zu Ende geht, wird der rassistische Kontext wenig thematisiert. Den »Scherbenhaufen Dessau«, zwischen Neonazis, »Bürgermob«, Polizeiübergriffen auf Demonstrierende und die städtischen Reaktionen darauf wird auf Seite 42f. dargestellt.

Nach wie vor sitzt der australische Antifaschist Jock Palfreeman in Bulgarien im Gefängnis. 2007 wurde er zu 20 Jahren Haft verurteilt. Er war damals von Neonazis angegriffenen Roma zur Hilfe geeilt, ein Neonazi wurde durch einen Messerstich tödlich verletzt (AIB #87). In einem Brief an uns wünscht er sich internationale Solidaritätsaktionen zur Unterstützung seiner Forderung der Verlegung nach Australien und ein erneutes Aufrollen seines Verfahrens: »I'm putting out a call to action to all those opposed to racism both on the street and in it's institutionalised form of fascism.« Diese Bitte geben wir an dieser Stelle an euch weiter! Mehr zu dem Fall unter: www.freejock.com

Die Begriffsdebatte wird in dieser Ausgabe unterbrochen, in der nächsten aber fortgesetzt.

Mit der nächsten Ausgabe erlauben wir uns, nach 14 Jahren Preisstabilität, den Preis unserer Zeitschrift um 40 Cent auf 3,50 Euro zu erhöhen. Leider gingen Porto-, Druck- und andere Kostensteigerungen seit 1998 auch an uns nicht spurlos vorüber.







Opfer rechter Morde:
[1] Modou Samb
[2] Mor Diop
[3] Nikita Kalin

»Nationales Zentrum« in Dortmund vor dem Aus?

Seit mehr als zweieinhalb Jahren dienen die Räumlichkeiten im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld lokalen Neonazis als Treffpunkt und Veranstaltungsraum. Anfang 2011 kaufte die Stadt Dortmund das komplette Haus mit dem Ziel, dort einen Jugend- und Bürgertreff einzurichten. Doch trotz des Eigentümerwechsels werden dort nach wie vor allwöchentlich »Kameradschaftsabende« und weitere Treffen sowie Vortragsveranstaltungen abgehalten. Auch die berüchtigte »Borussenfront«, eine rechte Hooliganvereinigung um den Neonazi Siegfried Borchardt, konnte dort im April 2011 ungestört den Jahrestag ihrer Gründung vor knapp 30 Jahren feiern.



Foto: Daniel Markgraf

Erst ein Jahr nach der Übernahme des Gebäudes durch die Stadt hat diese den Neonazis für Ende März 2012 die Kündigung ausgesprochen. Eigentlich hatten die Neonazis für das als »Nationales Zentrum« bekannt gewordene ehemalige Ladenlokal einen bis April 2015 laufenden gültigen Mietvertrag. Prompt legten sie Widerspruch gegen die Kündigung ein und gaben sich kämpferisch: Auf einem auf ihrer Website veröffentlichten Foto posieren rund 30 Neonazis vor dem Haus – maskiert, mit Knüppeln bewaffnet und mit Schutzschilden ausgerüstet. Zudem wurde eine kleine Kampagne unter dem Motto »R135 bleibt!« (Rheinische Straße 135) gestartet und zu einem Aufmarsch am 31. März 2012 für den Erhalt der Räumlichkeiten aufgerufen. Deutlich wird, wie wichtig ihnen diese Immobilie als Teil ihrer Infrastruktur ist und wie sehr ein Verlust eben dieser sie treffen würde. (dm) ■

Razzien gegen Maskenmärsche

Das Neonazi-Aktionskonzept der »Unsterblichen« (siehe AIB # 92) gerät merklich in den Fokus der Ermittlungsbehörden. Am 12. Januar 2012 wurden auf Initiative der sächsischen Polizei insgesamt 44 Wohnungen von Neonazis in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg durchsucht. Neben Waffen und Szeneartikeln wurden auch weiße Masken und Fackeln beschlagnahmt. Der Vorwurf: Die Durchsuchten sollen gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben, weil sie sich an einem »Unsterblichen«-Marsch im September 2011 in Stolpen (Sächsische Schweiz) beteiligt hätten. Am 2. März 2012 folgten weitere Razzien. Diesmal wurden Objekte von 17 Neonazis aus Hamburg und Niedersachsen wegen eines »Unsterblichen«-Marsches im Dezember 2011 in Hamburg-Harburg durchsucht. Auch diesem Fall liegt der Vorwurf des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zugrunde.

Bereits in Reaktion auf die erste Durchsuchungswelle hatten die »Unsterblichen« einen »Maskenball des Widerstands« organisiert. Auf die Razzien folgten etliche Berichte zu den »Unsterblichen«-Märschen (unter anderem: »Spiegel-TV«) und ein anonym geführtes Interview in der Märzausgabe des extrem rechten Monatsmagazin »Zuerst!«. Unter dem Motto »Die Unsterblichen« fand erstmals im April 2011 in Bautzen ein Neonaziaufmarsch statt. Die Aktion war heimlich organisiert und nicht polizeilich angemeldet. Mehrere hundert Neonazis liefen nachts, mit Fackeln und weißen Masken durch die sächsische Kleinstadt. Die Aktion wurde in einem aufwändigen Internetvideo nachbereitet. Dieses Aktionsmuster wurde bundesweit breit rezipiert und dutzendfach nachgeahmt. Initiator der Kampagne ist das Südbrandenburger Neonazi-Netzwerk »Spreelichter«. ■

Gedenkveranstaltung für NSU-Opfer in Rostock durch Neonazis gestört

Nach dem Bekanntwerden des neonazistischen Hintergrundes des Mordes 2004 in Rostock, riefen antifaschistische und antirassistische Gruppen am 25. Februar 2012, dem achten Jahrestag, zum Gedenken an Mehmet Turgut auf. Ihrem Aufruf, am Ort des Geschehens die Erinnerung wach zu halten und sich mit allen Opfern neonazistischer Gewalt zu solidarisieren, folgten ca. 120 Antifaschist_innen und Bürger_innen. In Rostock-Toitenwinkel angekommen, wurden die Teilnehmenden von Dutzenden NPD-Aufklebern und neonazistische Sprühereien wie »Dönermord Ha Ha« empfangen. Bereits am Vortag hatte die rechte Gruppe »Nationale Sozialisten Rostock« (NSR) den Antifaschist_innen auf ihrer Internetseite gedroht. Unter der Überschrift »Toitenwinkel wartet« veröffentlichten sie ein Mob-Foto, auf dem die NPD nahen »Autonomen Nationalisten« vermummt und bewaffnet zu sehen sind. Während der Kundgebung hielten sich die Neonazis jedoch zurück und traten erst nach deren Beendigung in Erscheinung. Wie angekündigt, versuchte eine Gruppe von ca. 16 örtlichen Kameradschaftlern und NPDlern die Antifaschist_innen anzugreifen. Sie beließen es jedoch bei einem Versuch und attackierten stattdessen zwei Polizisten. Unter den Angreifern auf die Kundgebung befand sich der Anti-Antifa-Fotograf, Kopf der NSR und NPD-Direktkandidat, Michael Fischer.

Bereits im Sommer letzten Jahres kam es im Stadtteil zu einem Überfall von Neonazis auf Antifaschist_innen, der jedoch abgewehrt und von Seiten der Polizei zum Anlass genommen wurde, die antifaschistische Landtagswahlkampagne »Wake up – Stand up« zu kriminalisieren (siehe S.34 f.). ■



1| Michael Fischer (NPD, NSR), 1.v.l., begleitete als Fotograf den versuchten Neonazi-Angriff.

Venceremos!? Dresden 2012.

Nachdem in den vergangenen zwei Jahren bereits wegen erfolgreicher Blockaden der Neonazi-Großdemonstration in Dresden das lange Zeit prägende Bild des revisionistischen Gedenkens an den alliierten Bombenangriff auf Dresden erfolgreich gestört wurde, war in diesem Jahr nun auch die etablierte kleinere Trauerdemonstration der Neonazis am 13. Februar ein Desaster.

Die Neonazi-Szene stand im Vorfeld vor massiven Problemen: Für die große Wochenend-Demonstration fanden sich keine Organisatoren: Die NPD war wegen Führungskrise, Verbotsdebatte und des krampfhaften Bemühens, jegliche Verbindung zum NSU zu leugnen, so geschwächt, dass sie weder in der Lage noch Willens war, die Verantwortung für die Versammlung zu übernehmen. Die »Freien Kräfte« setzten ausschließlich auf den 13. Februar. Nach den erfolgreichen Blockaden in den Vorjahren resignierte die bisherige Organisatorin, die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland«, und blies die Demo bereits im Vorfeld ab.

Zum Fackelumzug der »Freien Kräfte« am 13. Februar erschienen 1.800 Neonazis, womit deutlich wurde, dass die Mobilisierungswirkung abgenommen hat. Die Route wurde blockiert, Maik Müller musste nun als Veranstalter entscheiden, ob er eine Minirunde von 1,2 km dreht oder gänzlich auf den Aufmarsch verzichtet. Er entschied sich für Ersteres, was dazu führte, dass die vordersten Neonazis bereits zum Ausgangspunkt zurückkehrten, als das Ende der Demo gerade erst loslief.

Aufgrund der Proteste und der Unfähigkeit des Veranstalters ging schief, was schief gehen konnte. Die Ordner aus den Strukturen des »Freien Netzes« verweigerten teilweise ihren Dienst, zahlreiche Teilnehmende waren für eine Trauerdemonstration nicht angemessen gekleidet, Kränze hatte kaum jemand bestellt und die Technik war mehr schlecht als recht zusammengeschustert. Nachdem hunderte Neonazis, vorrangig aus Mecklenburg-Vorpommern, aufgrund der kurzen Strecke und der festgestellten »Rückgratlosigkeit« des Anmelders gegenüber den Behörden ca. 30 Minuten stehengeblieben waren, kam es auch noch zu recht »unfeierlichen« Wortgefechten und kleineren Rangeleien mit den Veranstaltern. ■

100 Tage NSU

Mehr als einhundert Tage sind mittlerweile seit dem Bekanntwerden der Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) vergangen. Zeit für eine Zwischenbilanz der staatlichen Strafverfolgung von Mitgliedern bzw. UnterstützerInnen des NSU und einer Bewertung der Untersuchungsinstrumente in Bezug auf das komplette Versagen staatlicher Sicherheitsbehörden und Geheimdienste. Eher zwiespältig ist die Bilanz antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Reaktionen.

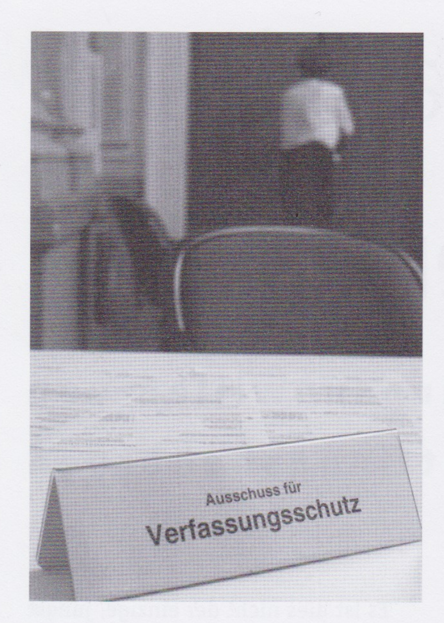
Es ist klar, dass das NSU-UnterstützerInnen-Netzwerk aus langjährigen, bundesweit vernetzten Blood&Honour-Strukturen, dem Thüringer Heimatschutz, sowie NPD- und JN-AktivistInnen noch keineswegs ausermittelt ist. Gleichermaßen wird das Versagen der Ermittlungsbehörden immer deutlicher. So war bereits im Jahr 2000 bei einem NSU-Unterstützer eine Adressaufstellung gefunden worden, die auch die Namen Mundlos und Zschäpe enthielt. Im gleichen Jahr hatte ein V-Mann, die nun im Fokus der Ermittlungen stehenden NSU-UnterstützerInnen bezichtigt, Waffen für das Neonazi-Trio besorgt zu haben. Schon jetzt wird deutlich, dass sich das NSU-UnterstützerInnen-Netzwerk aus offen auftretenden Neonazis speiste, welche zum Teil in der NPD agierten, rechte Szeneläden betrieben oder Neonazikonzerte veranstalteten. In einem bekannten Jenaer Neonazigeschäft soll ein früherer NPD-Funktionär beispielsweise jene Waffe gekauft haben, mit der der NSU seine Mordserie verübte. Weitere Verdächtige waren den Ermittlungsbehörden aus dem Verfahren gegen die Neonaziband »Landser« bestens bekannt und hatten seinerzeit sogar mit ihnen kooperiert. Die Überwachungen in diesem Umfeld waren engmaschig und an der »Landser«-Produktion waren V-Leute verschiedener Verfassungsschutzämter beteiligt.

Wir haben uns an dieser Stelle bewusst dazu entschieden, unseren Fokus auf eine politische Bewertung zu legen. Eine Analyse der NSU-UnterstützerInnenstrukturen und ihre Einbindung in die bundesdeutsche Neonaziszene wird uns aber mit Sicherheit weiter beschäftigen.

Den Schlussstrich schon vor Augen...

»Mein Vater wurde von Neonazis ermordet. Soll mich diese Erkenntnis nun beruhigen?« fragte Semiya Simsek in die Stille hinein. Über eintausend geladene Gäste aus Politik und Zivilgesellschaft folgten ihrer Rede im Berliner Konzerthaus am Gendarmenmarkt anlässlich des Staatsaktes zum Gedenken an die zehn Opfer des NSU. Enver Simsek, der Vater der heute 25-Jährigen, war das erste Opfer der rassistischen Mordserie. »Doch in Ruhe Abschied nehmen und trauern, das konnten wir nicht« berichtete Semiya Simsek. Inzwischen ist bekannt, dass alle Familien der NSU-Opfer durch die rassistische Stereotypisierung der Ermittler_innen über ein Jahrzehnt mit dem Verdacht konfrontiert wurden, die Mörder seien entweder im familiären Umfeld oder »bei der Drogen-, Döner- oder Wett-Mafia« zu suchen. Die Folge: Die Familien vereinsamten unter dem Stigma vermeintlicher krimineller Kontakte zunehmend, Kinder und junge Erwachsene waren nicht mehr in der Lage ihre Ausbildung zu beenden, einige erkrankten psychisch. Hinzu kam in vielen Fällen eine ökonomische Existenznot. Viele Angehörige erfuhren erst aus den Medien, dass die Täter gefasst und aus neonazistischen Motiven gehandelt hatten. Wie belastend diese Jahre der Verdächtigungen und der aktuelle Umgang mit der NSU-Täterschaft für die Angehörigen und Verletzten sein muss, lässt sich nur ansatzweise erahnen. Deutlich wird vor allem, dass die Botschaft der TäterInnen durch das Verhalten der Sicherheitsbehörden und das jahrelange gesellschaftliche Schweigen und Desinteresse dazu geführt hat, dass den Angehörigen und Verletzten jegliches Gefühl von Zugehörigkeit in Deutschland genommen wurde.

Die Bundeskanzlerin hat sich während des Staatsakts Ende Februar für das Leid, das den Familien durch staatliche Institutionen beigefügt worden war, öffentlich entschuldigt. Doch viele der Anwesenden konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Gedenkveranstaltung auch einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung der politisch Verantwortlichen mit dem Schicksal der Angehörigen und der Verletzten der beiden NSU-Bombenanschläge in Köln ziehen sollte. Dies wird u.a. daran deutlich, dass Barbara John, die als von der Bundesregierung eingesetzte Ombuds-



frau mehr als 80 Familienangehörige unterstützen soll, seit Monaten ohne eine angemessene materielle und personelle Ausstattung arbeiten muss. Dies wird auch deutlich an den teilweise zynisch geringen Billigkeitsentschädigungen, die das Bundesamt für Justiz einzelnen Betroffenen bislang angeboten hat. Und nicht zuletzt wird das mangelnde staatliche Interesse an einer langfristigen Unterstützung und Begleitung für diese große und sehr heterogene Gruppe von Betroffenen auch daran deutlich, dass der Aufbau von unabhängigen, spezialisierten Opferberatungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt in den westlichen Bundesländern, in denen die Betroffenen leben, noch immer entweder nicht adäquat finanziert wird oder aber gar nicht stattfindet.

Die Untersuchungsausschüsse

Mittlerweile gibt es drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die das Versagen der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste aufklären sollen – im Bundestag sowie im thüringischen und sächsischen Landtag. Hinzu kommt noch eine so genannte Bund-Länder-Kommission, die die Pannen in der Zusammenarbeit der jeweiligen Sicherheitsbehörden und Geheimdienste aufklären und Handlungsempfehlungen aussprechen soll. Desweiteren ein von Bund und Ländern gemeinsam beschlossenes, im Sinne des Trennungsgebots[1] von Polizei und Geheimdiensten mehr als bedenkliches, »Terrorabwehrzentrum Rechts« sowie eine gemeinsame Verbunddatei für »Gewalttäter Rechts«, in der alle verfügbaren Daten über gewaltbereite Neonazis gespeichert werden sollen. Letztere sind – neben der altbekannten Debatte um ein NPD-Verbot – die absurdesten Antworten auf das Versagen der Sicherheits- und Geheimdienste. Noch vor jeglicher Aufarbeitung, Auseinandersetzung und Evaluierung struktureller Fehler und Fehlverhaltens einzelner Beamter erhalten ausgerechnet diese Behörden mehr Mitarbeiter_innen, mehr Befugnisse und mehr Geld.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) im Bundestag keine umfassende Aufarbeitung erwartet werden sollte: Dem PUA bleibt kaum noch ein Jahr bis zum Ende der Legislaturperiode, um mehr als 2.000 Bände Akten zu sichten und unzählige Zeug_innen zu befragen. Hinzu kommt die schon in den ersten Sitzungen des Innenausschusses sichtbare deutliche Weigerung der Länder, allzutiefe Einblicke hinter die Kulissen der jeweiligen Dienste und Behörden zu gewähren. Die Erfahrungen aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum BND-Skandal machen deutlich, dass die Grenzen solcher Ausschüsse noch immer durch die Parteiräson gesteckt werden – unabhängig davon, ob einzelne Politiker_innen durchaus glaubwürdig versichern, dass »alles auf den Tisch kommt«. Eine schonungslose Aufklärung müsste auch bedeuten, dass von Seiten der Behörden und politisch Verantwortlichen die Tatsache eingestanden wird, dass man zwei Jahrzehnte lang zugeschaut hat, wie militante Netzwerke entstanden und deren mörderische Ideologie der »weißen Vorherrschaft« und strategische Debatten um einen »bewaffneten, führerlosen Widerstand« verbreitet wurden.

Ob die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und das Strafverfahren unter der Regie der Bundesanwaltschaft befriedigende Antworten auf die alles entscheidende Frage produzieren werden, wieso die Sicherheitsbehörden und Geheimdienste mehrerer Bundesländer das Kern-Trio des NSU bis zum Jahr 2001 im Visier hatten und es dann scheinbar spurlos aus den Augen verloren, erscheint vielen Beobachter_innen daher inzwischen eher unwahrscheinlich.

Das gesellschaftliche Schweigen

Schon unmittelbar nach Bekanntwerden der NSU-Verantwortung für die in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose rassistische und neonazistische Mordserie, öffnete sich eine erschreckende Schere zwischen medialer Berichterstattung einerseits und dem beklemmenden Schweigen, mit dem weite Teile der Gesellschaft – und vielerorts auch Antifaschist_innen – darauf reagierten. Die vereinzelten Menschenketten, Konzerte gegen Rechts oder Kundgebungen antifaschistischer Gruppen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es keine angemessene gesellschaftliche Reaktion auf diese neue Dimension neonazistischer Gewalt und Bedrohung gegeben hat. Es ist die gleiche Kälte und Distanz, mit der auch die allermeisten anderen Opfer rechter und rassistischer Gewalt tagtäglich konfrontiert sind. Und die letztendlich so dazu beiträgt, dass die staatliche Deutungshoheit in Bezug auf den Umgang mit Neonazis und rassistischer Gewalt in der Praxis vor Ort noch immer kaum in Frage gestellt wird. ■

1| Aus den Erfahrungen mit dem Verfolgungsapparat des Nationalsozialismus wurde nach 1945 mit dem Trennungsgebot die Trennung von Geheimdiensten und Polizei beschlossen.

Wir empfehlen: nsu-watch.apabiz.de

Das NSU-Watchblog wird herausgegeben und redaktionell betreut vom apabiz e.V. Ziel ist es, die unabhängige Aufklärung rund um die Terrorzelle des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) und ihrer rassistischen Morde voranzutreiben.

Versagen, verharmlosen, verschleiern

Über den Aufklärungsunwillen von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden

Es war schon dunkel, als der Beamte der Bundespolizei nach Dienstschluss noch einmal an seine Arbeitsstelle zurückkehrte. Am 9. Dezember vergangenen Jahres fuhr der Mann in seinem Büro in der Dienststelle in Swisttal bei Bonn seinen PC hoch und löschte einen brisanten Datensatz. Es ging um Handydaten aus dem derzeit wichtigsten Strafverfahren Deutschlands – den Ermittlungen gegen die mutmaßliche rechte Terrorzelle »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU).

Andreas Förster

Andreas Förster ist freier Journalist in Berlin und arbeitet für die Berliner Zeitung und die Frankfurter Rundschau. Er ist Autor mehrerer Bücher über Geheimdienste.

Der Beamte arbeitet im Bundespolizei-Referat 55 und ist dort auf die technische Auswertung von Mobiltelefonen spezialisiert. Durch seine Hände ging auch ein Handy des am 24. November 2011 festgenommenen mutmaßlichen NSU-Helfers André Eminger. Das BKA hatte das Mobiltelefon dem Forensik-Referat in Swisttal zur Auswertung übergeben. Nachdem der Computerexperte eine DVD mit den ermittelten Daten aus Emingers Handy, darunter angerufene Telefonnummern und gespeicherte SMS, an das BKA übersandt hatte, kam von dort am 9. Dezember vergangenen Jahres per E-Mail die Weisung, die Handydaten im Computer des Referats zu löschen. Der Beamte gehorchte widerspruchslos, dabei war weder seine Referatsleitung informiert worden, noch gab es einen schriftlichen Löschungsbefehl aus der Leitungsebene des Bundeskriminalamtes. Und auch die Bundesanwaltschaft, eigentlich Herrin des Ermittlungsverfahrens, wusste von nichts.

BKA-Chef Jörg Ziercke sprach später von einem ganz normalen Vorgang, man habe nur verhindern wollen, dass zuviele Daten in zu vielen Behörden vorhanden seien. Aber normal war dieses Vorgehen eben nicht, weshalb auch das Bundesinnenministerium eine Stellungnahme vom BKA erbat. Denn eine Löschung von Daten in einem Strafverfahren ist ein rechtswidriger Vorgang, der einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Dienstpflicht darstellt. Muss die Bundespolizei doch sämtliche Ermittlungsergebnisse aufbewahren, mindestens bis zum rechtsgültigen Abschluss eines möglichen Gerichtsverfahrens. Schließlich könnten die Forensik-Experten aus dem Referat 55 als wichtige Zeugen in einem Prozess über die von ihnen technisch wieder hergestellten Daten Auskunft geben müssen.

Es ist dies nicht der einzige, jüngst ans Licht gekommene Vorgang, der neue Fragen nach der Rolle der Sicherheitsbehörden im NSU-Fall stellt. Es wurde auch bekannt, dass sich der sächsische Verfassungsschutz im vergangenen November bei der Nachfrage nach eben jenem mutmaßlichen NSU-Helfer André Eminger zunächst völlig ahnungslos zeigte; erst nach dessen Festnahme zwei Wochen später rückte man dann doch die über Jahre hinweg gesammelten Erkenntnisse über den Mann an die Ermittler heraus, auch diesmal nicht vollständig. Und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz spielte falsch: Als das BKA nach Informationen über den inzwischen inhaftierten möglichen NSU-Unterstützer Matthias Dienelt fragte, teilte die Kölner Behörde am 20. November 2011 schriftlich mit, man wisse nichts über den Mann. Tatsächlich aber ist Dienelt seit Jahren im GDS-Speicher erfasst, dem nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzbehörden.

All dies nährt das Misstrauen in den Aufklärungswillen von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden. Offenbar hat die eine oder andere Behörde ein Interesse daran, eigene Fehler und Versäumnisse zu vertuschen, weil man vielleicht doch deutlich dichter an der Zwickauer Zelle dran war, als man es heute zugeben will.

Tatsächlich hat es im unmittelbaren Umfeld der 1998 abgetauchten Jenaer Neonazis Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gleich eine Handvoll staatlicher Spitzel gegeben. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern hatten mindestens vier V-Leute und Informanten in der Neonazi-Vereinigung »Thüringer Heimatschutz« (THS), der auch die späteren mutmaßlichen Rechtsterroristen angehörten.

Bekannt war bereits, dass mit Tino Brandt der Anführer des THS zwischen 1994 und 2001 mit dem Thüringer Verfassungsschutz (LfV) zusammengearbeitet hatte. Brandt hielt das Amt über die Aktivitäten der Unterstützer des flüchtigen Trios auf dem Laufenden und leitete auch Geld aus dem LfV an die drei Neonazis weiter. Mit den Summen wollten die Verfassungsschützer angeblich die Gesuchten aus ihrem Versteck locken. Der obskure Plan, wenn er denn überhaupt in dieser Form existiert hatte, schlug jedoch fehl.

Offenbar aber war Brandt alias V-Mann »Otto« nicht der einzige Spitzel des Erfurter Landesamtes im THS. Dass das LfV dort noch eine weitere nachrichtendienstliche Quelle führte, legt ein Verfassungsschutzbericht nahe. Darin heißt es, ein Kontaktmann des untergetauchten Trios habe am 26. April 2000 »die Vertrauensperson des LfV Thüringen (gebeten), einen Kontakt zu einer der Familien der Untergetauchten herzustellen«. Dazu sollte ein Mobiltelefon an ein Elternteil übergeben werden. Tino Brandt alias »Otto« bestreitet vehement, jener V-Mann gewesen zu sein, der seinerzeit Kontakt mit den Eltern aufnehmen sollte. Ein solcher Vorgang sei ihm nicht bekannt, er sei auch nie in dieser Sache angesprochen worden, weil er die Eltern gar nicht gekannt habe, beteuert er.

Neben dem LfV Thüringen spielt auch das sächsische VS-Amt eine bislang recht undurchsichtige Rolle im Fall der NSU. Schließlich hielten sich die NSU-Aktivisten, unterstützt von einschlägig bekannten und zeitweise observierten sächsischen Neonazis, mehr als elf Jahre im Freistaat versteckt und organisierten von dort aus ihre Mordtaten. Das LfV in Dresden will von alldem nichts bemerkt haben, obwohl das Amt im Umfeld des Trios jahrelang hartnäckig recherchierte und dort offenbar auch eigene nachrichtendienstliche Quellen führte.

Doch auch mindestens zwei Bundesbehörden hatten eigene Quellen im Thüringer Heimatschutz. So liegen dem Erfurter Innenministerium Informationen vor, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) einen eigenen V-Mann im THS geführt haben soll. Entsprechende Erkenntnisse hatte das LfV dem Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) übermittelt. Über die Identität dieses V-Manns und die Dauer seiner Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst ist noch nichts bekannt.

Offengelegt wurde durch einen Ermittlungsbericht des BfV vom 12. Dezember vergangenen Jahres hingegen, dass auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) eine »Vertrauensperson« im THS geführt hatte. Der MAD hat das inzwischen auch bestätigt. Angeblich habe man den Einfluss extrem rechter Personen auf die Bundeswehr damit im Blick behalten wollen.

In dem Verfassungsschutz-Bericht wird auf einen Hinweis zum angeblichen Tod der drei flüchtigen Neonazis im Dezember 1999 eingegangen. Am Rande einer Schulabschlussfeier in Bad Blankenburg hatte demnach ein LKA-Beamter fälschlicherweise behauptet, Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt seien auf Kreta tot aufgefunden worden. Ohrenzeuge dieser Äußerung wurde dem Bericht zufolge eine nachrichtendienstliche Quelle des MAD, die offenbar direkten Zugang zur Führungsspitze des THS hatte. Denn im BfV-Bericht heißt es dazu: »Am folgenden Tag sei die Vertrauensperson



flickr.com/strassenstriche

des MAD von dem THS-Führungsaktivisten B. hierzu befragt worden.«

Bereits im vergangenen Dezember war bekannt geworden, dass eine V-Person des MAD kurz nach dem Abtauchen des Neonazi-Trios 1998 dessen neuen Aufenthaltsort an eine Außenstelle des Dienstes in Leipzig gemeldet hatte. Die Information sei seinerzeit jedoch nicht an den Verfassungsschutz weitergeleitet worden.

LfV, BfV, MAD – in diesem Reigen der Geheimdienste rund um die rechte Terrorgruppe NSU fehlt eigentlich nur noch der Bundesnachrichtendienst (BND). Der ist laut Gesetz nur für die Auslandsaufklärung zuständig. Und doch gibt es einen Hinweis darauf, dass auch der BND im Fall der Zwickauer Terrorzelle mitgemischt haben könnte. So hatte ein Beamter der Polizeidirektion Gotha gegenüber Vertrauten erzählt, dass ihn nach dem Auffinden der Leichen von Mundlos und Böhnhardt im ausgebrannten Wohnmobil am 4. November letzten Jahres zwei Männer aufgesucht hätten. Sie stellten sich als Mitarbeiter von BND und MAD vor und ließen sich über die Vorgänge in Eisenach und dem nahegelegenen Dorf Stregda informieren. Der MAD verweigerte auf Anfrage eine Auskunft dazu, der BND brauchte drei Tage, um die Aussage des Polizeibeamten zu dementieren. Der Beamte darf sich inzwischen nicht mehr äußern – er ist in die Sonderkommission »Trio« des BKA übernommen worden. ■

Geheimdienste und antikommunistische »Partisanen« in der BRD

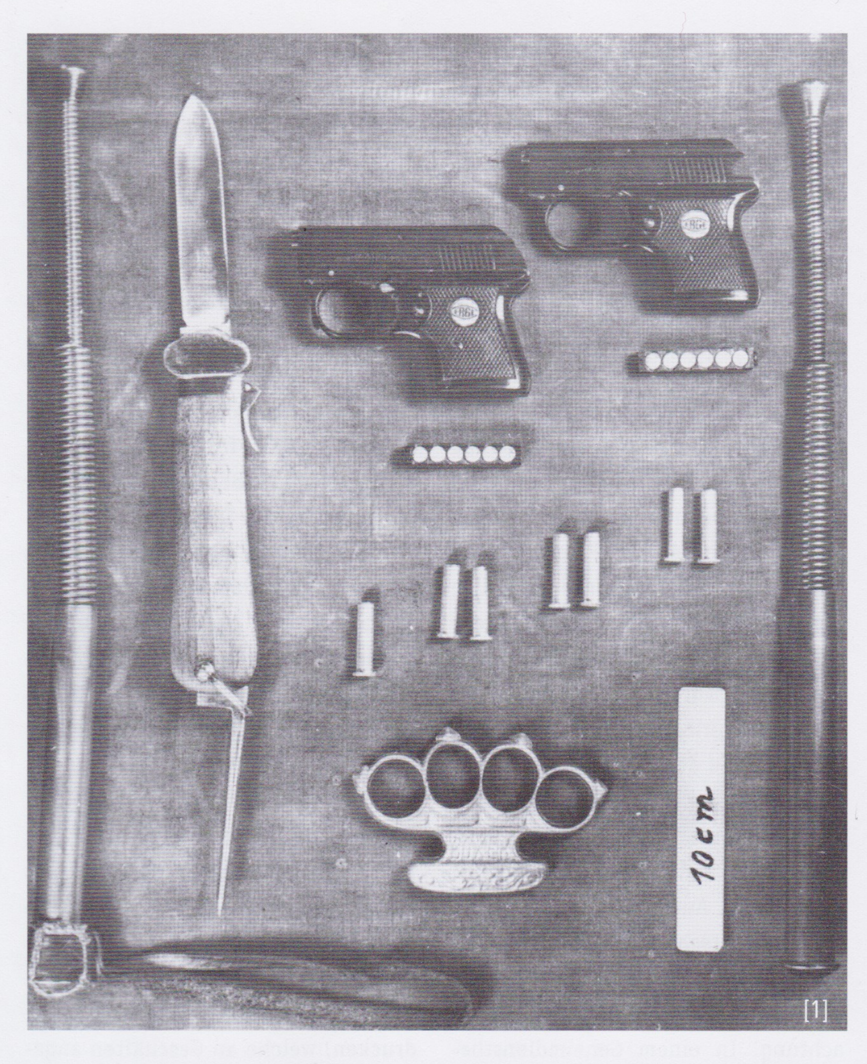
»Wo rechter Terror entsteht, sind Geheimdienste meist irgendwo mit im Spiel« – diese Faustregel antifaschistischer Journalist_innen galt bereits in den 1950er Jahren, als Westdeutschland noch ein »Frontstaat« im Kalten Krieg war. Damals konnte auf bundesdeutschem Nachkriegsboden eine antikommunistische paramiltärische Organisation mit dem Tarnnamen »Technischer Dienst« aufgebaut werden. Der »Technische Dienst« (TD) war eine antikommunistische Propagandaorganisation des »Bundes Deutscher Jugend« (BDJ). Gesteuert, finanziert und ausgebildet wurde die deutsche Guerillagruppe von amerikanischen Geheimdienstkreisen. Viele Mitglieder dieser »Partisanentruppe« wurden aus den Reihen der ehemaligen SS und der Waffen-SS rekrutiert. Für einen Skandal sorgte die Organisation, als sie »schwarze Listen« von Personen anlegte, die im Fall einer sowjetischen Invasion »kaltgestellt« werden sollten. Auf diesen Todeslisten fanden sich auch hochrangige SPD-Politiker. Der hessische Innenminister sah sich schließlich gezwungen, die Organisation im Januar 1953 verbieten zu lassen. Ein Blick zurück lohnt, da bereits hier im Zuge der versuchten Aufklärung des Skandals Verbindungen zwischen den militanten antikommunistischen Kreisen und dem Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt wurden. Auch das (politische) Konkurrenzverhältnis der verschiedenen geheimdienstlichen Landes- und Bundesbehörden war hier bereits auszumachen.

Ein SS-Mann packt aus

Im September 1952 hatte sich der frühere SS-Hauptsturmführer Hans Otto entschieden, bei der Frankfurter Kriminalpolizei eine brisante Aussage zu machen, die für einen handfesten diplomatischen Skandal sorgte. Die Kripo fasste seine Aussage schließlich zusammen: »Er gab an, einer politischen Widerstandsgruppe anzugehören, die es sich zur Aufgabe gestellt habe, im Falle eines russischen Vormarsches Brücken zu sprengen und Sabotage-Aktionen durchzuführen (...) Zur Ausbildung von Mitgliedern und Organisation sei eine Schule unterhalten worden, in der ungefähr 100 Personen politisch geschult, in der Bedienung von (...) Waffen und in der Anwendung militärischer Taktik unterwiesen worden seien. Die Mitglieder seien zum größten Teil ehemalige Offiziere der Luftwaffe, des Heeres und der Waffen-SS. Obgleich offiziell keine neofaschistischen Tendenzen gewünscht seien, seien diese aber in der Masse der Mitglieder häufig hervorgetreten. Die Mittel zur Finanzierung seien von einem amerikanischen Staatsangehörigen mit Namen Sterling Garwood zur Verfügung gestellt worden. Innenpolitisch seien die Ziele der Organisation gegen KPD und SPD gerichtet«[1]. Hans Otto wusste, wovon er sprach, er war in der Bundesführung des Bundes Deutscher Jugend (»Referat I f – Gegner«) und Leiter der Abteilung »Organisation« im Technischen Dienst des BDJ gewesen. Er war vorher zeitweilig Mitglied der »Bruderschaft« gewesen. Dies war eine logenartige Geheimgesellschaft alter Nazioffiziere um den früheren SS-Standartenführer Dr. Alfred Franke-Gricksch, die in der Tradition der Waffen SS eine antikommunistische Schutzarmee für ein »geeintes Europa mit Afrika als Hinterland« aufbauen wollte.

Heikle Ermittlungen

Die Ermittlungen westdeutscher Geheimdienstkreise hatten schon vorher heikle Ergebnisse hervorgebracht. So sollten zu den 60 Geldgebern des BDJ »die Firmen Bosch, Salamander, Reemtsma und Sarotti gehören«[2]. »Sämtliche bisherigen Ermittlungen lassen erkennen, dass der BDJ bis in die höchsten Instanzen in der Bundesrepublik (insbesondere mit dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen) Verbindungen und Sympathien besitzt« meldete die Behörde kurz darauf. Konkret wurden später BDJ-Kontakte zum Referenten für Jugendpflege im Bundesinnenministerium



[1] Eine Bundesdelegiertentagung des BDJ in Frankfurt wurde am 14. Dezember 1952 polizeilich aufgelöst. Das Bild zeigt von der Polizei beschlagnahmte Waffen.

benannt. Die Verfassungsschützer aus Hessen mussten auch feststellen, dass der BDJ einen »regen Gedankenaustausch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln unterhält (...) Anscheinend wird die BDJ-Führung vom Bundesamt für Verfassungsschutz als organisierte Nachrichtenquelle mit einem eigenen Netz unterhalten.«

Der BDJ – Auffangbecken für Wehrmachtsoffiziere

Im Juni 1950 wurde der BDJ als Jugendverband in Frankfurt gegründet. Er galt als ein rechtsgerichtetes Gegengewicht zur linken Freien Deutschen Jugend (FDJ)[3] und versuchte nach außen hin eine programmatische Abhebung von extrem rechten Positionen durch eine Anbindung an die bündische Jugendbewegung der 20er Jahre zu bewirken. Der BDJ verfügte über mehrere Landesverbände und unterteilte seine Mitgliedschaft in Jungen- und Mädelgruppen (über 18 Jahre) und Junggruppen (14 bis 17 Jahre)[4]. Nach eigenen Angaben hatte der BDJ über 17.000 Mitglieder. Die Sicherheitsbehörden ermittelten durch Zeugenaussagen jedoch nur »685 Mitglieder, von denen etwa 32 hauptamtlich tätig sind.« Dieser Personenkreis war durchschnittlich über 30 Jahre alt und somit für einen Jugendverband deutlich überaltert. Die meisten BDJ-Funktionäre hatten in der NS-Armee einen Offiziersstatus erreicht. Aufgrund der Besetzung der BDJ-Führungskräfte aus hauptberuflichen Militärs der NS-Armee, entwickelte der BDJ zunehmend militärische, antikommunistische und konspirative Konturen. So war schließlich für den Fall einer russischen Invasion geplant: »Alles (...) so vorzubereiten, daß dann der BDJ ungehindert als Untergrund- und Sabotagebewegung weiterarbeiten könne.«

Der BDJ-Initiator und Autor Paul Lüth

Der erste BDJ-Bundesführer und frühere Wehrmachtsunteroffizier Paul Egon Lüth alias Peter Bor veröffentlichte 1951 das Büchlein »Bürger und Partisan – Über den Widerstand von gestern, heute und morgen« als antisowjetische »Denkschrift«, politische Leitschnur und strategische Richtlinie für die Führungskader des Technischen Dienstes. In dieser streng vertraulichen Schrift warnt er vor einem Krieg durch den Weltbolschewismus und dessen fünfte Kolonnen. Der Feind sei nicht nur der Kommunist, sondern auch der bürgerliche »Kryptokommunist«. Der Partisan sei im Gegensatz zum Bürger frei von Eigentumsfixierung und für den »Tag X« jederzeit kampfbereit. Um die politischen Rahmenbedingungen der BDJ-Entstehung zu verstehen, lohnt auch ein Blick auf eine frühere Veröffentlichung von Lüth. Ein Jahr zuvor war sein Buch »Gespräche mit Halder« erschienen. Halder war der Generaloberst Franz Halder, welcher Chef des Generalstabs des NS-Heeres war. Für die Historical-Division der Amerikaner wertete er nach der Niederlage seiner Armee die militärischen Erfahrungen seiner Feldzüge aus. Franz Halder war es auch, der 1942 den Oberst i.G. Reinhard Gehlen, mit der Aufgabe betraute, aus der »Abteilung Fremde Heere Ost« einen militärischen Nachrichtendienst aufzubauen. In der jungen Bundesrepublik wurde Reinhard Gehlen Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND).

Antikommunismus als Geldquelle

Bei der Eintragung in das Gerichtsregister gab die Bundesführung ein Vermögen von 1,7 Millionen Mark aus Spenden an. Im Ministerbericht zum BDJ wurden »amerikanische Dienststellen« als Hauptfinanzier ermittelt. Auch amerikanische Firmen wie die Coca-

1| Bundesarchiv Koblenz: »Der Technische Dienst des Bundes Deutscher Jugend (BDJ)«, vorgelegt vom Hessischen Minister des Inneren. Zitiert nach Leo A. Müller: »Gladio – das Erbe des Kalten Krieges«, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH 1991.

2| Landesamt für Verfassungsschutz Wiesbaden: Ergänzungsbericht Az Tgb.-Nr.1/50. Zitiert nach Leo A. Müller: »Gladio – das Erbe des Kalten Krieges«, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH 1991.

3| »Angreifen und Zerstören« in DER SPIEGEL 48/1990

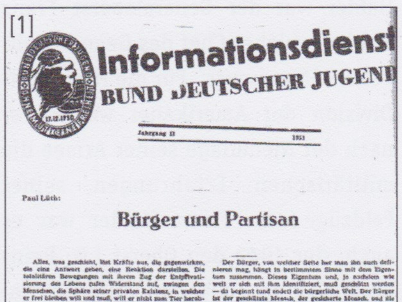
4| Jens Mecklenburg (Hg.): »Handbuch deutscher Rechtsextremismus«, Elefanten Press Verlag Berlin, Seite 154.

5| »Angreifen und Zerstören« in DER SPIEGEL 48/1990

6| Mit Steiner war der SS-Obergruppenführer Felix-Martin Steiner gemeint. Dieser war einer der Gründer der extrem rechten »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS (HIAG)«. Vgl. Seite 42.

➔

Cola-GmbH und die bereits genannten deutschen Firmen wurden als Geldgeber bekannt. »Aus den Beweisurkunden (...) kann wohl mit Sicherheit behauptet werden, daß kein anderer Jugendverband in der Bundesrepublik über so ausgezeichnete Beziehungen zu höchsten Staatsdienststellen, Wirtschaftsverbänden und früheren Militärs verfügt wie der BDJ und daß es ihm gelungen ist, durch diese Beziehungen hohe Geldbeträge zu erhalten (...)« stellte das hessische Innenministerium fest. Der BDJ erhielt beispielsweise durch Unterstützung von persönlichen Referenten des damaligen Bundeskanzlers und von Staatssekretären eine hohe finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln. Auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterstützte den BDJ finanziell. Die amerikanischen Finanzzuschüsse an den BDJ und den TD liefen nach Ermittlungen der hessischen Verfassungsschützer auch direkt über dubiose Mittelsmänner amerikanischer Dienststellen. Der BDJ-Mann Dieter von Glahn berichtete 1990 in »Der Spiegel«, dass sie ihr Geld in Koffern von amerikanischen Geheimdiensten bekommen hätten.[5]



[1]

Informationsdienst
BUND DEUTSCHER JUGEND

Jahrgang II 1951

Paul Lüth:

Bürger und Partisan

Alles, was geschieht, löst Kräfte aus, die gegenwirken, die eine Antwort geben, eine Reaktion darstellen. Die totalitären Bewegungen mit ihrem Zug der Entprivatisierung des Lebens rufen Widerstand auf, zwingen den Menschen, die Sphäre seiner privaten Existenz, in welcher er frei bleiben will und muß, will er nicht zum Tier herabsinken oder zum tiergleichen Staatsklaven, zu verteidigen.

Der Bürger, von welcher Seite her man ihn auch definieren mag, hängt in bestimmtem Sinne mit dem Eigentum zusammen. Dieses Eigentum und, je nachdem wie weit er sich mit ihm identifiziert, muß geschützt werden — da beginnt (und endet) die bürgerliche Welt. Der Bürger ist der geschützte Mensch, der gesicherte Mensch, und die Sekurität ist sein bedeutendstes Problem. Um Schutz, um

[1] Paul Lüths Kampfschrift »Bürger und Partisan«



[2]

...d der Reden habe darin ge-... Moskaus Interesse an einer ... der gesamtdeutschen Frage wei-... groß sei. Nach dieser Darstellung sei

rung der „Nationalen Streitkräfte" zu rechnen, um der westlichen Politik der „Einheit durch Stärke" ein entsprechendes Gewicht entgegenzustellen.

Im Falle X handstreichartig: Partisanenchef Peters, BdJ-Führer Lüth

[2] Faksimile DER SPIEGEL 15.10.1952: Partisanenführer Erhard Peters (links) und BDJ-Führer Paul Lüth (rechts).

Das Feindarchiv

Von BDJ-Funktionären wurden schon frühzeitig Archive über politische Gegner angelegt. Der Bremer Verfassungsschutz wusste von Listen von KP-Mitgliedern, die das Vorstandsmitglied der Bremer Deutschen Partei (DP), Heinz Hoffmann, in einem Raum des BDJ unterbringen wollte. Der hessische Verfassungsschutz hatte Kenntnisse, dass in Sachen Archiv (Personen- und Suchkartei) der »bekannte ehemalige Gestapo-Chef Herrlein seine anonyme Mitarbeit (Schwerpunkt: Linksparteien) zugesagt« habe. Das hessische Innenministerium hatte die »Abteilung I f (Gegner)« der BDJ-Bundesführung im besonderen Blick. Deren Aufgabe war es, Informationen u.a. über kommunistische und sozialistische Parteien zu sammeln. Auch Gruppen, die gegen »einen deutschen Verteidigungsbeitrag« wirken und selbst der Verfassungsschutz standen unter BDJ-Beobachtung. In einem Geheimdienstbericht aus dem Januar 1951 heißt es dazu aus der BDJ-Bundesführung: »In diesem Zusammenhang werden laufend Gespräche mit Generaloberst Halder geführt; so ist wiederum für die kommende Woche eine Unterredung mit ihm und dem Generalobersten Steiner von der Waffen-SS in München vorgesehen«[6]. Die »Schwarzen Listen« wurden für die Berufs-Antikommunisten und Geheimbündler des BDJ zu einer zentralen Aufgabe und Motivation. Als im September 1952 der TD von den Behörden ausgehoben wurde, fielen den Durchsuchungsbeamten u.a. »Personalblätter über 15 KPD- und 80 SPD-Mitglieder« in die Hände. Der Präsident des BfV erklärte später zu dem Fund, »daß diese Blätter in Anlage und Aufbau jenen glichen, wie sie das Bundesamt für Verfassungsschutz verwende.«

Angelegt wurden diese »Proskriptionslisten«[7] von Hans Breitkopf, einem früheren Major und Kommandeur in der Wehrmacht. Bei seiner Vernehmung erklärte er u.a.: »Alle Angehörigen der aufzustellenden Widerstandsgruppe sollten am Tag X die Personen dem bolschewistischen Zugriff entziehen (...), damit sie keine Möglichkeit haben, ihre Gegner an die Russen zu verraten.« Die Ermittler gingen davon aus: »Die Proskriptionsliste enthält diejenigen Personen, die beseitigt werden sollten.« Der frühere Wehrmachtsoffizier und TD-Bereichsleiter für Oldenburg/Bremen Dieter von Glahn berichtete 1990 in »Der Spiegel«, dass allein er etwa 200 Karteikarten von »Staatsfeinden« verwaltet hätte. Die gesammelten Daten des TD seien seines Wissens nach später vom Verfassungsschutz in Hannover übernommen worden.[8]

Partisanen für Tag X

Der Antikommunismus des BDJ war nicht allein theoretischer Natur. So ließ der BDJ Aufkleber mit der Aufschrift »Ich bin ein Landesverräter – ich unterstütze die Kommunisten« drucken, welche an Geschäften angebracht wurden, die verdächtigt wurden, Kommunisten zu unterstützen.

Ab 1951 wurden konkrete Maßnahmen zur Gründung einer subversiven, bewaffneten, antikommunistischen »Partisanengruppe« begonnen. Mit Unterstützung eines US-Bürgers mit diversen Tarnnamen (»Mr. Garwood«) entstand hierfür der TD des BDJ. »Eine bewaffnete Widerstandsorganisation politischen Charakters« nannte BDJ-Vizechef Erhard Peters die Zielsetzung der Aufbauarbeit. Der frühere Offizier und Oberleutnant der Wehrmacht wurde nun zum »Partisanenführer« des TD. Die selbsternannten Partisanenkämpfer stellten in einem Papier namens »Grundsätzliche Anweisungen für den Mob-Plan A« klar, woher der Wind am Tag X wehen sollte: »Verräter, Deserteure und Meuterer werden erschossen!« Das TD-Strategiepapier »Maßnahmen zur Bekämpfung innerer Un-

ruhen« empfahl: »Alle Anfangsmaßnahmen hart und entschlossen durchführen. Frühes Blut vermeidet viel Blut« Dank der Unterstützung von »Mr. Garwood« verfügte der TD über falsche Führerscheine und gefälschte Kennkarten. Die Tarnfirma »Johann Saxer GmbH« (Vertriebsgesellschaft für Sperrholz) aus Neu-Isenburg lieferte die Legende für die Führung und Finanzierung des TD. Die geschätzten Kosten und Gehälter von 40.000 bis 50.000 Mark monatlich sollen ebenfalls über Mittelsmänner amerikanischer Dienststellen getragen worden sein.

»Partisanenschule« im Odenwald

Die ersten paramilitärischen Trainingslehrgänge des TD an Handfeuerwaffen und Sprengmitteln fanden ab Juni 1951 auf dem amerikanischen Truppenübungsplatz Grafenwöhr statt. Die ersten acht TD Landesführer wurden hierzu extra von einem amerikanischen LKW abgeholt und mit falschen Ausweisen versehen. Der ominöse »Mr. Garwood« soll hier nach Aussagen von Hans Otto vor einem späteren deutsch-amerikanischen Untersuchungsausschuss auch von »harten Foltermethoden« gesprochen haben. In Waldmichelsbach im Odenwald wurde im September 1951 das »Haus Wagner« für die »Partisanenschulungen« des TD bezogen. Hier gab es sogar einen alten Erzstollen, der zum Schießschacht ausgebaut wurde. Erhard Peters hatte es angemietet, die Miete zahlte ein früherer Mitarbeiter einer amerikanischer Dienststelle in Frankfurt. Bis zum Mai 1952 fanden hier regelmäßig achttägige »Partisanenlehrgänge« statt. Um auf den Untergrund vorbereitet zu sein, durchliefen etwa 130 Teilnehmer Kurse, u.a. im Schießen, im Umgang mit Sprengstoff, Übung an Waffen und dem Aufstellen von Autofallen.

Viel ermittelt, wenig aufgeklärt, nichts bestraft

Nach der Aussage von Hans Otto im September 1952 veranlassten die hessischen Sicherheitsbehörden eine Durchsuchungsaktion gegen den TD. Die Staatsanwaltschaft ermittelte u.a. wegen »Bildung eines Mordkomplotts«. TD-Chef Peters begab sich unter »amerikanische Schutzhaft« und vernichtete zwei Monate lang wichtige Unterlagen, bevor er sich der Polizei stellte.

Doch offenbar wurden die intensiven Ermittlungen der »sozialdemokratischen« Sicherheitsbehörden aus Hessen von den Bundessicherheitsbehörden des Adenauer-CDU-Staates nicht ganz so engagiert weitergeführt. Immerhin stand in dieser Zeit die Errichtung einer Nachkriegsordnung im Zeichen des Kalten Krieges, die Zementierung der Westintegration und die Remilitarisierung Deutschlands auf der politischen Agenda. Eine Belastung deutsch-amerikanischer Beziehungen war hier nicht erwünscht. Stoff dafür hätte es genug gegeben: Der frühere TD-Bereichsleiter Dieter von Glahn[9] berichtete 1990 in »Der Spiegel«, die Amerikaner hätten die TD-Männer überprüft. Rechte Antikommunisten und Rechtsradikale seien als »zuverlässig« eingestuft worden. Ein Vertreter der zuständigen Dienststelle der amerikanischen Armee erklärte im Zuge der Affäre nur, »die Organisation sei zur Zeit der Korea-Krise ins Leben gerufen worden, um bei der geringen amerikanischen Truppenstärke in Westdeutschland gegebenenfalls einen Widerstand zu organisieren«.

Nur zwei Wochen nachdem die Bundesanwaltschaft die Akten aus Hessen übernommen hatte, ordnete sie die Freilassung der inhaftierten TD-Männer an. Auf Vernehmungen oder eine Sichtung des Materials war in der Zwischenzeit verzichtet worden. Die Akten gingen kurioserweise auch nicht an den Bundesjustizminister, sondern an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Der hierfür mitverantwortliche Bundesanwalt Dr. Hubert Schrübbers machte anschließend eine Blitzkarriere zum Generalstaatsanwalt in Düsseldorf und zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Erst 17 Jahre später musste er diesen Job wieder aufgeben, als bekannt wurde, dass er schon zu NS-Zeiten als Staatsanwalt in politischen Strafsachen gegen Kommunisten und politische Widerstandskämpfer am Oberlandesgericht Hamm tätig gewesen war.

1955 beantragte die Bundesanwaltschaft die leitenden TD-Funktionäre »außer Verfolgung zu setzen«, was zwei Jahre später vom Bundesgerichtshof bestätigt wurde. Die Begründung steht für sich. Der 3. Strafsenat stellte am 6. Juni 1957 u.a. fest, dass »die besondere Zeitlage« nicht aus den Augen gelassen werden dürfe. Sie sei auch durch eine »gewisse Ratlosigkeit gegenüber der von kommunistischer Seite ohne Hemmungen getriebenen Agitation gekennzeichnet« gewesen. Der BDJ hätte außerdem das Ziel erklärt »für die freiheitlich demokratische Grundordnung und gegen totalitäre Bestrebungen jeder Art zu arbeiten«. ■



[1] Das Lokal des BDJ am Maybachufer in Berlin.

7| »Proskription« war die Bezeichnung für die öffentliche Bekanntmachung der Namen der Geächteten im alten Rom.

8| »Angreifen und Zerstören« in DER SPIEGEL 48/1990

9| Von Glahn setzte sein politisches Engagement in der CDU, bei den Republikanern und in der Konservativen Aktion fort.

Das V-Leute-Unwesen

Mehr Schaden als Nutzen

Heiner Busch

Heiner Busch ist im Komitee für Grundrechte und Demokratie und Redakteur von Bürgerrechte & Polizei / CILIP

Seit November letzten Jahres füllt das Neonazi-Trio, das sich »Nationalsozialistischer Untergrund« nannte und 1998 vor den Augen des Verfassungsschutzes abtauchte, die Zeitungen. Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe standen seit Mitte der 90er Jahre unter »Beobachtung« des Thüringer Landesamtes (LfV) und hatten ab 1995 einen Eintrag im Nachrichtendienstlichen Informationssystem des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV). Sie gehörten damals zur Jenaer Sektion des »Thüringer Heimatschutzes«. Das Thüringer LfV habe hier »eine Quelle an exponierter Stelle« gehabt, erklärte dessen Präsident Thomas Sippel im November 2011 vor dem Innenausschuss des Bundestages. In der Tat: Der ebenfalls aus Jena stammende Tino Brandt, alias V-Mann »Otto«, war die Führungsfigur der »Heimatschützer«. Der Neonazi, der es bis zum stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden brachte, stand von 1994 bis zu seiner Enttarnung 2001 in Diensten des Amtes. Er soll dafür insgesamt rund 200.000 DM kassiert haben, die er nach eigenen Angaben in den Aufbau des THS investierte. »Otto« hatte die gesamte »Karriere« des NSU-Trios bis zu seinem Abtauchen Anfang 1998 aus nächster Nähe verfolgt und auch danach noch mit den dreien Kontakt. Bis ins Jahr 2000 soll er sich mehrmals mit den Untergetauchten getroffen und davon auch seinem V-Mann-Führer berichtet haben.

Wie Sippel bereits in besagter Innenausschusssitzung berichtete, habe sein Amt auch »zum Aufspüren des Unterschlupfs des Trios« V-Leute eingesetzt. Die lieferten aber nicht nur zutreffende Hinweise auf einen Aufenthaltsort in Sachsen, sondern lenkten sowohl die Verfassungsschützer, als auch die Zielfahnder der Polizei auf falsche Fährten. »Mal hieß es, das Trio setzte sich nach Südafrika ab, (...) dann hieß es, sie seien auf Kreta tot aufgefunden worden«, so Sippel. Auch von Ungarn sei die Rede gewesen, berichtete BKA-Präsident Jörg Ziercke in derselben Sitzung. Das alles seien »möglicherweise bewusst fehlgeleitete Informationen« gewesen.

Wie der »Spiegel« und die »Berliner Zeitung« im Januar unter Berufung auf einen geheimen Bericht des BfV meldeten, sollen sich nach dem Untertauchen des Trios insgesamt fünf V-Leute im Umkreis des THS getummelt haben. Drei von ihnen hätten für »Bundesbehörden« gearbeitet, zwei für das Thüringer LfV. Dass das Amt seinen V-Mann »Otto« bei den Versuchen der Kontaktaufnahme vor der Observation durch die Zielfahnder der Polizei gewarnt hat, passt in dieses Bild.

Dünne Regeln für menschliche Quellen

»Hinsichtlich der als V-Mann anzuwerbenden Personen gibt es kaum rechtlich verbindliche (...) Kategorien.« So steht es in einem der lange Zeit führenden Kommentare zum »Nachrichtendienstrecht der Bundesrepublik Deutschland«. Der Verfasser, Helmut Roewer, war von 1994 bis zum Juni 2000 Präsident des Thüringer LfV. Unter seiner Ägide verpulverte das Amt bis zu 800.000 DM jährlich an Honoraren für die »menschlichen Quellen«.

Das Buch erschien 1986, als Roewer noch in der Verfassungsschutzabteilung des Bundesinnenministeriums arbeitete. Vier Jahre danach wurden neue Bundesverfassungsschutzgesetze verabschiedet. Aber auch dort wird man vergebens nach rechtlicher Verbindlichkeit suchen. Der Paragraph 8 Absatz 2 des Gesetzes ist vielmehr eine Ermächtigung für die Nutzung von »Methoden (...) der geheimen Informationsbeschaffung wie dem Einsatz von Vetrauenspersonen«. Was alles zu diesen Methoden gehört und wer sie anordnen darf, steht in einer »Dienstvorschrift Beschaffung« –»Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch« –, die vom Bundesinnenminister abgesegnet wird und über die nur das Parlamentarische Kontrollgremium »unterrichtet« wird, das wiederum selbst der Geheimhaltungspflicht unterliegt. Viel entscheidender als die dünnen rechtlichen Regeln sind die praktischen Bedingungen, über welche die offizielle und offiziöse Literatur zum Teil Märchen erzählt, die vor dem Hintergrund dessen, was über V-Leute im rechten Sumpf bekannt ist, geradezu lachhaft sind. Zum Beispiel das »Handbuch des Verfassungsschutzrechts« aus dem Jahre 2007. Für dessen Autorin Bernadette Droste ist zwar klar, dass V-Leute zu der Szene oder Organisation gehören müs-

sen, über die sie – gegen Honorar – berichten sollen. Sie seien aber keine hundsgemeinen Spitzel oder gar Kriminelle, die sich Haftverkürzungen, Geld oder ähnliches erwarten. Vielmehr handele es sich »nicht selten (...) um Bürger, die ursprünglich aus idealistischen Motiven Mitglieder extremistischer Parteien geworden sind und allmählich erkennen, dass diese Parteien oder Organisationen letztlich genau den Terror oder die Willkürherrschaft anstreben, gegen die sie angeblich selber vorgehen.« Ein solcher freiheitlich-demokratischer Sinneswandel ist aber bei jenen rechten Spitzeln, die über die Jahrzehnte hinweg aufgeflogen sind, definitiv nicht zu erkennen. Sie blieben durchweg ihrem braunen Gedankengut treu (und trugen, wie es so schön heißt, auf zwei Schultern): Sie informierten zwar in der Tat den Dienst, halfen aber auch ihren Organisationen – indem sie sich umso mehr für diese ins Zeug legten, indem sie ihr Honorar (teilweise) abgaben, indem sie ihre Berichte zuvor mit den eigenen Leuten absprachen und ähnliches mehr. Derartige Geschichten sind reihenweise dokumentiert – von Andreas Szypa, FAP-Mitglied, V-Mann des LfV-NRW, 1988 aufgeflogen, über Michael Wobbe, »Sicherheitschef« der Nationalistischen Front, V-Mann des LfV-Niedersachsen, der sich 1996 damit brüstete, dass ohne ihn »so manche Kameradschaft erst gar nicht entstanden« wäre, oder Thomas Dienel, zwischenzeitlich NPD-Landesvorsitzender in Thüringen, jener V-Mann, der sein Honorar als »Spende« für seine Propaganda-Aktivitäten begriff und dessen Enttarnung Roewers Karriere im Amt beendete, bis hin zu Tino Brandt – siehe oben. Einige dieser Herrschaften wurden praktischerweise auch mit Informationen über linke politische GegnerInnen versorgt.



V-Mann Tino Brandt (r.) im Gespräch mit SUPERillu-Reporter Hannes Hofmann in Rudolstadt. Ganz offen gibt Brandt seine Sympathie für die Nazigruppen zu und verrät, dass er seine V-Mann-Honorare der Szene spendete.

[1] Der V-Mann Tino Brandt (rechts) war eine Führungsfigur des »Thüringer Heimatschutzes«.

Screenshot von www.superillu.de

Der Verfassungsschutz, so Frau Droste weiter, arbeite langfristig und versuche seine V-Leute langsam in Positionen zu bringen, in denen sie an qualitativ wichtige Informationen herankommen. Spitzenleute dürften aber nicht rekrutiert werden, weil sie die Willensbildung der Organisation beeinflussen könnten. Umsonst sucht man in dem 2007 erschienenen Buch einen Hinweis auf offenkundige rechte Führungsfiguren wie Tino Brandt oder gar die V-Leute in den NPD-Vorständen, an denen 2003 das Verbotsverfahren scheiterte.

Unnütze Quellen

Vor dem Innenausschuss des Bundestags kam Sippel erneut mit der alten Leier: V-Leute seien notwendig, »um diese Szene überhaupt penetrieren zu können und Ermittlungsansätze zu finden.« Aber erstens sind diese Ansätze spätestens dann nichts mehr wert, wenn aus Gründen des »Quellenschutzes« der V-Mann vor den Ermittlungen der Polizei und vor den Verhandlungen der Gerichte abgeschirmt wird. Und zweitens dürfte die Qualität der Informationen, die aus diesen verseuchten Quellen sprudeln, sehr bedenklich sein. Da scheint es doch erheblich heilsamer auf journalistische Recherchen, die von Opferberatungsstellen gesammelten Aussagen und vor allem auf die politische Auseinandersetzung mit den Neonazis, aber auch mit dem Rassismus aus der »Mitte der Gesellschaft« zu setzen.

Das V-Leute-Unwesen gehört abgeschafft, der Verfassungsschutz am besten gleich mit. ■

Der VS in Thüringen

Von Skandal zu Skandal

Am 15. Dezember 2011 besetzten linke Aktivist_innen das Foyer des Thüringer VS und forderten die Auflösung der Behörde. Schon gute 10 Jahre vorher, im Mai 2001, hatte in der Haarbergstraße in Erfurt eine Kundgebung unter dem Motto »Alle reden von Nazis. Wir bezahlen sie« stattgefunden.[1] Die Behörde beharrt nach wie vor darauf, dass es in Thüringen vor allem ein Problem mit Antifaschismus gibt.



Der erste Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes war der 1994 ernannte Helmut Roewer, dessen Amtsführung auf Wikipedia als »exzentrisch« charakterisiert wird. In seiner Amtszeit wurde der HERON-Verlag als Tarnunternehmen des Thüringer VS gegründet. Roewer selbst trat unter dem Namen Stephan Seeberg als Geschäftsführer auf und ließ dem Verlag aus dem Etat des Landesamtes großzügige Mittel für zweifelhafte Aufträge zukommen[2]. Was aus dem Geld des Verlags geworden ist, wurde nie aufgeklärt. Die Presse spekulierte über inoffizielle Quellen – dabei waren die Zahlungen an offizielle Zuträger des Dienstes schon skandalös. So sind die 200.000 DM, die Tino Brandt – später NPD-Landesvize – in den 1990er-Jahren für Spitzeldienste erhalten hatte, in den Aufbau des »Thüringer Heimatschutz« geflossen.

Wie exzentrisch Roewer war, lässt sich besonders am »Monat im Amt« ablesen, Roewers dienstlichem Tagebuch, abgedruckt in den Monatsberichten der Behörde, die freiherzigere Lageeinschätzungen enthielten als der VS-Jahresbericht. Darin schützt der Amtschef z.B. seine Heimatstadt Weimar vor ungerechtfertigten Anschuldigungen: »Weimar, Theaterplatz am Nachmittag: Einige Jugendliche hängen rum und trinken Bier aus Büchsen. Aber wo sind die von der Presse gefeierten Nazis?«[3]. Wer Neonazis in Thüringen fand, musste sich einiges gefallen lassen. Dem Journalisten Rainer Fromm, der im Auftrag der Landeszentrale für Politische Bildung einen Film über die extreme Rechte in Thüringen gedreht hatte, warf Roewer vor, eigens für die Berichterstattung Neonazi-Aktionen inszeniert zu haben[4]. Der damalige DGB-Landesvorsitzende Frank Spieth wurde im Monatsbericht erwähnt, weil er beim 9. antirassistischen/antifaschistischen Ratschlag – der Tagung der breit aufgestellten LAG Antifa – gesprochen hatte[5]. Die Abneigung gegen den Gewerkschafter Angelo Lucifero ging so weit, dass der V-Mann Thomas Dienel (Ex-Deutsche Sexliga, Ex-NPD, Ex-DNP) nach eigenen Angaben aus VS-Mitteln eine Kampagne gegen den engagierten Gewerkschafter finanzieren konnte. Lucifero hatte zahlreiche antifaschistische Demonstrationen angemeldet und immer wieder darauf hingewiesen, dass es in Thüringen ein massives Neonazi-Problem gibt. Der Kommentar dazu im »Monat im Amt«: »eine Kampagne linksextremistischer Politclowns [...], der wie so oft der Realitätsbezug fehlt«[6].

Wie man stattdessen mit Neonazis umgehen solle, zeigte der CDU-Landtagsabgeordnete Reyk Seela 2000 in einem im Auftrag des schon erwähnten HERON-Verlags hergestellten Film »Jugendlicher Extremismus mitten in Deutschland – Szenen aus Thüringen«[7]. Der Film verhandelt Neonazigewalt als pädagogisches Problem und gibt neben Helmut Roewer und dem damaligen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel bekannten Neonazigrößen ein Forum zur Selbstdarstellung. Wie sehr das Amt sich dagegen sperrte, die Dimension des Neonazismus in Thüringen anzuerkennen, belegt die Einschätzung zu einem rechten Bomben-



[1] Der ehemalige Präsident des thüringer Verfassungsschutzes Helmut Roewer. Screenshot von Bild.de

bastler[8]: »28. September 1998. Sprengstoffexplosion in Jena. Der Täter ist das Opfer, von dem nur ein Finger übrig bleibt. [...] Ein gefährlicher Spinner. Jedes Blatt Papier wird dreimal umgewendet – eine Verbindung nach rechts ergibt sich nicht.«[9] Im März 2000 musste das Amt diese Einschätzung revidieren. Nun hieß es – kaum weniger vorbei an der Realität – in einem Grundsatzreferat über Rechtsextremismus: »Das Bild wird abgerundet durch eine Anzahl nicht zu unterschätzender Einzeltäter und Kleinstgruppen, deren ideologischer Ansatz in erster Linie die Aktion ist. Hierzu gehören die Bombenbauer von Jena, die Uwe Mundlos, Uwe Böhnhard (sic!) und Beate Tschäpe (sic!) heißen, sie sind im Februar 1998 untergetaucht. Hierzu gehörte auch ein weiterer Jenaer, er sprengte sich bei einem Bombenbauversuch selbst in die Luft.«[10]

Im Juni 2000 wurde Roewer vom Innenminister suspendiert[11]. Es dauerte noch fünf Jahre, bis die Hauptverhandlung im Prozess wegen der finanziellen Unregelmäßigkeiten im Amt beginnen konnte, nur um 2008 wegen fortdauernder Verhandlungsunfähigkeit wieder eingestellt zu werden.

Mit dem Ende der Amtszeit Roewer wurde es ruhiger um die Skandal-Behörde. Ob sich wirklich etwas substantiell geändert hat, ist fraglich. Die Finanzierung von Neonazi-Strukturen über den V-Mann Tino Brandt endete nicht mit Roewers Entlassung, sondern wurde erst im Mai 2001 von der Presse aufgedeckt. Aktionen wie ein Gutscheinumtausch für Flüchtlinge oder Proteste gegen die Residenzpflicht wurden auch in den 2000er-Jahren noch beobachtet[12], ebenso wie der Antira-/Antifa-Ratschlag. Die Klage der Anmelderin einer antirassistischen Demonstration, die 1998 in einem Monatsbericht namentlich genannt worden war, zog sich bis 2006, weil das Amt sich mit allen juristischen Mitteln dagegen wehrte, seine Arbeitsweise aufzudecken. In diesem Rahmen kam auch heraus, dass der VS auf 200 Seiten Vermerke mit Bezug zum Flüchtlingsrat Thüringen zusammengetragen hatte[13]. In Thüringen, wo alternative, an Emanzipation orientierte Politik und Kultur sowieso einen schweren Stand hat, bestätigt diese Praxis, dass der Feind links steht. Das ist auch in der jüngeren Vergangenheit klar. Ende 2010 führte das Landesamt in Erfurt ein Symposium zu linksextremistischer Gewalt durch, bei dem mit kreativer Statistik das in dieser Hinsicht sehr beschauliche Thüringen zur Hochburg linker Gewalt hochgerechnet wurde. Dass dort Uwe Backes und Eckhard Jesse vom Dresdner Institut für Totalitarismusforschung für die wissenschaftliche Rückendeckung zuständig waren, verwundert nicht, wusste man doch in der Haarbergstraße schon lange, dass »die auf den ersten Blick auseinanderstrebenden links- und rechtsextremistischen Tendenzen – der Figur des Kreises folgend – am Ende sich in einem gemeinsamen Punkt treffen«[14]. Trotz Extremismus-Geometrie tat man sich schwer darin, gegen Rechts so eifrig vorzugehen wie gegen Links. Die Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaates Thüringen musste 2010 über drei Monate auf einen Rückruf vom Verfassungsschutz warten – zu lange, um zu verhindern, dass ein NPD-Funktionär Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds erhielt[15].

Linksextreme werden hingegen schneller identifiziert: Die Webseite des Thüringer VS weiß, dass an einer Kundgebung unter dem Motto »Verfassungsschutz auflösen. Rassismus bekämpfen. Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren.« am 19. November 2011 Linksextremisten beteiligt waren. Nicht erwähnt wird, dass dort ein Flugblatt des Erfurter Bürgerkomitees vom 19. Januar 1990 verlesen wurde. Die Forderung der Gruppe, die am 4. Dezember 1989 die Bezirkszentrale der Stasi besetzt und damit das Ende des Dienstes eingeläutet hatte, war »die sofortige und vollständige Auflösung der Staatssicherheit und aller Nachfolgeeinrichtungen, auch des bereits arbeitenden Amtes für Verfassungsschutz.« ■

1| Aus dieser Zeit stammt auch die Broschüre »Der Verfassungsschutz in Thüringen. Eine Bürgerrechtskritik«, die ebenfalls die Auflösung der Behörde fordert (http://sabotnik.blogsport.de/images/der_verfassungsschutz_in_thringen.pdf)
2| DER SPIEGEL 29/2005
3| Nachrichtendienst 09/1998, online verfügbar unter http://roewer.blogsport.de
4| Nachrichtendienst 05/1999
5| Nachrichtendienst 11/1998
5| Nachrichtendienst 06/1998 über die negative Presse der Thüringer Kleinstadt Saalfeld, die Ende der 1990er-Jahre bundesweit als rechte Hochburg bekannt wurde.
7| vimeo.com/32500122
8| jg-stadtmitte.de/2011/11/08/es-waren-mindestens-vier/
9| Nachrichtendienst 09/1998
10| Nachrichtendienst 03/2000
11| Nachrichtendienst 06/2000
12| Nachrichtendienst 09/2000
13| Nach Angaben der Klägerin im besagten Verfahren.
14| Nachrichtendienst 03/1999
15| Plenarprotokoll der 38. Sitzung des 5. Thüringer Landtags am 8.12.2010

»Das Schweigen ist ein Schock«

Interview zu den Konsequenzen aus der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrund«

Ercan Y. gehört zu denjenigen migrantischen Antifaschist_innen, die sich als Reaktion auf die rassistische Mobilisierung der Republikaner in West-Berlin schon vor 1990 für gemeinsame Initiativen mit deutschen Antifaschist_innen eingesetzt haben. Das AIB sprach mit dem Sozialarbeiter aus Berlin-Kreuzberg über Konsequenzen aus der rassistischen Mordserie des NSU.

AIB: Welchen Eindruck hattest Du von den Ermittlungen bis zu dem Moment, als im November 2011 die Täterschaft des NSU bekannt wurde?
Ercan Y: Es gab ja viele Theorien: »Dönermorde«, »Ehrenmorde«, »türkisch-kurdischer Konflikt« – immer wurden die Morde und die Täter entlang der Defizite definiert, die unsere Gesellschaft Minderheiten zuschreibt. Und entlang dieser Einstellungsmuster ermittelt dann – wie im Fall der NSU-Mordserie und vielen anderen Fällen - auch die Polizei.

Nach dem Rohrbombenanschlag in Köln in der Keupstraße, bei dem mehr als zwanzig Menschen verletzt wurden, habe ich mir zum ersten Mal die Frage nach einem rassistischen Motiv gestellt – weil es so auffällige Parallelen zu den Nagelbombenanschlägen von Combat 18 in London im Jahr 1999 und zu dem tödlichen neonazistischen Rohrbombenattentat auf die Roma-Siedlung im österreichischen Oberwart im Januar 1995 gab. Und nicht zuletzt kennen wir das Muster ja auch aus der Türkei, wo Mitte der 1980er Jahre türkische Faschisten Rohrbombenattentate gegen Linke verübten und wo bekannte Faschisten im Rahmen vom »tiefen Staat«[1] mit immer derselben Waffe ungefähr dreißig Menschen ermordeten.

Offen war für meine Freunde und mich lange, ob die Täter deutsche oder türkische Faschisten waren, weil einzelne der Getöteten eben auch Kurden waren. Aber dann wurden ja auch türkische Kleinhändler erschossen und von türkischen Faschisten weiß man eigentlich, dass sie gezielt vor allem gegen die kurdischen Führungskader vorgehen.

AIB: Welche gesellschaftlichen Reaktionen hattest Du erwartet, nachdem klar wurde, dass Neonazis die rassistische Mordserie verübt haben?
Ich habe eigentlich Reaktionen wie in den 1990er Jahren erwartet, als Hunderttausende zu Kundgebungen gegen Rassismus kamen. Stattdessen gab es nur dieses Schweigen. Es hat mich wirklich erschreckt, dass es keinen lauten Aufschrei gab – obwohl in den letzten zehn Jahren doch so viele Institutionen geschaffen wurden. Durch dieses Schweigen von heute ist mir plötzlich deutlich geworden, wie sehr sich die Gesellschaft durch die Sarrazin-Debatte verändert hat.

Und ich hätte erwartet, dass jeder einzelne Polizist, der den Familien durch die einseitige Ermittlungsarbeit Leid angetan hat, sich selbst entschuldigen muss – weil eine pauschale Entschuldigung durch Vertreter des Apparats überhaupt nicht adäquat ist. »Wir tun alles, damit so etwas nicht noch mal passiert« – diese Phrasen hören wir seit dreißig Jahren. Aber dieses Verhalten wird gar nicht in Frage gestellt. Und schon nach wenigen Entschuldigungen beherrschen die Sicherheitsbehörden den Diskurs wieder: Das ganze Geschwätz vom NPD-Verbot, von mehr Polizei- und Geheimdienstdateien lenkt davon ab, dass die realen Polizei- und Geheimdienststrukturen nicht nur nicht angetastet, sondern mit noch mehr Personal und Macht ausgestattet werden. Inzwischen haben wir viel darüber diskutiert und unsere zentrale Forderung ist die vollständige Aufklärung.

Am meisten bestürzt bin ich aber darüber, dass die Betroffenengruppen scheinbar alles hinnehmen und dass viele Migrant_innen mit Gleichgültigkeit reagieren.

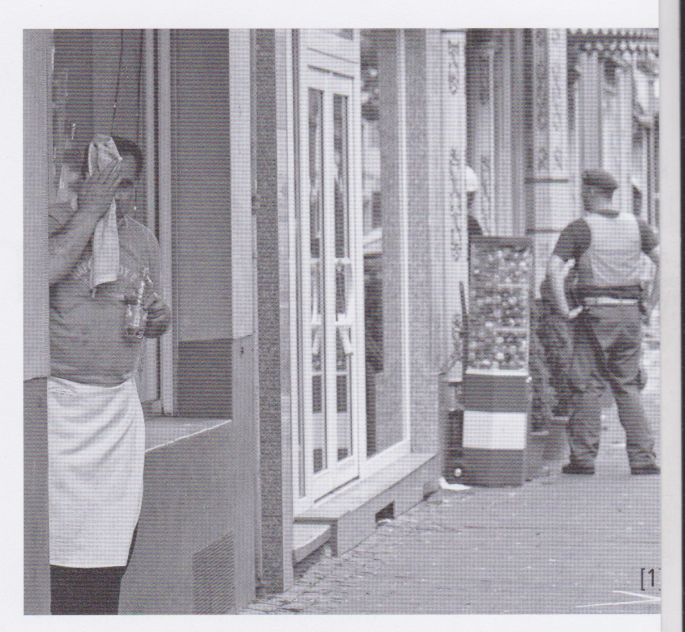
1| Mit dem Begriff »Tiefer Staat« (türkisch: derim devlet) wird die Verflechtung von staatlichen Stellen, der organisierten Kriminalität und faschistischen Organisationen bezeichnet, die in der Türkei zu mehreren Skandalen geführt hat.

AIB: Und wie haben die türkischen und kurdischen Jugendlichen reagiert, mit denen Du arbeitest?
Bei den Jugendlichen ist ein totales Schubladen-Denken ausgelöst worden; Sie definieren sich plötzlich als Kurden oder Türken. Bis zum Bekanntwerden des NSU hatten sie sich vor allem als Berliner oder Kreuzberger bezeichnet. Das Schweigen und die Umstände, die zur Mordserie geführt haben, verstärken ihr Misstrauen unserer Gesellschaft gegenüber und verstärken die vorhandenen Ausgrenzungserfahrungen.

AIB: Hat sich das durch den Staatsakt im Februar geändert?
Nein, die wenigsten Jugendlichen haben das mitbekommen, obwohl es in den türkischen Medien tagelang eine riesige Berichterstattung gegeben hatte. Aber wir stellen fest, dass diese dritte Generation nicht Türkisch lesen kann. Sie sprechen nicht richtig Deutsch und nicht richtig Türkisch und dadurch haben sie ein riesiges Zugangs- und Teilhabeproblem. Diese Jugendlichen beziehen die meisten Informationen durch Hörensagen oder Mund-zu-Mundpropaganda. Dadurch wachsen Vorurteile und menschenfeindliche Haltungen. Sie sehen und fühlen sich als nicht-gewollte Jugendliche. Und durch jede Erzählung und jedes Gerücht entsteht noch mehr Distanz zu unserer Gesellschaft.

AIB: Wie erklärst Du Dir, dass sich zum Thema NSU nur die Repräsentant_innen migrantischer Institutionen äußern, aber auf der Straße nichts passiert?
Zum einen darf man nicht vergessen, dass viele Migrant_innen von den Pogromen in Rostock und Hoyerswerda, den mörderischen Brandanschlägen in Mölln und Solingen und der alltäglichen Ausgrenzungserfahrung der frühen 1990er Jahre geprägt sind – und die NSU-Mordserie und das staatliche Versagen verstärken diese Erfahrungen von Ohnmacht und Schutzlosigkeit. Zum anderen haben die migrantischen Organisationen keine Anbindungen an die Menschen. Das sieht man ganz gut am Beispiel des Integrationsrates: Es sind Lobbyvereine, die sich dort treffen; aber nicht Initiativen, die für und mit den Menschen sprechen, die hier leben.

AIB: Es gibt in der unabhängigen Antifabewegung auch eine Strömung, die die NSU-Mordserie nicht als neue Dimension wahrnimmt.
Hier gehen selbstbewusste Täter am helllichten Tag über zehn Jahre in Großstädten in Geschäfte und ermorden Menschen durch Kopfschüsse – alleine wegen ihrer Herkunft. Das ist doch eine neue Dimension, wenn man es beispielsweise mit den Brandanschlägen der 1990er Jahre vergleicht, wo die Täter eben gerade nicht offen aufgetreten sind. Und dieses Selbstbewusstsein der Täter, das ja nur möglich ist, wenn man sich völlig sicher vor staatlicher Repression fühlt, das verursacht ja auch die Angst bei den Betroffenengruppen. Und so kommt die Botschaft der Täter bei den potentiellen Opfern ja auch an: Ihr seid schutzlos, wohingegen wir durch staatliche Stellen geschützt bzw. nicht gestoppt werden. Und dieses gezielte Morden durch Kopfschüsse ist doch auch eine Analogie zum Nationalsozialismus, wo die Menschen eben auch wegen ihrer Herkunft und ihrer politischen Überzeugung hingerichtet und ermordet wurden. Wir sind wirklich mit einer neuen Art rassistischer und neonazistischer Gewalt und Strukturen konfrontiert, die wir ernst nehmen müssen und die mich im übrigen auch an die Gladio-Strukturen der 1980er und 1990er Jahre erinnern, wo ja Einzelpersonen aus Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden neonazistische Organisationen unterstützt und für ihre eigenen politischen Ziele genutzt haben. Die Struktur des NSU hätte ohne wissentliche oder unwissentliche Hilfe aus den Apparaten nicht morden können. Das geht über bloße Ignoranz der Apparate hinaus.



[1] Bei dem Rohrbombenanschlag in der Keupstraße in Köln wurden gezielt Migrant_innen verletzt. Viele Betroffene stellten die berechtigte Frage nach einem rassistischen Motiv.

AIB: Was erwartest Du von einer antifaschistischen Bewegung?
Als allererstes erwarte ich, dass Antifaschist_innen auf die Familien der Ermordeten und Verletzten zugehen und sie fragen, welche Unterstützung sie brauchen und was sie sich wünschen.

Eine antifaschistische Linke sollte sich daran erinnern, dass sie eine Verantwortung für die gesellschaftlichen Zustände hat und auch entsprechend verantwortlich handeln muss. Ich vermisse die Sensibilität, die Antifaschist_innen in den 1980er und 1990ern gezeigt haben, als wir gemeinsam gehandelt und nicht darauf gewartet haben, dass andere die Initiative ergreifen. Wir haben Andockmöglichkeiten für ganz unterschiedliche Menschen geschaffen, weil wir offen auf sie zugegangen sind und mit ihnen diskutiert haben.

Heute aber sind wir es, die nur noch reagieren, während die Neonazis die Tagesordnung bestimmen. Diese Dynamik müssen wir umdrehen. Die Neonazis müssen von uns lernen, dass wir keine Angst haben. Denn durch unsere Angst ermutigen wir sie, in unsere Räume zu kommen. ■

Sachsen: Der Streit zwischen »Freien Kräften« und NPD

Seit fünf Jahren arbeiten in Sachsen NPD und das Neonazi-Netzwerk »Freies Netz« (FN) eng zusammen. Während bereits Ende 2010 zunehmende Differenzen zwischen den ungleichen Kooperationspartnern erkennbar wurden (Vgl. AIB #89) zeigen sich inzwischen tiefe Risse. Seit Bekanntwerden der rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) scheinen die Konflikte weiter zuzunehmen.



Jenny Bauchwitz

Spätestens seit Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des NSU wächst der Druck auf das FN. Einige FN-Kader stehen im Verdacht, sich im direkten Umfeld des NSU bewegt zu haben, wie etwa der Altenburger Neonazikader Thomas »Ace« Gerlach[1]. Er verwendete bereits 2005 das Passwort »struck-mandy« in internen Neonaziforen. Mandy Struck, mit der Gerlach zeitweilig eine Beziehung führte, gilt den Ermittlungsbehörden als unmittelbare Unterstützerin des NSU. Sie »lieh« ihren Namen dem NSU-Mitglied Beate Zschäpe als Deckidentität.

Thomas Gerlach und Maik Scheffler gründeten das »Freie Netz« 2007 als Dachorganisation für mehrere freie Kameradschaften. Teil des FN ist seit 2009 auch der »Nationale Widerstand Jena«, der heute »FN Jena« heißt. Deren Führer Ralf Wohlleben und André Kapke waren Kader des Thüringer Heimatschutzes (THS), aus dem die späteren NSU-Mitglieder kamen. Die vier traten immer wieder gemeinsam als Organisatoren verschiedener Szene-Events auf. Ralf Wohlleben sitzt seit Anfang des Jahres wegen Unterstützung des NSU in Untersuchungshaft. Er steht im Verdacht, eine der Mordwaffen und Munition beschafft zu haben (vgl. AIB #93).

Zweckbündnis zwischen NPD und FN

Eine Kooperation zwischen NPD und FN besteht seit dessen Gründung, und das obwohl sich das FN von Anfang an als Gegengewicht zur NPD positionierte. Die sächsische Landtagsfraktion der NPD sah in den FN-Aktivisten eine wichtige Gruppe an der Basis, deren Potential genutzt werden sollte: Die Partei hoffte auf aktive Unterstützung und angesichts der dünnen Personaldecke auf die Möglichkeit, alle Wahllisten mit »fähigen« Personen zu besetzen.

Das erklärte Verhältnis der FN-Aktivisten zur NPD ist nicht weniger instrumentell. Sie hoffen auf Geld für die eigene Struktur und einen legalen Anschein. Darüber hinaus streben sie nach bezahlten Posten um im Innern der Partei eine Radikalisierung nach nationalsozialistischen Leitlinien zu bewirken. Bezeichnend für die Absichten der FN-Aktivisten in den Strukturen der NPD ist eine 2010 veröffentlichte Erklärung des Leipziger FN-Ablegers »Aktionsbündnis Leipzig«. Darin wird die NPD aufgefordert »eine Weltanschauungspartei« zu werden, die es »sich zum Ziel setzt, das System und den es beherrschenden liberal-demokratischen Gedanken restlos auszulöschen«. Gezeichnet wurde der vor Hitler-Zitaten strotzende Text von »revolutionären Strukturen in NPD und JN«, die identisch sind mit den »Freien Kräften« unter Leitung des Leipziger FN-Kaders Tommy Naumann. Dieser baute trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber der NPD die »Freien Kräfte« zur JN-Struktur um. 2009 setzte er sich als Landeschef

der JN an deren Spitze, um dort mit anderen FN-Aktivisten das gemeinsame »NS-Leitbild« umzusetzen.

Eine noch steilere Parteikarriere absolvierte der »geistige Vater des Freien Netzes« Maik Scheffler. Mit dem Wissen um eine wachsende Struktur im Rücken wurde Scheffler 2008 zum zweiten Mal NPD-Mitglied, um die »Wahlpartei« in eine »Weltanschauungspartei« umzugestalten. Ein Jahr darauf war er NPD-Stadtrat in Delitzsch, Kreisvorsitzender in Nordsachsen und Mitarbeiter des NPD-Landtagsmitglieds Jürgen Gansel. 2011 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Sachsen.

Auch Thomas Gerlach versuchte als Vertreter des FN in Thüringen massiv Einfluss auf die Entwicklung der NPD in mehreren Kreisverbänden zu nehmen – allerdings wesentlich erfolgloser als seine Kameraden in Sachsen. Und das trotz bester Kontakte zur Bundesparteispitze. Spätestens seit 2007 erhielt Gerlach von Frank Schwerdt, dem damaligen NPD-Bundesvorstandsmitglied und heutigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, immer wieder brisante E-Mails mit Interna der Parteispitze. Auch Jens Pühse, Bundesorganisationsleiter der NPD, versorgte ihn mit vertraulichen Informationen.

Gegenseitige Distanzierungen

Der sächsische Landesvorstand der NPD sah sich zu einer Distanzierung veranlasst, nachdem bekannt wurde, dass Gerlach im Verdacht steht, den NSU unterstützt zu haben: Gerlach gelte »seit jeher [...] als Gegner der Nationaldemokraten«.

Laut Insiderinformationen gab es mehrere Krisentreffen der Parteispitze, bei denen auch Kader des FN zum Rapport bestellt wurden, unter anderem Scheffler. Thematisiert wurden vermutlich auch seine Äußerungen über die NPD im internen Kommunikationsforum der FN-Kader, welches im Herbst 2011 durch AntifaschistInnen in Auszügen veröffentlicht wurde.[2] Dort hatte Scheffler klar Stellung gegen seinen Vorgesetzten Holger Apfel bezogen und sich insgesamt von der NPD distanziert. Gerlach stimmte Scheffler damals zu, die NPD sei »in der Hand von Opportunisten und Karrieristen«. Die NPD-Führung konnte ihren Ärger nicht verbergen. Apfel-Vize Udo Pastörs sprach in einem Interview etwas kryptisch den »Narrensaum« in der Partei an: »überall da, wo eine gewisse Grenze überschritten wird, kann und wird es zukünftig keine Duldung geben«. Apfel betonte in einem Interview mit der Parteizeitung »Deutsche Stimme«, die NPD lasse sich »nicht auf der Nase herumtanzen«, notfalls müsse man sich »auch mal von Leuten trennen, die die NPD nur instrumentalisieren oder Politik mit einem Abenteuerspielplatz verwechseln.«



[2]

[1] Thomas Gerlach (rechts im Vordergrund) als ein Organisator einer Neonazi-Demonstration in Altenburg am 17. August 2008.

[2] Maik Scheffler (mitte) steht zumindestens in der Öffentlichkeit hinter dem alten NPD-Chef Udo Voigt (links) und dem neuen NPD-Chef Holger Apfel (rechts). Hier bei einem Aufmarsch am 30. April 2011 in Bremen.

Auch wenn Scheffler im selben Interview von Apfel Rückendeckung erhielt, scheint seine Position geschwächt zu sein. So scheiterte sein Versuch, einen weiteren FN-Aktivisten im Landesvorstand zu etablieren. In FN-Kreisen ist man nicht nur über die offensichtlichen Grenzen des Bestrebens, bis an die Spitze der NPD zu rücken vergrätzt, sondern auch über die Wahl des FN-Kritikers Mario Löffler zum neuen NPD-Landesvorsitzenden. Tommy Naumann ließ im Februar gar intern verlauten, dass er seinen Posten als Landeschef der JN niederlegen wird – »aus Protest«, wie Insider berichten. Die NPD-Landtagsfraktion hat Naumann daraufhin »aus betriebswirtschaftlichen Gründen« als Mitarbeiter gefeuert. Naumann bemüht nun das Arbeitsgericht gegen seine Kündigung.

Einigung unwahrscheinlich

Vollständig kann die Partei nicht auf die FN-Aktivisten verzichten. Anfang des Jahres kursierte an die Adresse parteifreier Aktivisten aus ganz Sachsen eine versöhnliche NPD-Einladung zu einem Gespräch im Februar unter dem Motto »Frei und Partei«. Es war bereits das zweite Konfliktgespräch, mit der die NPD ihr rebellisches Umfeld wieder einfangen wollte.

Scheffler steht in dieser Entwicklung ganz offensichtlich zwischen den Stühlen. Dass Schefflers Strategie der Doppelrolle aufgeht und es ihm gelingt, nicht nur den FN-internen Zwist beizulegen, sondern auch den tiefen Riss zwischen NPD und »Freien Kräften« zu kitten, ist nicht zu erwarten. ■

1| Nicht zu verwechseln mit Holger Gerlach aus Lauenau bei Hannover (vgl. AIB #93, S.11)

2| http://gamma.noblogs.org/fn-leaks

Razzia im Hinterland

Das Ende des Aktionsbüro Mittelrhein

»Polizei stürmt Braunes Haus – 24 Verhaftungen« – Schlagzeilen wie diese waren es, die das Mediengeschehen am 13. März 2012 bestimmten. In vier Bundesländern fanden bei über 30 Neonazis Hausdurchsuchungen im nördlichen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (NRW) statt, jeweils eine Durchsuchung gab es in Thüringen und Baden-Württemberg.

Ein Gastbeitrag der LOTTA

Der Schwerpunkt lag dabei im Hinterland zwischen Koblenz und Bonn, aber auch Köln und Düsseldorf waren Ziel der 300 Einsatzkräfte. Nachdem die Neonazis vom Aktionsbüro Mittelrhein (AMR) jahrelang ungestört von jedweden Ermittlungen agieren konnten, waren sie in der letzten Zeit ins Visier der Staatsanwaltschaft Koblenz gerückt. Die ermittelnden Behörden verweisen in ihren Erklärungen darauf, dass sich ab Mitte des Jahres 2010 die Hinweise verdichteten, dass es sich bei dem AMR um eine kriminelle Vereinigung handeln würde, der 28 Neonazis zugerechnet werden. Weitere Vorwürfe, die im Raum stehen, sind »gefährliche Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch« und das »Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«. Insbesondere die sogenannte »Anti-Antifa«-Arbeit der Neonazis wurde von Seiten der Ermittlungsbehörden betont, die Angsträume geschaffen habe. Weitere Anschuldigungen sind die Beteiligung von 15 Neonazis des AMR an einem Angriff auf das alternative Wohnprojekt »Praxis« sowie auf Busse antifaschistischer Demonstrant_innen im Zuge der Neonazigroßdemonstration in Dresden 2011 und schwere Übergriffe in Wuppertal. Die führenden Kräfte der »Kameradschaft Köln« Axel Reitz, Paul Breuer und Sebastian Ziesemann wurden ebenfalls festgenommen. Sie werden der Unterstützung dieser kriminellen Vereinigung beschuldigt. Als Zentrale diente den Neonazis des AMR dabei das »Braune Haus«, ein Wohnhaus in Bad Neuenahr, das diese seit Dezember 2009 angemietet hatten. Auch der langjährig bekannte Düsseldorfer Neonazi Sven Skoda hatte im August 2011 seine Meldeadresse dorthin verlegt.

Vorgeschichte

Von antifaschistischer Seite wird seit geraumer Zeit darauf hingewiesen, dass der harte Kern des AMR bereits seit 2004 aktiv ist. Der Ursprung des »Aktionsbüros« dürfte jedoch noch ein Jahr vorher liegen. Bei dem damals in Brüssel stationierten Soldaten Sven Lobeck aus Koblenz wurden am 22. Februar 2003 mehrere scharfe großkalibrige Handfeuerwaffen gefunden. Lobeck flog aus der Bundeswehr und begann bei neonazistischen Demonstrationen aufzutauchen. Als »Aktionsfront Mittelrhein« trat Lobeck ab 2004 mit genau jenen »Kameraden« in Erscheinung, die bis in die jüngsten Tage beim AMR aktiv waren. 2005 öffnete sich der rheinland-pfälzische Landesverband der NPD gezielt für Freie Kameradschaften, woraufhin sich die Neonazis des AMR der NPD anschlossen. Lobeck wurde Kreisvorsitzender der NPD, trat als Kandidat zu den Landtagswahlen an und bezeichnete sich öffentlich als »Betreiber des Aktionsbüro Mittelrhein« – »Aktionsfront« war gegen »Aktionsbüro« ausgetauscht worden. Nachdem sich ein Ende der seit 2003 stattfindenden Demonstrationen in dem kleinen Dorf Marienfels (Rhein-Lahn-Kreis) für die Erhaltung bzw. den Wiederaufbau eines »Ehrenmals« für die »1. Leibstandarte Adolf Hitler«, eine Einheit der Waffen-SS, abzeichnete, waren die Neonazis des AMR auf der Suche nach einem neuen Themenfeld. Dies fanden sie mit den Rheinwiesenlagern (Kriegsgefangenenlager der Alliierten), die nach dem Zusammenbruch der Westfront entlang des Rheins eingerichtet worden waren. Ab 2009 fand jährlich im November in Remagen eine Demonstration statt, die auch vom Landesverband der rheinland-pfälzischen NPD unterstützt wurde.

Antifaschistische Aufklärungsarbeit

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag hatte das Mainzer Innenministerium im Dezember 2011 noch bekannt gegeben, dass das AMR erstmals Ende 2007 bekannt geworden sei und derzeit aus 14 Personen be-



stehe. In Berichten des Rheinland-pfälzischen Inlandsgeheimdienstes wird 2010 der Schluss gezogen, dass sich ein »Aktionsbüro Mittelrhein« gebildet habe. Schon ab 2008 berichteten antifaschistische Medien ausführlich über die Neonazis vom Aktionsbüro Mittelrhein und deren Vorgeschichte. Antifaschistische Jugendliche veranstalteten im Februar 2009 eine Demonstration in Remagen, um auf die zunehmende Neonazigewalt in der Region hinzuweisen. Sie fanden jedoch kein Gehör und wurden nicht ernst genommen, im Gegenteil: die Polizei machte sich geradezu über sie lustig und erklärte, dass »nichts bekannt sei«, es in der Vergangenheit aber »Unruhe« durch die »Punkerszene« gegeben habe. Seit Dezember 2009 verfügten die Neonazis über das »Braune Haus« in Bad Neuenahr. Dort fanden seitdem auch Partys und Rechts-Rock-Konzerte statt. Für Aufsehen sorgte ein von Antifaschist_innen veröffentlichter Partyflyer, der sich positiv auf den NSU bezog: Unter dem Motto »2 Jahre Braunes Haus – Jetzt knallts richtig« hatten die Neonazis zu einer Silvesterparty geladen, die Buchstaben »NSU« waren dabei farblich abgehoben.

Staatliche Repression gegen Neonazis

Die Staatsanwaltschaft ging nicht zum ersten Mal derartig gegen eine neonazistische Struktur vor. In den letzten zwei Jahren dürften es etwa 50 Neonazis sein, die durch Haftbefehle aus dem Verkehr gezogen und inhaftiert wurden. Bereits 2005 wurde die »Kameradschaft Westerwald« als kriminelle Vereinigung eingestuft. Nach mehreren Hausdurchsuchungen wurde die Homepage der Kameradschaft abgeschaltet und Besucher auf die Seite der »NPD Rheinland-Pfalz« verwiesen. Die jetzt festgenommenen Neonazis des AMR hatten sich fast schon zielstrebig mit den Koblenzer Ermittlungsbehörden angelegt. Neben Twitter-Nachrichten wie »Mit Richtern redet man nicht, auf Richter schießt man« wurden ZeugInnen im Zuge von Gerichtsprozessen bedroht. Ein »Verräter« wurde Ende 2010 zu einer Grillhütte im Westerwald gelockt und dort halb totgeschlagen. Einer der Haupttäter wohnte im »Braunen Haus« und wurde ein halbes Jahr später selbst wegen seiner Zusammenarbeit mit Behörden aus der Szene ausgeschlossen und zum »Freiwild« erklärt. Durch die breit angelegten Gegenproteste junger Antifaschist_innen aus der Region, der verstärkten Aufmerksamkeit der Zivilbevölkerung und den zu erwartenden Maßnahmen der Staatsanwaltschaft, war das Ende des AMR seit mindestens einem Jahr abzusehen.

Ausblick

Dass die Razzia zum jetzigen Zeitpunkt stattfand, dürfte kein Zufall sein. Spätestens mit Bekanntwerden des NSU hatte die regionale Presse angefangen, ausführlich über Neonazis und ihre Aktivitäten zu berichten. Antifaschistische Gruppen waren zudem in die Offensive gegangen und hatten eine breite Bündnisdemonstration in Ahrweiler, der »Homezone« des AMR angekündigt. Dies führte dazu, dass den Behörden in der Öffentlichkeit die Deutungshoheit mehr und mehr entglitt. Die zentralen Figuren des AMR und des »Braunen Hauses« sind erst einmal aus dem Verkehr gezogen und das Führungspersonal zweier Kreisverbände der NPD sitzt ebenso fast vollständig hinter Gittern. Keine guten Voraussetzungen in Zeiten der von der NPD angestrebten »seriösen Radikalität«. Antifaschist_innen dürfte jedoch auch in den nächsten Jahren nicht langweilig werden. Neben dem geplanten Aufmarsch der Neonazis am 1. Mai in Bonn steht die Diskussion darüber an, warum alle paar Jahre jeweils einige Kilometer weiter eine neue neonazistische Gruppe auftaucht, an Bedeutung gewinnt und zum Problem in der jeweiligen Region wird. ■



[1] Kundgebung auf dem »Rheinwiesenlager«, Remagen 2011
Bildquelle: www.lfa.blogsport.de – Linkes Fotoalbum

[2] Screenshot des Facebook-Profils von Thomas Meier, Bewohner vom »Braunen Haus«. U.a. zu sehen: Partyflyer für Sylvester 2011, Neonazis vor dem »Braunen Haus«.

Nur eine Gang von vielen?

Spurensuche im Netzwerk waffenaffiner deutscher Neonazis

Große Teile der neonazistischen Szene gefallen sich in martialischen Posen des »Untergrundkampfes«. Wer sich auf die Suche nach derartigen Gruppen macht, stößt auf Netzwerke, die sich seit vielen Jahren als »Untergrund« exponieren und personelle Kontinuität aufweisen. Folgt man zum Beispiel den Spuren einer Gruppe von Neonazis aus Sachsen-Anhalt, die im Februar 2009 ein Schießtraining in Bulgarien durchführten, so lassen sich Konturen ihres Netzwerkes erkennen. Dieses hat mit einem klandestinen Untergrund weniger zu tun, sondern vielmehr mit purer Selbstverständlichkeit, mit der sich der militante Kern der Szene bisweilen nach außen präsentiert.

Der Artikel »Nur eine Gang von vielen?« erschien in anderer Fassung erstmals am 8. Dezember 2011 auf dem Blog Berlin rechtsaußen www.blog.schattenbericht.de/2011/12/nur-eine-gang-von-vielen/). Steffen J. bemühte sich prompt, eine weitere Verbreitung des Textes per Anwalt zu verhindern. Diese Reaktion zeigt die ehrliche Empörung von zwei Neonazis, die sich mit Firma und Familie im Magdeburger Hinterland wohleingerichtet haben, die für ihre vielfältigen und völlig offen nach außen getragenen neonazistischen Aktivitäten niemals ernsthafte Konsequenzen erfahren haben und sich dies offenkundig nicht einmal vorstellen können.

Das Schießtraining in Bulgarien

Auf dem Bulgarien-Programm von vier Neonazis aus dem Magdeburger Raum stand ein Schießtraining. Mit Pumpguns, Revolvern und Pistolen ballerten die deutschen BesucherInnen auf Pappscheiben mit menschlichen Umrissen. Grund ihrer Reise war ein Konzert der Band Civil Disorder in Sofia. Sänger Steffen J. präsentiert sich auf den Fotos des Schießtrainings schussbereit mit Pistole. Seine Ehefrau Carmen steht mit einer Pumpgun dahinter. Die J.'s leben in einer alten Molkerei in Angern im Landkreis Börde. Das Anwesen ist seit Jahren als Neonazi-Treffpunkt bekannt, bei einer Razzia im Frühjahr 2004 fand die Polizei dort eine alte Panzerfaust mit fast vier Kilogramm Sprengstoff. Selbst im beruflichen Alltag lässt Steffen J. kaum Zweifel an seiner Gesinnung aufkommen. Seine Firma, mit der er Dienstleistungen im Bereich Messe-, Trocken- und Innenausbau anbietet, trägt den Namen Rent A Crew, abgekürzt »R.A.C.«. Das Kürzel steht in der Neonazi-Szene für »Rock Against Communism«. Des weiteren zeigt die Website der Firma einen sich mit einem Zimmermannshammer kreuzenden Schraubenschlüssel. Das Symbol ist offenkundig an das Symbol der militanten Hammerskins angelehnt, das zwei gekreuzte Zimmermannshämmer zeigt. Vieles im Kreis der J.'s und der Band Civil Disorder sind symbolhafte Anspielungen.

Immer wieder im Fokus: Blood & Honour

Je mehr man über den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) und seine mutmaßlichen UnterstützerInnen weiß, desto häufiger fällt der Name des internationalen Netzwerkes B&H, dessen deutsche Sektion im Jahr 2000 verboten wurde. Als der spätere NSU 1998 in den Untergrund ging, war das von B&H ausgerufene Konzept des Combat 18 impulsgebend für den Teil der Szene, der sich für den »Krieg gegen das System« aufrüstete. Im Blickfeld der Ermittler stehen heute insbesondere Personen des ehemaligen Führungskreises von B&H Sachsen. Sie sollen das untergetauchte Neonazi-Trio versteckt und mit Pässen versorgt sowie ihnen möglicherweise Waffen verschafft haben.

Die B&H-Gruppe im niedersächsischen Hildesheim galt Ende der 1990er Jahre als Verfechterin des Kurses, B&H zur militanten »politischen Kampfgemeinschaft« zu formieren. 1999 veranstaltete B&H Hildesheim einen Liederabend, in dem das Duo Eichenlaub aus Jena auftrat, das kurz zuvor ein Solidaritätslied für die untergetauchten Böhnhardt, Zschäpe und Mundlos veröffentlicht hatte. Unter den ZuhörerInnen saß der heute inhaftierte mutmaßliche NSU-Unterstützer Holger Gerlach und neben ihm am Tisch Hannes Franke aus Hildesheim.

Hannes Franke und Johannes Knoch waren zu dieser Zeit Exponenten von B&H in Hildesheim. Beide waren über das Verbot im Jahr 2000 hinaus für B&H aktiv und traten weiterhin als Duo auf. Bereits 1998 hatte Knoch eine »Warrior Combat and Survival School« gegründet, die paramilitärische Trainings wie Scharfschützenausbildung anbietet. 2007 veröffentlichten antifaschistische Gruppen umfangreiche Recherchen zur »legalen« Hildesheimer Wehrsportgruppe (vgl. AIB #76), was Knoch, der mittlerweile bei den Hells Angels untergekommen war, veranlasste, Verbindungen zur Neonaziszene abzustreiten. Sein Kom-



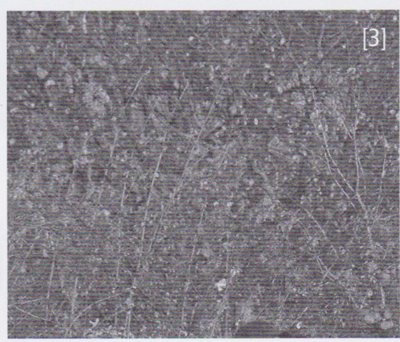


pagnon Hannes Franke reiste zu dieser Zeit, im September 2007, zum ISD-Memorial nach England. Das Konzert erinnert an den 1993 tödlich verunglückten B&H-Begründer Ian Stuart Donaldson (ISD) und gilt als das alljährliche internationale Treffen von B&H und FreundInnen. Ein Erinnerungsfoto des Events zeigt Hannes Franke im vertrauten Miteinander mit Carmen J. aus Angern.

Selbsternannte Elitekrieger: Die Hammerskins

Carmen J. ist umtriebig und reisefreudig. Für das neonazistische Medienprojekt »Media Pro Patria« aus Thüringen trat sie 2007 als Darstellerin eines Werbevideos für ein drogenfreies Leben auf. Ein undatiertes Bild zeigt sie posierend mit KameradInnen unter dem Schriftzug »Arbeit macht frei« am Eingang des KZ Auschwitz. Neben ihr steht Maik Scheffler, eine zentrale Figur der sächsischen Neonaziszene. Als Ende 2011 das Freie Netz, ein internes Forum von Kadern der »mitteldeutschen« Neonaziszene, aufflog, wurden Maik Scheffler und Thomas Gerlach als tonangebende Personen des Netzes enttarnt. (siehe Artikel S. 20 ff.)

Beide gehören den Hammerskins an, einem internationalen, 1986 in den USA gegründeten, Netzwerk, das sich



als Elite einer weltweiten Neonaziskinhead-Bewegung versteht. Das Verhältnis von B&H und Hammerskins ist bisweilen wegen des elitären Führungsanspruchs beider Gruppierungen von Konkurrenz geprägt. Tatsächlich jedoch ist unter den militanten Truppen und Combat 18-AnhängerInnen längst ein Miteinander feststellbar. Insbesondere Hammerskin Thomas Gerlach steht heute im Verdacht, Kontakt zu NSU-Unterstützern gehabt zu haben. Aus ganz Europa trafen sich Hammerskins im November 2007 auf dem »European Hammerfest« in Mailand. Die »Hammerskins Westsachsen« waren angereist, mit ihnen Maik Scheffler, Thomas Gerlach sowie seine Ehefrau – und neben ihr steht auf Fotos dieses Treffens Carmen J. aus Angern.

Das »European Hammerfest 2008« wurde in Ungarn ausgerichtet. Im Erinnerungsalbum »Hammerfest Budapest 18.10.08« eines saarländischen Hammerskins findet sich das Foto eines Waffenlagers. Darauf posiert vor gestapelten Metallkisten ein Hammerskin mit Panzerfäusten.

Aus der Normalität gerissen

Wenn man über Jahre im harten Kern der Neonazi-Szene unterwegs ist, entstehen viele Freundschaften und Bekanntschaften und oft ist nicht ersichtlich, welche Substanz diese haben. Dies gilt auch für die J.'s. Eine Mitwisserschaft oder gar mit Mittäterschaft an den Verbrechen des NSU ist nicht erkennbar und nicht einmal wahrscheinlich, zu offen und leichtsinnig kokettieren sie mit dem »Untergrund«. Doch sie sind erkennbar mit einem Netzwerk verbunden, von dem Links und Querverweise zu mutmaßlichen UnterstützerInnen des NSU führen. Und sie sind wohl nur eine Gang von vielen. ■

[1] Besuch der White-Power-Liedermacherin »Tara« im »Dezentral« in Munster im August 2008. Links: Johannes Knoch, rechts: Hannes Franke.
[2] Steffen J. (rechts) und Carmen J. (hinten, mitte) bei einem Schießtraining in Bulgarien im Februar 2009.
[3] Rahmenprogramm saarländischer Neonazis auf dem European Hammerfest 2008: Besuch eines Waffenlagers.

Fotos:
Berlin rechtsaußen.
www.blog.schattenbericht.de



»National Befreite Zonen«

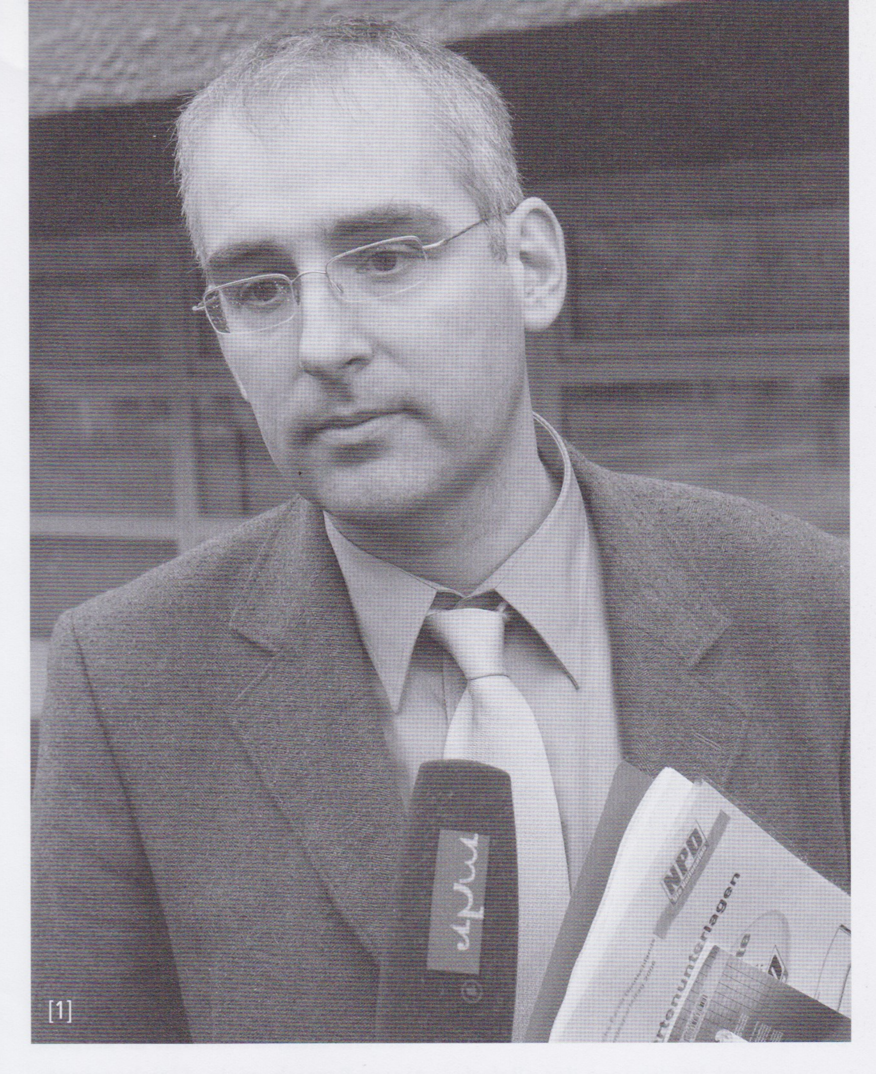
Vom Konzept zum Schlagwort

Ein wichtiger Teil der Strategie der extremen Rechten in Deutschland ist die Besetzung von sozialen Räumen, welche durch Demonstrationen oder gar eine hegemoniale Stellung der extrem rechten Subkultur gezeigt wird. Zum bundesweit bekannten Schlagwort dieser Strategie ist der Begriff der »National befreiten Zonen« (NBZ) geworden, welcher im Jahr 2000 sogar zum Unwort des Jahres gekürt wurde. Allerdings wird der Begriff mittlerweile meist eher symbolisch verwendet und hat sich damit deutlich vom eigentlichen Strategiekonzept der »Befreiten Zonen« entfernt, welches vor mehr als 20 Jahren in den extrem rechten Diskurs Eingang gefunden hat.

Um einen Einblick in die Funktionsweise und vor allem die netzwerkartigen Strukturen der extremen Rechten in Deutschland zu bekommen, welche sich von Alt-Nazis über die »Neuen Rechten« bis hin zu den neonazistischen Kameradschaften erstrecken, ist die Beschäftigung mit ideologischen Kontinuitäten ein interessanter Zugang. Dies gilt auch für den Weg, welches das Konzept der »Befreiten Zonen« bis heute zurückgelegt hat bzw. die Wurzeln, aus welchen es entstand. Es gilt als eines der bedeutendsten extrem rechten Strategiekonzepte der letzten Jahre und ist als Begriff »Befreite Zonen« seit 1990 im Theoriediskurs der Szene nachzuweisen.

Zuerst tauchte er in der zweiten Ausgabe der Zeitschrift »Einheit und Kampf« vom September 1990 auf, eine überarbeitete Fassung erschien im Juni 1991 in der Zeitschrift »Vorderste Front«, die vom Nationaldemokratischen Hochschulbund, der Studentenorganisation der NPD, herausgegeben wurde.

Die Idee hinter dem Konzept scheint die Anwendbarkeit der Theorie in der politischen Praxis zu sein. Bereits in der Einleitung der Zeitschrift wird die ideologische Position der Autoren definiert: »Eine der Hauptthesen unserer nationalrevolutionären Position lautet, daß Europa unzweifelhaft der Brennpunkt aller zukünftiger politischer Entwicklungen sein wird. Deutschland wiederum liegt im Zen-



[1] Andreas Molau gilt als ein möglicher Urheber des Konzeptes der »National befreiten Zonen«

trum unseres Kontinents, weshalb nicht viel Intelligenz dazugehört, um die Vorgänge in unserem Vaterland als besonders wichtig für das weitere Schicksal Europas anzuerkennen.«

Die Urheber bezeichnen sich selbst als »nationalrevolutionär«, eine in Anlehnung an die Theoretiker der Konservativen Revolution ideologische Ausprägung der »Neuen Rechten«. Diese Richtung hat sich bereits in den siebziger Jahren an der »linken/alternativen« Szene der Bundesrepublik orientiert. Und so scheint auch die Inspiration für das Konzept der »Befreiten Zonen« eine Übernahme linker Strukturen zu sein.

Als einer der Haupttheoretiker dieser »neurechten« Ausrichtung kann Henning Eichberg bezeichnet werden. Sein Einfluss zieht sich auch durch weite Teile des Papiers. So heißt es dort: »Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird.« Der Hauptwiderspruch besteht in Eichbergs Werken – gerade in den siebziger und achtziger Jahren – immer zwischen »Entfremdung« und »Identität«. Eichberg definierte Identität als »das Eigene, Vertrautheit, eigene Wurzeln haben, sich wiedererkennen, bei sich selbst zu Hause sein«. So werden »Befreite Zonen« im Konzept auch beschrieben als »Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen.« Die Anlehnung an Henning Eichberg ist unübersehbar.

Kulturelle Hegemonie auf kommunaler Ebene

Der zweite Theoretiker, der mit seinen Werken offensichtlich massiven Einfluss auf das Konzept hatte, ist der Gründer der französischen »Neuen Rechten«, Alain de Benoist, der sich hierfür bei dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci bediente und so dessen Konzept in extrem rechte Theoriediskurse einbrachte.

Im Konzept der »Befreiten Zonen« ist die »Kulturelle Hegemonie«, die im »vorpolitischen Raum« errungen werden sollte, in einem pragmatischen Ansatz verarbeitet bzw. heruntergebrochen worden. Hier soll es um eine Integration von extrem Rechten in die Bevölkerung gehen, um so Einfluss im »vorpolitischen Raum« zu erlangen. So heißt es dort:

»Dann ist es unabdinglich, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen. [...] Beispiele: Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatroullien sicher halten. Man kann gegen den Zuzug eines Supermarkts, die Vertreibung alteingesessener Mieter durch Miethaie, die Schließung des kleinen Eckladens, den Aufmarsch von Scheinasylanten und anderen Lichtgestalten oder den Bau einer Autobahn durch das Wohnviertel protestieren und agitieren. Man muß so handeln, daß man in einem Meer der Sympathie schwimmt, daß die ›normalen‹ Bewohner für uns ›die Hand ins Feuer legen‹.« Die inhaltliche Nähe zu aktuellen Versuchen der NPD, sich als »Kümmererpartei« darzustellen oder Vereine zu unterwandern, ist offensichtlich. Es handelt sich nicht zuletzt um den Versuch eine »Normalität herbeizuführen.«

Insgesamt geht es im Konzept um die Errichtung einer »Gegenmacht«, die es ermöglichen soll den Staat zurückzudrängen, um Raum zu schaffen, in dem man selbst die Kontrolle ausübt und dies auch mit Gewalt:

»Einmal ist es die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das

→

System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig. [...] Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen. [...]Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands. [...] Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können. Dazu muß man sich die Orte genau auswählen. Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht.«

Ein weiterer Aspekt von großer Bedeutung ist die ökonomische Unabhängigkeit. Diese Zonen sind »nicht in erster Linie geographisch definiert«: Es geht um den Aufbau von Netzwerken, in denen die politische Arbeit ungestört vorbereitet werden kann:

»Errichtung eines unabhängigen Buchladens, wo man auch Bücher und Schriften, Aufkleber und Flugblätter kaufen kann, die man sonst nirgends bekommt. Keine Angst, in jeder Region Deutschlands besteht eine genügend große, freilich oft völlig isolierte Szene, so daß sich ein solcher Laden rechnet. Oder eine Druckerei, eine Werbeagentur, ein Reiseunternehmen für kleine Geldbeutel. Man kann ›T-Hemden‹ oder Schallplatten verkaufen, es gibt tausend und eine Möglichkeit, aus dem System auszubrechen und Kohle zu verdienen, ohne daß man sich ruiniert oder man zum Hampelmann des Systems wird. [...] Hinzu kommt das Stichwort der Vernetzung. Gleichgesinnte Initiativen, die an verschiedenen Orten bestehen, müssen engen Kontakt halten, voneinander wissen, einander helfen. Vom Telefonkontakt über das Fax bis zum Computer mit Modem – auch hier gibt es keine Grenzen.«

Das Konzept der »Befreiten Zonen« blieb bis Ende der neunziger Jahre so gut wie unbeachtet. Der Zusatz der »National befreiten Zonen« kam wohl Mitte der 1990er Jahre hinzu. Seit 1999 erfuhr es eine ausführliche Diskussion in der Deutschen Stimme, der Parteizeitung der NPD. Insgesamt wurden in der Deutschen Stimme zwischen 1999 und 2004 vierzehn Artikel dem Konzept gewidmet, wie Uta Döring in ihrer Studie zum Konzept nachwies. Bis heute nehmen extrem rechte Autoren in ihren Artikeln immer wieder Bezug auf das Konzept. Dies geschieht aber häufig in sehr abgewandelter Form und stark reduziert auf den Straßenkampf: Der Begriff wird heute eher als Symbol genutzt, welches politische Botschaften verkürzt und vereinfacht ausdrückt, wie Döring ausführt.

Insgesamt ist die Idee der »Befreiten Zonen« ein gutes Beispiel für ein Strategiekonzept, das Eingang in den extrem rechten Diskurs gefunden hat; ursprünglich von Akteuren der »Neuen Rechten« verfasst, wird es mittlerweile weit über diese Kreise hinaus als strategische Grundlage genutzt.

Molau als möglicher Urheber des Konzeptes

Wer die Autoren des Konzeptes sind, ist bis heute nicht geklärt. Doch Vermutungen, dass Andreas Molau zumindest Mit-Autor sein könnte, gibt es an verschiedenen Stellen. Molaus Autorenschaft wäre nicht nur ein weiterer Hinweis auf die enge Vernetzung von einer sich selbst als intellektuell verstehenden »Neuen Rechten« und der militanten Neonazi-Szene als Zusammenspiel in einem bewegungsähnlichen Konstrukt. Sie würde einmal mehr belegen, dass hier die Grenzen fließend sind. Molau gehörte Anfang der 1990er Jahre zum Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB), aus dessen Kreis das Konzept der »Befreiten Zonen« stammt. Der NHB dürfte Anfang der 1990er Jahre deutlich unter 50 Mitglieder gehabt haben, was den möglichen Personenkreis stark einschränkt. Molau beschrieb in einem Interview in der Deutschen Stimme 2009 die Phase seines Studiums in Göttingen (1988–1993):



»Nach der Bundeswehr traf ich während meines Studiums im korporativen Bereich viele Gleichgesinnte, und wir hatten schöne Jahre im roten Göttingen, wo wir mit öffentlichen Veranstaltungen und Flugblattaktionen politisch arbeiteten. Mein Versuch, einen NHB-Stützpunkt zu gründen, war nicht sehr erfolgreich.[...]. Ich konzentrierte mich daher auf die publizistische Arbeit. In Göttingen machten wir eine kleine Studentenzeitung, und schließlich stieß ich zur JF[1], wo wir einen Kulturteil etablieren konnten. Begeistert von den Ideen einer Kulturrevolution von Rechts, wollten wir nationales Lebensgefühl suchen und befördern.«

Diese Aussage zeigt zum einen Molaus starkes Engagement im NHB und zum anderen beschreibt es eine Lebensphase, in der Molau die Gelegenheit hatte, funktionierende linke Strukturen zu beobachten, an welchen sich das Konzept der »Befreiten Zonen« orientiert. Außerdem verweist er bereits hier auf seine ideologischen Prägungen und auf das Ziel, »nationales Lebensgefühl [zu] suchen und [zu] befördern«.

Bei seiner Erklärung zur Kandidatur um den NPD-Parteivorsitz im Jahre

1| Gemeint ist die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF).



Foto: Thomas Rassloff

[1] Auf einer Neonazi-Demonstration »für ein nationales Jugendzentrum« 2007 in Berlin wird auf das Konzept der »National Befreiten Zonen« Bezug genommen.

2009 wurde Molau betreffend seiner ideologischen Wurzeln noch deutlicher. Hier schrieb er: »Ich stehe für einen modernen europäischen Nationalismus im Sinne Henning Eichbergs und Alain des Benoists [...]«. Im laufenden Wahlkampf um den Parteivorsitz der NPD veröffentlichte Molau ein weiteres Konzeptpapier, welches die »Ausbildung eines nationalen Milieus« forderte. Darin heißt es:

»Angesichts sich auflösender Bindungen an Parteien und traditionelle Vereine sind politische Organisationsformen neben der NPD im nationalen Spektrum zu begrüßen. [...] Freie Kräfte, darunter sind konservative Vortragskreise ebenso zu verstehen wie Kameradschaften und NPD müssen sich vernetzen, ihre Arbeit koordinieren. [...] Die Erringung der politischen Macht muß von der Kommune an konsequent vorangetrieben werden. [...] Es gibt keine Volksfront, aber wir können an einer ›Graswurzelrevolution‹ arbeiten, um ein nationales Milieu zu schaffen.«

Die »Schaffung eines nationalen Milieus« ähnelt in seiner Zielsetzung deutlich dem »Befreiten Zonen«-Konzept. Darüber hinaus ist das Konzept der »Befreiten Zonen« maßgeblich auch durch die Strategien und den Sprachgebrauch von Mao Tse Tung geprägt, worauf Döring hinwies. Auch Molau knüpfte sprachlich immer wieder an Mao an. So sagte er im Interview mit der Deutschen Stimme 2009: »Wahre Revolutionäre bewegen sich im Volk wie Fische im Wasser. Deshalb ist es auch nicht ehrenrührig, wenn man daran erinnert, daß der Köder dem Fisch bzw. Wähler gefallen muß und nicht dem Angler.«.

Noch 2008 nahm Molau selbst in einer Rede beim Sommerfest der NPD-Nordrhein-Westfalen in Wattenscheid auf das Konzept Bezug: »Da heult der Herr Laschet vor kurzem rum, es gäbe auch hier in Nordrhein-Westfalen – vielleicht ist das ja dem ein oder anderen auch schon aufgefallen – sogenannte No-Go-Areas für Schwarze. ›No-Go-Areas‹, also Gebiete, in die sich Schwarze, also Maximalpigmentierte – Neger darf man ja nicht mehr sagen – in die sie sich nicht mehr herein trauen würden. [...] Ja, liebe Freunde, wir würden uns ja freuen, wenn es so wäre, wir wären ja froh, wenn es Räume in Nordrhein-Westfalen oder Deutschland geben würde, wo mal keine Schwarzen da wären. Das wäre doch tatsächlich mal etwas. [...] Wir müssen den Leuten sagen: Wir wollen Deutschland zu einer ›National Befreiten Zone‹ machen.«

Dies sind eine ganze Reihe an Hinweisen, dass Molau zumindest Mit-Autor des ohne Autorenkennung veröffentlichten Konzeptes sein könnte. Er selbst hat sich dazu nie geäußert. Viel wichtiger aber; die Beschäftigung mit dem Papier zeigt den bewegungsförmigen Charakter der extremen Rechten in Deutschland. Es wird deutlich, dass es sich hier um ein Gebilde handelt, an welchem vom »neurechten Publizisten« bis zum Mitglied einer neonazistischen Kameradschaft, ein breites Spektrum an Personen beteiligt ist. Aber es zeigt auch, wie theoriearm die extreme Rechte ist. Außer einem Erneuerungsversuch der »Neuen Rechten«, in dem die Texte der sogenannten Konservativen Revolution »wiederentdeckt« wurden, entwickelte sich bis heute kaum wirklich Neues. ■

»Gegen den Zeitgeist« ?

Gerhard Löwenthal – Vorbild für rechten Journalismus

Gerhard Löwenthal, einst als Moderator antikommunistischer Fernsehsendungen und als Aktivist am rechten Rand der Unionsparteien bekannt, dient Rechtsintellektuellen heute als journalistisches Vorbild und als Namensgeber für einen Medienpreis.

Die Junge Freiheit hat Gerhard Löwenthal nicht vergessen. Als der Politikwissenschaftler Stefan Winckler letztes Jahr im be.bra-Verlag seine Biographie über den einstigen antikommunistischen Hardliner publizierte, da war das Rechtsaußen-Blatt zur Stelle und engagierte den Autor für einen Auftritt auf der Frankfurter Buchmesse. »Welche Bedeutung hat Löwenthal heute noch für die konservative Publizistik in Deutschland?«, wollte die Zeitung wissen – und Winckler stand ihr bereitwillig Rede und Antwort. Löwenthal habe sich offen »als Konservativer bezeichnet, in einer Zeit, in der dies aufgrund der Post-Achtundsechziger nicht gerade populär gewesen« sei, so zitierte die Junge Freiheit den Biographen. Damit habe der TV-Moderator »vielen Mut zugesprochen und als Vorbild gedient, die dem damaligen Zeitgeist ablehnend gegenüberstanden«. Dem »Zeitgeist« ablehnend gegenüberstehen – nun, tun das nicht auch heutige Rechte? Kann Löwenthal ihr da nicht ebenfalls als mutiges Vorbild dienen?

Gerhard Löwenthal, geboren am 8. Dezember 1922 in Berlin-Charlottenburg als Sohn eines jüdischen Kaufmanns, hat die NS-Zeit mit knapper Not überlebt. Am 9. November 1938 wurde er gemeinsam mit seinem Vater in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Beide kamen dank eines einflussreichen Verwandten bereits nach einem Tag wieder frei. Auch als Löwenthal im Februar 1943 von der Gestapo inhaftiert wurde, gelang es dem Verwandten, ihm aus dem Knast zu helfen. Nach der Befreiung im Mai 1945 habe er sich an Protestaktionen gegen Nazis beteiligt, schrieb Löwenthal später; noch 1951 schimpfte er öffentlich sogar über Studentenverbindungen: Das »zum großen Teil doch überholte und verstaubte Korporationsunwesen« halte einen »Ehrenkodex« und Fechtriten aufrecht, die »völlig indiskutabel« seien. In späteren Jahren hat Löwenthal in den Häusern von Burschenschaften Vorträge gehalten und sich auch sonst in rechtslastigen Kreisen bewegt. Dass er von den Nazis verfolgt wurde, macht ihn für Rechtsintellektuelle heute allerdings besonders attraktiv: Wer sich auf ihn beruft, kann – ähnlich wie im Falle der Adelsrevolte vom 20. Juli – die eigene rechte Haltung mit dem Nimbus des Nazigegners vergessen machen.

Den Nazigegner Löwenthal trieb im Laufe der Jahre der Antikommunismus nach rechts. 1946 begann er als 23-Jähriger seine Karriere beim Radiosender RIAS Berlin, der zunächst gegen die sowjetische Administration und später gegen die DDR agitierte. 1954 wechselte er zum Sender Freies Berlin. Nach einigen Jahren in Paris und Brüssel ging Löwenthal schließlich nach Mainz, wo er von 1969 bis 1987 das ZDF-Magazin moderierte. Es war die Zeit der sogenannten Entspannungspolitik, Ausgleich mit der DDR war angesagt – doch das ZDF-Magazin galt als Hort krassester antikommunistischer Reaktion. Eine Zeitlang berichtete Löwenthal in seiner Reihe »Hilferufe von drüben« über politisch Verfolgte in der DDR; als dies selbst dem ZDF zu viel wurde und der Moderator die »Hilferufe« nicht mehr senden durfte, gründete er einen gleichnamigen Verein, der das Projekt auf privater Ebene weiterführte. Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom berichtete schon vor Jahren, Löwenthal habe sich bei seinen antikommunistischen Aktivitäten für das ZDF-Magazin nicht nur auf nachrichtendienstliche Quellen stützen können. Er sei seinerseits vom BND unter dem Decknamen »Leoben« als Vertrauensjournalist geführt worden.

Löwenthal ist immer wieder auch jenseits seiner beruflichen Tätigkeit politisch aktiv gewesen, etwa bei der konservativen Deutschland-Stiftung, deren Präsident er von 1977 bis 1994 war, oder bei der antikommunistischen (Internationalen) Gesellschaft für Menschenrechte. Er war zeitweise Sprecher im Kuratorium des Fördervereins



[1] Gerhard Löwenthal arbeitete als Moderator beim ZDF und war für einen strikten Antikommunismus bekannt.

Screenshot: youtube.de / ZDF

Konservative Kultur und Bildung/ Konservatives Büro in Bielefeld, in dem er unter anderem mit dem Münchener Adelsspross Caspar von Schrenck-Notzing, dem langjährigen Herausgeber der einflussreichen Rechtsaußen-Zeitschrift Criticón, kooperierte. Vor allem aber betätigte er sich bei der Konservativen Aktion, die 1981 von Franz Josef Strauß-AnhängerInnen gegründet wurde, nachdem dieser die Bundestagswahl 1980 verloren hatte. Auch die Konservative Aktion fiel vor allem durch antikommunistische Agitation auf (»Moskaus Partisanen sind unter uns«), durch Kundgebungen zum 17. Juni und zum Jahrestag des Mauerbaus. 1983 stemmten Mitglieder gar ein Loch in die Berliner Mauer, bevor ihre Jugendabteilung aufbrach, um im Rahmen einer »Aktion Heimkehr« nach Kreuzberg zu marschieren: Man bitte um Verständnis, hieß es in den Pamphleten der Organisation, dass Kanzler Kohl »im Interesse unserer Nation die Ausländerzahlen innerhalb der nächsten 10 Jahre in Deutschland durch Rückkehr in die Heimatländer halbieren muß«.

Die Konservative Aktion hat Nachwirkungen bis heute, obwohl sie sich 1989 auflöste. 1986 kam es in der Organisation zu einem heftigen Streit zwischen Löwenthal und dem Geschäftsführer Joachim Siegerist. »Als er immer frecher wurde und mich am Schlips packte«, erzählte Siegerist damals dem Nachrichtenmagazin Spiegel über Löwenthal, da habe der ZDF-Moderator in »Richtung Pistole« gegriffen: »Dort, wo er meist seine geladene Pistole trägt, war sein Hosenbund ausgebeutelt«. Was auch immer davon stimmen mag – Siegerist trat aus und gründete, während die Konservative Aktion umgehend in den Bankrott schlitterte, »Die Deutschen Konservativen«, die bis heute in der Republik ihr Unwesen treiben. Zu ihren ersten Handlungen gehörte übrigens eine Kampagne zur Freilassung von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß aus alliierter Haft.

Auch ein zweiter Organisationsstrang wirkt bis in die Gegenwart fort. Caspar von Schrenck-Notzing, der einst im Bielefelder Förderverein Konservative Kultur und Bildung mit Löwenthal kooperierte, rief im Jahr 2000 die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung ins Leben. Diese wiederum vergibt seit 2004 gemeinsam mit der Jungen Freiheit und Löwenthals Witwe Ingeborg (Löwenthal ist am 6. Dezember 2002 gestorben) den mit immerhin 5.000 Euro dotierten Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten. Mehrere Autoren und eine Autorin der Jungen Freiheit haben den Preis mittlerweile erhalten, aber auch Prominenz wie die Verleger Herbert Fleissner und Wolf Jobst Siedler oder der Publizist Peter Scholl-Latour. 2009 sorgte die Preisverleihung an den Chefredakteur der evangelikalen Wochenzeitschrift idea Spektrum, Helmut Matthies, für einige Aufregung in der evangelischen Kirche: Matthies hatte die Auszeichnung nicht zuletzt bekommen, weil er idea Spektrum immer wieder für – nicht zuletzt antikommunistische – Anliegen der Jungen Freiheit geöffnet hatte. Deren Chefredakteur Dieter Stein wiederum ist seit 2007 Vorsitzender des Stiftungsrats der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung. Seine Zeitung hat 2006 Gerhard Löwenthals Autobiographie neu aufgelegt. Denn der Mann fungiert in der Tat als Vorbild für die heutige Rechte, die ihn nach wie vor wegen seines Widerstandes gegen den »Zeitgeist« preist. ■

Nur zehn Tote mehr?

Vom Versagen der antifaschistischen Bewegung und zivilgesellschaftlicher Initiativen im Umgang mit der NSU-Mordserie

In der Öffentlichkeit wird seit dem Bekanntwerden des NSU breit über das Versagen der Sicherheitsbehörden, den Umgang der Medien und auch die Wahrnehmung der Öffentlichkeit diskutiert. Zu Recht haben zivilgesellschaftliche Initiativen und antifaschistische Gruppierungen auf die Mitverantwortung des Staates an den Verbrechen verwiesen und mit Nachdruck die Kontextualisierung der Taten als Teil eines rassistischen Klimas gefordert. Aber inwieweit erfolgte eine selbstkritische Reflektion? Sind nicht sowohl antifaschistische Gruppen als auch zivilgesellschaftliche Akteure und alle anderen Organisationen, die sich gegen extrem rechte Einstellungen und Verhaltensweisen engagieren, aufgefordert, ihre eigene Rolle zu hinterfragen?

Zunächst bleibt festzustellen, dass jenseits von Behörden und Medien auch kritische Gesellschaftsteile den rassistischen Hintergrund der Mordserie über Jahre nicht ansatzweise öffentlich wahrnehmbar thematisiert, geschweige denn erkannt haben. Ebenso blieben nach dem Bekanntwerden kraftvolle bundesweite Aktionen, abgesehen von einigen größeren regionalen Veranstaltungen, seitens einer antifaschistischen Bewegung sowie der Zivilgesellschaft und der Parteien aus. Als Zeitungsprojekt müssen wir selbstkritisch konstatieren, dass wir es versäumt haben, existierenden Hinweisen wie den Erklärungen der Betroffenen des Kölner Anschlags oder dem Lied »Dönerkiller« der Neonaziband »Gigi & die braunen Stadtmusikanten« intensiv nachzugehen. Der Artikel hat es sich zum Ziel gesetzt, Erklärungsansätze zum Nichterkennen und Diskussionsanstöße für eine mehr als notwendige Debatte zu liefern.

Eine erste einfache These ist, dass sich kaum eine_r eine solche Dimension rechter Gewalt vorstellen konnte. Trotz unzähliger Waffenfunde bei Neonazis herrschte die auch von den Behörden immer wieder betonte und von vielen geglaubte trügerische Sicherheit vor, dies wären lediglich »Waffennarren« oder »Militärspinner«. Warnungen seitens antifaschistischer Akteure verhallten ungehört, mangels offensichtlicher Attentate schien den Rufen die Substanz zu fehlen. Die Taten selbst wurden nicht als rechte Tötungsdelikte erkannt, entsprachen sie doch nicht dem bekannten Schema der vergangenen zwanzig Jahre. Das Alarmsystem schrillt auf bei Anschlägen, die denen von Rostock, Hoyerswerda, Mölln oder Solingen ähneln. Es funktioniert auch bei rechten Straßenschlägern wie im Fall von Kamal Kilade in Leipzig, doch es versagte bei den organisierten, stillen Hinrichtungen des NSU. Das Erschießen als geplante Tötung ohne das sonst typische propagandistische Bekenntnis passte nicht in die bekannten Muster. Diese Vorgehensweise sowie die relativ große Zeitspanne kam einer Wahrnehmung als »organisierte« Kriminalität entgegen.

Ein zweiter möglicher Grund: Es mangelt an einem historischen Bewusstsein für eine solche Form von neonazistischer Gewalt. Zwar gibt es in Deutschland eine Geschichte von organisierten rechten Anschlägen, jedoch ist diese selbst in der Linken kaum im Gedächtnis verankert. In der antifaschistischen Bewegung Ostdeutschlands kommt hinzu, dass diese Geschichte nicht die »eigene« ist, das Wissen darüber im besten Fall angelesen, aber nicht in der persönlichen Erinnerung verankert ist. Für Westdeutschland lässt sich feststellen, dass die gesellschaftliche Prägung in Bezug auf »Terrorismus« stärker vom »Deutschen Herbst« dominiert ist, als von rechten Anschlägen wie z.B. dem auf das Münchner Oktoberfest 1980. Bis auf den Bombenanschlag in Köln trugen die Taten auch eine andere Handschrift als zuvor erfolgte Neonaziattentate.

Die Konstruktion anderer Abläufe bleibt eine dritte, wenn auch nicht belegbare These. Neun tote Antifas oder alternative Jugendliche hätten eine weitaus größere Reaktion seitens der Linken und wahrscheinlich auch ein früheres Erkennen hervorgerufen. Eine antifaschistische Linke setzt sich zum großen Teil aus Herkunftsdeutschen zusammen, die zwar aufgrund ihres politischen Bewusstseins über eine erhöhte Sensibilität verfügen, aber dennoch unter der Perspektive ihrer selbst (weiß, deutsch, meist männlich) agieren. Die bereits ange-

sprochene Unvorstellbarkeit der Dimension der Taten traf hier auf eigene (unbewusste) Vorurteile. Die Tradierung des »Fremden« als potenziell kriminell wird zwar im Generellen kritisiert, im konkreten Fall wirkte sie sich aber ob ihrer Unreflektiertheit auf Denken und Handeln aus; ein Erkennen und vehementes Zurückweisen der rassistischen Stereotypisierung fand somit nicht statt. Es wurde, zugespitzt formuliert, nach folgender Maßgabe gehandelt: Wenn mangels Bekanntheit der TäterInnen kein Rückschluss auf das Motiv möglich ist, müssen »die Fremden« den antifaschistischen Deutschen darlegen, warum es nur ein rechter Anschlag gewesen sein kann. Bleibt dieser »Gegenbeweis« aus und stößt die behördliche Argumentation auf vertraute Muster, erfolgt keine Intervention.

Migrant_innen sind nach wie vor in weiten Teilen der Linken und Zivilgesellschaft kein selbstverständlicher Bestandteil. Dies ist der wohl entscheidende Unterschied zu Betroffenen aus der linken Szene oder alternativen Jugendlichen. Jene besitzen, wenn auch nicht unbedingt persönlich, zumindest über politische Zusammenhänge einen (engen) Kontakt zu antifaschistischen Initiativen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften oder anderen gegen Rechts agierenden Organisationen. Quá dieser Verbindung verfügen sie über ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit, Rückhalt und Solidarität, auf welche die Angehörigen der NSU-Mordserie nicht bauen konnten.

Die strukturelle Ebene dient als vierte Überlegung. Professionelle Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt existieren flächendeckend nur in Ostdeutschland, sodass nur in diesem Gebiet auch abseits staatlicher Akteure verdächtige Todesfälle zusammenhängend eingeschätzt werden können. An solchen Strukturen mangelt es in Westdeutschland – wo bis auf eine Ausnahme (vgl. Seite 34f.)



alle Morde geschahen – nach wie vor. Der Warnruf seitens der Betroffenen nach dem Anschlag in Köln verhallte. Zudem fehlte es in diesen Jahren jenseits der antifaschistischen Zeitungsprojekte an breiten linken Zusammenschlüssen, es fand kaum ein Austausch über bundesweite Entwicklungen und Vorkommnisse statt. So berichten heute viele Antifas, dass ihnen die Bezeichnung der Mordserie als »Dönermorde« überhaupt nicht bewusst war.

Zusätzlich ist zivilgesellschaftliches Engagement durch die Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung Zwängen ausgesetzt, die die schleichende Reduzierung eigener Prämissen zur Folge haben. Angetreten waren insbesondere die Beratungsstellen mit dem Anspruch einer Sicht aus der »Opferperspektive«, welchem sie sicher auch in der Mehrzahl der Fälle gerecht werden.

Die Beratungsstellen legen Wert auf ihre Seriosität, insbesondere auf valide Darstellungen. Ein qualitätsorientierter Ansatz, der ihnen in den letzten Jahren viel Respekt, Anerkennung und Glaubwürdigkeit vermittelt hat. Aber gerade der Ruf nach der »Beweisbarkeit« des Motivs, dem Zwang und dem Bedürfnis, nicht als »linke Spinner« abgestempelt zu werden, die überall rechte Angriffe vermuten, hat auch dazu geführt, dass Verdachtsfälle nicht immer mit der nötigen Intensität verfolgt werden. Eine Erfassung all dieser Fälle, insbesondere bei Tötungsdelikten, erscheint aus den Erfahrungen der NSU-Morde dringend notwendig.

Als letzte These sei angeführt, dass sich die antifaschistische Bewegung neben all den inhaltlichen Verdrängungs- und Verwischungsaspekten faktisch seit über zwanzig Jahren im Dauerzustand der Belastung befindet. Kein einziges Jahr verging ohne rechte Morde, Brandanschläge und Angriffe. Der eingetretene Gewöhnungseffekt führt zu »Abnutzungserscheinungen« in der Aufmerksamkeit. So traurig es klingt, Tote rechter Gewalt generieren auch in der linken Szene immer weniger öffentliche Empörung – »Wut und Trauer« sind die Parolen vergangener Jahre. So haben Zivilgesellschaft und Antifa leider in den letzten Jahren nicht nur die Opfer des NSU nicht thematisiert, sondern auch viele andere Tote, insbesondere Wohnungslose. Betroffene eben, die nicht zum eigenen Milieu gehören. ■

»Wake up – Stand up!«

Nachbetrachtung der Kampagne zur Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinsames Ziel der antifaschistischen Kampagne »Wake up – Stand up! Keine Stimme den Nazis in MV!« war die Aufklärung über Inhalte und Gesichter der NPD in MV während des Landtagswahlkampfs 2011. Im Gegensatz zur antifaschistischen Kampagne 2006, die sich anlässlich des erstmalig drohenden Einzugs der NPD in das Parlament gründete, hielt man es zuletzt für illusorisch, den Wiedereinzug der Neonazis verhindern zu können. Zu fest verankert sind die NPD und Freien Kameradschaften sowie ihr Gedankengut in weiten Teilen des Landes. Daher konzentrierte sich das Bündnis aus antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen neben der Aufklärung über rechte Strukturen und Inhalte durch Öffentlichkeitsarbeit darauf, bestehende antifaschistische Strukturen zu stärken.

Was tun?!

Der Mit-mach-Charakter von »Wake up – Stand up!« sollte die Einstiegshürde für nicht organisierte antifaschistische Jugendliche in allen Teilen des Landes verringern. Flugblätter, die sich mit Forderungen der NPD z.B. hinsichtlich der sozialen Frage oder des demographischen Wandels inhaltlich auseinandersetzen, ließen sich von der Website der Kampagne herunterladen. In Rostock entstand das Konzept der Stadtteilspaziergänge, bei denen Antifaschist_innen Flyer in eher rechts dominierten Regionen verteilen. Diese Idee verbreitete sich über die Stadtgrenzen und linken Zentren in MV hinaus und wurde mancherorts zum Selbstläufer bzw. Praxis für nicht-rechte Jugendliche gegen Neonazis in ihrer Region. Darüber hinaus wurden verschiedene Festivals für ein nicht-rechtes Publikum mit Infomaterial versorgt.

Neben diesen dezentralen Aktionen gab es auch gemeinsame Ereignisse. Dazu zählte eine antifaschistische Kaffeefahrt mit drei Reisebussen durch Teterow und Demmin, die durch Demonstrationen und Flyern auf die Zustände in der jeweiligen Stadt hinwiesen. Für die antifaschistische Szene fand ein Aktionstag in Rostock mit Vorträgen, subkulturellen Freizeitaktivitäten und Konzerten statt. Eine Kundgebung in Lichtenhagen, eine Demonstration in Bad Doberan sowie die Abschlussdemonstration mit ca. 500 Antifaschist_innen am Vortag der Wahl in Schwerin rundeten die Kampagne ab. Alle Aktionen im Rahmen der Kampagne sowie das Treiben der Neonazis wurden zudem dokumentiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine Reihe von Bands und Musikprojekten, wie Feine Sahne Fischfilet, Egotronic und Frittenbude solidarisierten sich mit der Kampagne vor allem medial durch Video-Statements.

Reaktionen und Strategien der Neonazis

Seit dem Einzug der NPD in das Landesparlament 2006 konnte sich die Partei infrastrukturell durch die fließenden Gelder erweitern. Anstelle angemeldeter Infostände, mit Tisch und NPD-Schirm, besitzt die Partei seit einigen Jahren einen mobilen Infotisch in Form eines Wohnmobils, das »Flaggschiff Waterkant«. Damit sind sie flexibler und können innerhalb eines Tages von Ort zu Ort ziehen, was antifaschistische Gegenaktionen erschwert. Dennoch schafften es Aktivist_innen z.B. in Greifswald, Bützow und Rostock immer wieder die Infostände zu stören.

Wie schon im letzten Wahlkampf war das Land überzogen mit NPD-Plakaten, die zum Teil die zugelassene Anzahl überschritten und von den örtlichen Behörden wieder abgehängt wurden. Auch Antifaschist_innen beteiligten sich gemeinsam an dem flächendeckenden Abhängen. Da kam selbst die NPD nicht hinterher, die in Rostock mit einem Dutzend Personen und organisiertem Schutz zum Plakateaufhängen anreiste.

Im Vergleich zum Wahlkampf 2006 kam es vermehrt zu rechten Gewalttaten und Sachbeschädigungen. Vielerorts meldeten demokratische Parteien Beschädigungen ihrer Plakate durch rechte Parolen und Symboliken. Das regionale rechte Internetportal MuP-info rief sogar einen Wettbewerb aus, bei dem Fotos zerstörter Plakate anderer Parteien und unzerstörter NPD-Plakate (mit oder ohne den nationalen Aktivisten) veröffentlicht werden konnten. Die alleinige Zerstörung der eigenen Wahlpropaganda wollte man wohl nicht länger hinnehmen. Als No-



[1]

vum erwies sich jedoch das unverblümte Bekenntnis der NPD zur Gewalt während des Wahlkampfes: Eine Vielzahl vorbestrafter Kandidaten trat nicht nur für die Partei an, sondern Neonazis griffen weiterhin in Rostock, Teterow und Hagenow Wahlkreisbüros demokratischer Parteien an. In Stralsund, Teterow, Greifswald und Rostock wurden nicht-rechte Personen und Antifaschist_innen von Neonazis attackiert und auch das Festival »Jugend rockt für Toleranz« in Gallentin bei Bad Kleinen wurde von einer Gruppe Rechter angegriffen.

Das Nachspiel mit den staatlichen Ermittlungsbehörden

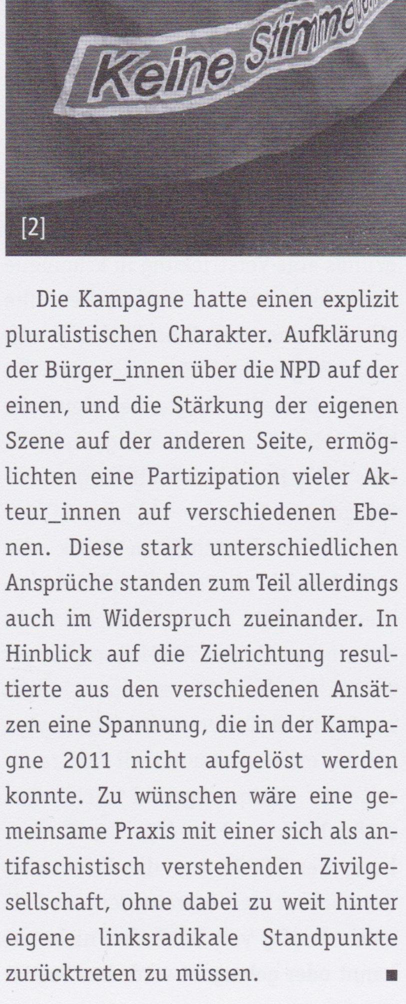
Die antifaschistische Gegenwehr und der Selbstschutz vor gewalttätigen Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern zog eine Kriminalisierung der Kampagne sowie ihrer Aktionsformen nach sich. Infolge eines Reizgasangriffs dreier stadtbekannter Neonazis auf Antifaschist_innen während eines Stadtteilspaziergangs in Rostock-Toitenwinkel und dessen Abwehr, trat der örtliche Staatsschutz auf den Plan. In der Konsequenz wurde ein Treffen von linken Aktivist_innen in Rostock durch ein übertriebenes Polizeiaufgebot begleitet, während gleichzeitig angekündigte NPD-Infostände in der Stadt stattfanden. Jede Person, die in irgendeiner Art und Weise im Rahmen der Kampagne namentlich in Erscheinung trat, wurde vom Staatsschutz vorgeladen. Antifaschist_innen sowie der Hoster der Website wurden zu Aktivitäten von »Wake up – Stand up!« und den zugrunde liegenden Strukturen befragt. Das juristische Nachspiel vom Wahlkampf 2011 setzt sich für die Antifa in MV bis heute fort.

Keine Stimme den Nazis! (2006) vs. Wake up – Stand up! (2011)

Die »Wake up – Stand up!«-Kampagne wirkte mobilisierend auf die eigene Szene. Die Aktionsformen waren im Wesentlichen aktionistisch und setzten auf breite Beteiligung. So ist es gelungen, Menschen auch außerhalb des klassischen Antifaspektrums zu aktivieren. Im Vergleich zur »Keine Stimme den Nazis«-Kampagne, bei der gemeinsame Aktionen im Vordergrund standen, beinhaltete »Wake up – Stand up!« vor allem dezentrale Aktionen, die aufgrund ihres leicht zu organisierenden Charakters gleichzeitig in mehreren Städten stattfinden konnten. Im Gegensatz zu 2006 war jedoch nicht das Ziel, jede Aktion der Neonazis zu stören. Stattdessen stand die Aussicht auf eine erfolgreich durchzuführende Aktion im Vordergrund. So wurden die Neonazis z.B. durch die antifaschistische Kaffeefahrt exemplarisch gestört. Einmal mehr konnte so deutlich gemacht werden, dass hundert Neonazigegner_innen binnen kürzester Zeit in sonst eher von rechts dominierten Regionen auftauchen können. Was bleibt, sind jedoch die Landstriche einer Neonazi-Wunderwelt, in die auch die »Wake up – Stand up!«-Kampagne nicht erfolgreich vordringen konnte.



[2]



Die Kampagne hatte einen explizit pluralistischen Charakter. Aufklärung der Bürger_innen über die NPD auf der einen, und die Stärkung der eigenen Szene auf der anderen Seite, ermöglichten eine Partizipation vieler Akteur_innen auf verschiedenen Ebenen. Diese stark unterschiedlichen Ansprüche standen zum Teil allerdings auch im Widerspruch zueinander. In Hinblick auf die Zielrichtung resultierte aus den verschiedenen Ansätzen eine Spannung, die in der Kampagne 2011 nicht aufgelöst werden konnte. Zu wünschen wäre eine gemeinsame Praxis mit einer sich als antifaschistisch verstehenden Zivilgesellschaft, ohne dabei zu weit hinter eigene linksradikale Standpunkte zurücktreten zu müssen. ■

[1] »Wake up – Stand up!« Demonstration am 3. September 2011 in Schwerin und [2] am 13. August 2011 in Bad Doberan.

Konsequenzen ziehen

Ein Rückblick des Vereins LOBBI e.V.

Das fünfte Opfer des »NSU« wurde 2004 in Rostock umgebracht – der einzige Mord, der in Ostdeutschland verübt wurde. Im Gegensatz zu den alten Bundesländern existierte in Mecklenburg-Vorpommern zu dieser Zeit bereits ein spezialisiertes Opferberatungsprojekt für Betroffene rechter Gewalt.

LOBBI e.V.

Drei Dinge dürften mit verhindert haben, dass das rassistische Motiv der Mordserie bei den Ermittlungen erkannt wurde. Der Reflex, den Opfern aufgrund ihres Migrationshintergrunds eine Verstrickung in kriminelle Machenschaften zu unterstellen. Die Missachtung der Einschätzung von Angehörigen und Freund_innen der Opfer. Und der Irrglaube, deutsche Neonazis wären nicht fähig und willens zehn Menschen kaltblütig umzubringen.

Bei aller berechtigten Kritik, die sich deshalb an Polizei und Geheimdienste richtet – der Staat ist nicht der einzige Akteur. Als Mehmet Turgut am 25. Februar 2004 an einem Imbiss im Stadtteil Toitenwinkel erschossen wurde, erkannten auch wir den rassistischen Tathintergrund nicht. Ein maßgeblicher Grund für die Entstehung der LOBBI war die Erfahrung, dass bei rechten Gewalttaten das Tatmotiv häufig von Behörden nicht erkannt oder geleugnet wird. Das Selbstverständnis der LOBBI beinhaltet explizit das Ziel, dieser Wirklichkeit entgegenzuwirken. Wieso versagte der Ansatz in diesem Fall?

Die LOBBI hat bestimmte Routinen entwickelt, um das Dunkelfeld rechter Gewalt aufzuhellen und den Betroffenen Beratung und Unterstützung anbieten zu können. Täglich durchsuchen wir beispielsweise die Lokalteile der Zeitungen nach Meldungen über rechte Angriffe – und eben auch nach Angriffen, die ein rechtes Motiv nicht nennen aber möglich erscheinen lassen. In der Regel sind dies Artikel, die bestimmte Opfergruppen erwähnen: Also etwa Punks, Migrant_innen, Obdachlose. Oder es sind bestimmte Informationen über den Tathergang enthalten, also besondere Orte, benutzte Waffen oder Abläufe und Beschreibungen. Wir versuchen dann im Rahmen unserer Möglichkeiten, diese Zweifelsfälle zu recherchieren. Eine andere Routine ist die Einbeziehung und Anerkennung der Opferperspektive. Das bedeutet, dass die Betroffenen nach ihrer Einschätzung des Tatmotivs gefragt werden und ihnen auch geglaubt wird.

Dieser Ansatz griff zunächst auch nach dem Tod von Mehmet Turgut. Im Februar 2004 registrierten wir Presseberichte über einen Mord an einem Türken im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel. Der Migrationshintergrund des Opfers war für uns der Anlass, die Tat als möglicherweise rassistisch motiviert einzuordnen. Daher lief eine Recherche zu dem Fall an. Ein Mitarbeiter der LOBBI fuhr zum Imbiss, um die Betreiber zu befragen – traf dort aber niemanden an. Er sprach daraufhin mit Menschen in der Umgebung des Standes, ohne dabei weitere Informationen zu einem möglichen Tatmotiv zu erhalten.

Wenige Tage später gab die Polizei bekannt, dass die Tat im Zusammenhang mit einer Mordserie an Imbissbetreibern stehe und Schutzgelderpressung das Motiv sein könnte. Damit endete die Recherche der LOBBI. Warum? Nach acht Jahren ist dies kaum noch genau nachzuvollziehen. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass uns das von der Polizei genannte Tatmotiv nicht unwahrscheinlich erschien. In Rostock sind gewalttätige Auseinandersetzungen im kriminellen Milieu, mit Beteiligten unterschiedlicher Herkunft, schon vorgekommen. Hinzu kam, dass der Hinrichtungscharakter und der überregionale Kontext der Tat eher in der organisierten Kriminalität zu erwarten ist. Wir hatten zu dem Zeitpunkt kaum andere Anhaltspunkte. Dennoch bleibt ein ungutes Gefühl. War auch bei uns die Herkunft des Opfers ein Grund, der Polizeiversion ohne weiteres Hinterfragen zu glauben? Dass rassistisch begründete Vorurteile auch bei antirassistischen Projekten zu finden sind, ist uns klar. Spielten derartige Vorurteile hier unbewusst eine Rolle? Wir glauben das nicht und sehen das Problem eher im offenbar noch nicht ausreichend ausgeprägten Misstrauen gegenüber polizeilichen Aussagen.

Wir haben uns deshalb nicht an die zweite Routine gehalten. Die Perspektive der Angehörigen und Freund_innen haben wir nach der offiziellen

Einschätzung nicht abgefragt. Mehmet Turgut kam aus Hamburg und hielt sich illegalisiert in der Bundesrepublik auf. Ansatzpunkte, die Angehörigen zu finden und zu befragen, waren denkbar gering. Allerdings hätten wir den Imbissbetreiber durchaus später noch aufsuchen und befragen können. Dies nicht zu tun, war ein Fehler.

Die Herkunft des Opfers spielt allerdings an anderer Stelle eine Rolle. Die strukturelle gesellschaftliche Ausgrenzung von Migrant_innen ist uns bewusst. Doch die daraus resultierenden fehlenden Zugänge haben auch wir nicht überwunden und reproduzieren damit diese Ausgrenzung. Von den Einschätzungen der Angehörigen und Freund_innen des Opfers oder auch von den Demonstrationen in Kassel und Dortmund 2006 haben wir nicht erfahren. Bei anderen Zielgruppen rechter Gewalt wäre das kaum vorstellbar. Wenn beispielsweise alternative Jugendliche, Antifas oder linke Politiker_innen in Mecklenburg-Vorpommern von Angriffen betroffen sind, bestehen Kontakte und Netzwerke, über die uns in der Regel Informationen erreichen. Zu Migrant_innencommunities und insbesondere illegalisierten Arbeitnehmer_innen bestehen dagegen vergleichsweise wenig oder gar keine Kontakte und Netzwerke.

Neben der fehlenden Einbeziehung der Opfer haben wir die TäterInnenszene falsch eingeschätzt. Wir beraten seit über zehn Jahren Betroffene rechter Gewalt. Uns sind die tödlichen Potentiale rassistischer, antisemitischer, sozialdarwinistischer und nationalsozialistischer Ideologien durchaus bewusst. In Mecklenburg-Vorpommern wurden mindestens zehn Menschen aus diesen Motiven umgebracht, in anderen Fällen nahmen die TäterInnen bei Körperverletzungen den Tod ihrer Opfer in Kauf. Morde und Mordversuche, Anschläge, Waffenfunde bei Neonazis, Wehrsportübungen, extreme Gewaltphantasien in Liedtexten oder Onlinekommentaren, martialisches Auftreten und positiver NS-Bezug – all das war uns bekannt. Dennoch waren wir von den Erkenntnissen über das Ausmaß der Mordserie und die Skrupellosigkeit des »NSU« überrascht und entsetzt. Ob im Februar 2004 oder noch im Oktober 2011: Eine über Jahre hinweg unentdeckt bundesweit mordende Untergrundgruppe von Neonazis lag außerhalb unserer Vorstellung und unseres Erfahrungshorizonts. Diese geplante, offenbar gut vorbereitete und nüchtern ausgeführte Hinrichtung passte nicht zu dem, was wir bisher im Zusammenhang mit den eher impulsiven und spontanen Morden und Tötungen durch Neonazis beobachtet haben.

Ein weiterer Aspekt war sicher die fehlende Vernetzung nach Westdeutschland. Wären die anderen Morde auch in den neuen Bundesländern begangen worden, hätte, so unsere These, das bestehende Netzwerk aus Opferberatungsprojekten einen möglichen rassistischen Hintergrund der Taten gemeinsam wahrgenommen und diskutiert – spätestens als dieser Verdacht von den Angehörigen direkt geäußert wurde. Aber dieses Netzwerk bestand nur im Osten.

Wir halten unseren Ansatz für wichtig und richtig. Wir sehen uns als Bestandteil der vielen nichtstaatlichen Organisationen, Gruppen, Bündnisse und Einzelpersonen, die in der Vergangenheit oft erfolgreich rechte Strukturen aufdeckten, der Szene aktiv Grenzen setzten und nicht zuletzt in vielen Fällen von rechter Gewalt Druck auf Politik und Behörden ausübten. Dennoch müssen wir angesichts der Mordserie über eigene Konsequenzen nachdenken. Dazu gehört die Analyse und Neubewertung der Gewalt- und Untergrundbereitschaft der deutschen Neonaziszene. Dazu gehört das Vorantreiben bundesweiter Vernetzungen, um überregionale Entwicklungen und Übereinstimmungen leichter erkennen zu können. Vor allem gehören dazu aber Überlegungen, wie gerade bei rassistischen Taten die Reproduktion falscher behördlicher Deutungen und eigener Vorurteile vermieden werden kann. Nicht zuletzt ist die stärkere Beachtung der Opferperspektive nach rechten Gewalttaten, als politische Forderung an ermittelnde Behörden wie auch an Antirechtsinitiativen voranzutreiben. ■



Die LOBBI unterstützt seit 2001 als unabhängige Organisation Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Neben der Beratung der Opfer, ihrer Angehörigen und Zeug_innen wollen die vier hauptamtlichen Mitarbeiter_innen die Öffentlichkeit für die Opferperspektive sensibilisieren und den gesellschaftlichen Kontext der Angriffe thematisieren. Das Angebot ist anonym und unentgeltlich. Die LOBBI informiert zu rechtlichen Möglichkeiten, hilft bei der Suche nach Zeug_innen, begleitet und unterstützt bei Behördengängen, bei der Beantragung finanzieller Entschädigung und kann gegebenenfalls psychologische Hilfe vermitteln. Bei einem Strafprozess gegen den/die Täter, bietet die LOBBI Prozessbegleitung, -beobachtung und -dokumentation an.

Schlimmer als vermutet

Hans-Christian Ströbele zum 2. Juni 1967, Vertuschung und NSU-Untersuchungsausschüssen.

Vor 45 Jahren, am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg auf einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in Berlin-Charlottenburg von dem West-Berliner Staatsschutzpolizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Der Tod von Ohnesorg und der Freispruch von Kurras gelten als wichtige Auslöser der sog. 68er-Bewegung. Im Prozess tauchten viele Ungereimtheiten auf, Linke sprachen damals von Mord. Im Januar diesen Jahres gelangten nun neue Erkenntnisse an die Öffentlichkeit, die alle kühnsten linken »Verschwörungstheorien« jener Zeit zu dem Fall in den Schatten stellen. Wir sprachen mit Hans-Christian Ströbele – Kreuzberger Grünenpolitiker und Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Deutschen Bundestages, das die Geheimdienste kontrolliert – über den Fall, über staatliche Vertuschung, Geheimdienste und den NSU.

AIB: Was gibt es an neuen Erkenntnissen im Fall Ohnesorg? Was war bisher die offizielle Version?

Ströbele: In der Nacht vom 2. auf den 3. Juni wurde zunächst von der Polizei die Behauptung verbreitet, ein Student sei mit einem Messer auf einen Polizisten losgegangen und habe diesen erstochen. Als dann gemeldet wurde, nicht ein Polizist sei tot, sondern ein Student, hieß es, der Student sei von einem stumpfen Gegenstand am Kopf getroffen worden. Erst spät in der Nacht wurde mitgeteilt, der Student sei erschossen worden und zwar von einem Polizisten. Die offizielle Version war 1967 dann in den nächsten Tagen zunächst: Der Kriminalbeamte Kurras habe am Abend des 2. Juni 1967 in einem Hof an der Krummestraße seine Pistole gezogen und den Studenten Benno Ohnesorg erschossen, als er von gewalttätigen Demonstranten bedrängt wurde und habe in Notwehr ungezielt geschossen. Im Laufe der Gerichtsverfahren gab es dann immer mehr Zweifel an der Notwehrsituation und das Gericht kam zu dem Schluss, Kurras habe zumindest in Putativnotwehr (vermeintlicher Notwehr) gehandelt und sprach ihn frei. Der genaue Tathergang wurde aber immer unklarer, weil Zeugen fehlten und Beweismittel nicht auffindbar waren. Der Tod das Studenten Benno Ohnesorg und der Freispruch waren nicht die Auslöser der 68iger Bewegung und des Entstehens der APO[1]. APO und Bewegung gab es schon vorher, auch Demonstrationen und andere Aktionen. Aber die Ereignisse vom 2. Juni 1967 und deren Nachwirkungen führten zu einem erheblichen Erstarken der APO und deren Radikalisierung. Den ersten Toten gab es auf der Seite der Demonstranten. Es gibt inzwischen viele neue Erkenntnisse: Der Todesschütze Kurras war nicht nur Staatsschützer im Dienste der Westberliner Polizei, sondern stand auch im bezahlten Dienst des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Kurras war Waffennarr und verfügte über viel Munition. Er war sehr eng bekannt mit einem Journalisten des Springerkonzerns, der mit ihm im selben Schützenverein war und ihm nach der Tat geholfen hat, Munition aus seiner Wohnung in Sicherheit zu bringen. Die Ursache für den Tod von Benno Ohnesorg wurde von einem Arzt im kriminologischen Institut gezielt verdeckt, indem die Einschusswunde am Kopf zugenäht und dann behauptet wurde, er sei von einem stumpfen Gegenstand verletzt worden (Stein oder Knüppel). Die Pistolenkugel im Kopf wurde erst später entdeckt. Es gibt eine Filmaufzeichnung vom Tatort, auf der der Schütze Kurras zu erkennen ist, wie er völlig unbedrängt auf Ohnesorg zugeht und offenbar gezielt schießt. Zum ersten Mal sichtbar ist auf dem Film ein Tatzeuge, ein hochrangiger Polizeibeamter, in unmittelbarer Nähe des Getöteten, der dem Gericht damals nicht bekannt war und folglich nicht vernommen wurde.

AIB: Gegenüber SPIEGEL-Online sagten Sie am 22. Januar 2012: »Es ist schlimmer als das Übelste, was wir damals vermuteten, so weit ging unsere Phantasie nicht«. Was haben Sie denn damals vermutet, was war die Kritik, was die Reaktion in der Linken auf die Vorgänge?

Dass ein Arzt sich dafür hergibt, die Todesursache gezielt unkenntlich zu machen, war für mich unvorstellbar.


In den Nachrichten: Joachim Gauck | Das Wochenend-...

24.01.2012 | Autor: Thomas Schmid

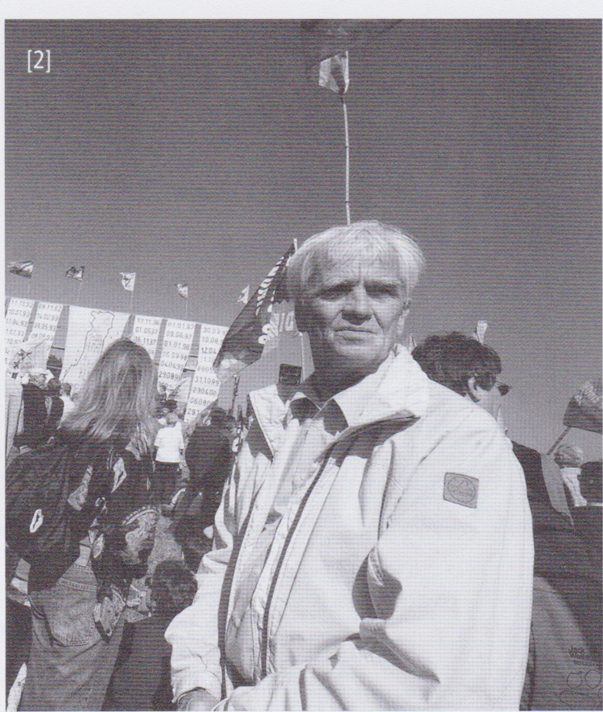
68ER-REVOLTE

Polizisten schützten aus Kumpanei Ohnesorg-Mör...

Wieder entdeckte Aufnahmen zeigen, wie Karl-Heinz Kurras ohne Not auf den Studenten Benno Ohnesorg losgeht. Trotzdem schwiegen seine Polizistenkollegen.

FOTO: B.Z./WOLFGANG SCHÖNE

Entlarvend: Polizeieinsatzleiter Helmut Starke (r.) will den West-Berliner Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras, der Benno Ohnsorg erschoss, am Tatort nicht gesehen haben. Doch der steht links außen im Bild



[1] Im Januar 2012 bestätigten sich die Theorien vom Mord an dem Studenten Benno Ohnesorg.
Quelle: WELT-Online 24. Januar 2012.
[2] Hans-Christian Ströbele ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, ebenso schon 1985–1987.

Wir sahen eine geschlossene Gesellschaft von Polizei, Senat, Gewerkschaften und Medien gegen uns im Kampf auch mit Gewalt gegen unsere politische Kritik an der Gesellschaft und gegen Forderungen auf deren radikale Veränderung.

AIB: Innerhalb von drei Monaten sind mit dem Bekanntwerden des NSU und seines Unterstützerumfelds und den neuen Erkenntnissen zu den Todesumständen von Benno Ohnesorg zwei große Fälle bekannt geworden, die die Geschichtsschreibung in der BRD der letzten Jahrzehnte – zumindest in Teilen – schlagartig neu beeinflusst. In beiden Fällen ist zentral: Deutsche Sicherheitsbehörden haben nicht, wie oft behauptet, versagt, sondern waren Akteure, es scheint ein strukturelles Problem zu geben. Werden da momentan alte, gewachsene Strukturen und personelle Kontinuitäten deutlich, deren Geist über die Kalte-Kriegszeit letztendlich noch aus den 30er und 40er Jahren herüber reicht? Denken wir nur beispielhaft an Kurras, den »Waffenliebhaber« und »Dorfgendarmen-Sohn aus Ostpreußen«[2], oder an den langjährigen Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten und Autor im rechten Ares-Verlag Helmut Roewer, welcher gerne im Ludendorff-Kostüm mit Pickelhaube auftritt[3]. Oder ist es eine falsche Analyse von NS-Kontinuitäten zu sprechen und solche Vorkommnisse sind normal in einer ›normalen‹ Nation?

NS-Kontinuitäten, vor allem personelle, sahen wir damals allüberall rund um uns herum in Uni, Verwaltung, Gerichten, Geheimdiensten und Militär. Aufbau, Ausbildung und Führung der Polizei waren militärisch geprägt, insbesondere letztere auch bei den Einsätzen am 2. Juni in Westberlin.

Ob und inwieweit deutsche Sicherheitsbehörden Akteure im Bereich des NSU und dessen Umfeld waren, versuchen wir in den Untersuchungsausschüssen zu klären. Die Beweisaufnahme hat noch nicht richtig angefangen, Akten stehen noch nicht zur Verfügung, da ist ein Urteil nicht zu verantworten.

AIB: Glauben Sie, dass in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen solche geheimdienstlichen Skandale aufgeklärt werden (können)? Haben die Untersuchungsausschüsse überhaupt eine Wirkung auf die Geheimdienste? Welche darüber hinausgehenden politischen Konsequenzen werden die neuen Erkenntnisse haben, welche halten Sie für angemessen?

Die Konsequenzen aus der Arbeit der Untersuchungsausschüsse ziehen wir, wenn sie vorliegen, nicht jetzt vorschnell. Untersuchungsausschüsse habe erhebliche Auswirkungen auf Geheimdienste. Sie können auch vieles aufklären, wenn auch nicht alles, was viele erwarten und wünschen. Das weiß ich seit meiner Tätigkeit im BND-Untersuchungsausschuss der letzten Legislaturperiode. In meinem Minderheit-Abschlussbericht, der veröffentlicht wurde, kann man das nachlesen. ■

1| APO steht für Außerparlamentarische Opposition. In West-Deutschland verstärkte sich ab Mitte der 1960er Jahre mit der Student_innenbewegung, die bis dahin bedeutendste außerparlamentarische Opposition, die sich selbst mit dem Kürzel APO benannte.
2| DER SPIEGEL, 27.11.1967
3| Siehe Seite 17. 1994 übernahm Roewer die Leitung des Thüringer Verfassungsschutzes. Bei einer öffentlichen Veranstaltung im Rahmen des Programms von Weimar als Kulturhauptstadt Europas trat er im Ludendorff-Kostüm mit Pickelhaube auf.



»...dass die Opfer Mitglieder, Angehörige einer kriminellen Organisation waren«

Der Mord an Enver Simsek am 9. September 2000 in Nürnberg war der Anfang einer bis dato beispiellosen Serie von Tötungsdelikten durch Neonazis. Zugleich war es der Anfang einer Geschichte von Ermittlungen, die geprägt waren von Vorurteilen, Fehleinschätzungen und auf Vorurteilen gründenden Fehleinschätzungen. Im Fall Enver Simsek, einem Blumengroßhändler, kam bereits kurz nach der Tat der Verdacht auf, dass dieser mit Drogenschmuggel etwas zu tun haben müsse – als Blumenhändler war Enver Simsek sehr oft in Holland, um Ware zu holen – für eifrige Ermittler ein deutliches Indiz.

Am 13. Juni 2001 erschossen die Neonazis Abdurrahim Özüdogru, Mitarbeiter einer Änderungsschneiderei, in Nürnberg und zwei Wochen später den Obst- und Gemüsehändler Süleyman Tasköprü in Hamburg. Da die Händler ihre Ware ebenfalls regelmäßig in Holland bezogen, wurde weiter in Richtung Drogenmilieu ermittelt – ohne Ergebnis. Aber zumindest war wegen der immer gleichen Tatwaffe schnell klar, dass es sich um eine »Mordserie« handelte, auch wenn völlig unklar blieb, wer dafür verantwortlich war.

Der vierte Mord geschah am 29. August 2001 in München, das Opfer war Habil Kiliç. Auch er war Obst- und Gemüsehändler. Die daraufhin gegründete »Soko Halbmond« ging von einer Verknüpfung zum Drogenhandel bzw. zur organisierten Kriminalität aus.

Gegen einen politischen Hintergrund der Taten sprach aus Sicht der Ermittler anscheinend auch, dass es keinerlei Bekennerschreiben gab. Und anscheinend kam die Polizei nicht von selbst darauf, in diese Richtung zu ermitteln. Auch spiegelte sich in der Ermittlungsrichtung wieder, mit welchen Vorurteilen und Klischees auch nach fast 50 Jahren Einwanderungsgeschichte über die türkischstämmigen Immigrant_innen der ersten und zweiten Generation gedacht wurde: Geldwäsche, Drogenmafia, organisiertes Verbrechen und dubiose Verbindungen ins Ausland.

Doch die »heiße Spur« nach Amsterdam, von der ab Ende 2002 verschiedene Medien berichteten, erkaltete schnell, und so tappte die Polizei weiter im Dunkeln. Doch der Blick der Ermittler richtete sich weiter auf die Opfer und deren Familien. Organisier-

te Kriminalität, Banden aus den anatolischen Bergen, »Türken-Mafia«, »Halbmond-Mafia« und derlei Ausdrücke mehr geisterten durch die Medienlandschaft und machten klar, woher der Wind wehte. Nach dem Mord an Mehmet Turgut 2004 wurden in den Herkunftsdörfern der Angehörigen in der Türkei tagelange stigmatisierende Befragungen durchgeführt und ein Fall von Blutrache unterstellt. Auch der Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße vor dem Friseursalon von Özcan Y. im selben Jahr führte dazu, dass dieser im Fokus der Ermittlungen stand und deshalb mehrfach frühmorgens aus dem Bett geholt und verhört wurde. Mit der 2005 in Nürnberg gegründeten »Besonderen Aufbauorganisation Bosporus« (BAO) wurde ein weiterer Name ins Spiel gebracht, mit dem klar war, dass es sich hier um eine Tötungsserie von »Ausländern« an »Ausländern« handelte. Familienangehörige der Getöteten waren verbittert. Die deutsche Polizei werde die Täter nicht finden, sagten sie und kritisierten die einseitigen, von Stereotypen geprägten Ermittlungen. Doch die Aussage »Ihr werdet die Täter nicht finden«, wurde genau im Sinne des doch eigentlich kritisierten ausgelegt: Die Familien müssten vor jemandem große Angst haben, sonst würden sie ja reden, hieß es. Die Mär von der Ausländerkriminalität verhärtete sich, im Umfeld der Familien der Mordopfer wurde weiter ermittelt. »Die schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken schützt die Killer«, hieß es im »Spiegel« 2006. »Wir konnten ihnen nicht sagen, was wir nicht wussten«, sagte dagegen Semiya Simsek, Tochter des im Jahr 2000 ermordeten Enver Simsek in einem Fernsehinterview im Februar 2012.

In den Medien war kaum Kritik an der Einseitigkeit der Ermittlungen zu vernehmen. Zwar wurde kritisch berichtet, dass die Behörden auf der Stelle träten und auch nach Jahren keine heiße Spur hätten. Die rassistischen Stereotype, die über Jahre leitend für die Ermittlungen waren, stellen sie jedoch nicht infrage, auch nicht 2007 bei den Ermittlungen zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter. Die Ermittlungen wurden »intensiv im Zigeunermilieu« geführt.

Der Leiter der Soko Bosporus, Wolfgang Geier, sagte im April 2006, durch die Ermittlungen sei man sich bewusst geworden, »wie wenig die Polizei eigentlich über ausländische Bevölkerungsteile und ihre Mentalität in unserem Lande weiß«. Im September war man da schon weiter: »Die eine Ermittlungsrichtung geht davon aus, dass die Opfer Mitglieder, Angehörige einer kriminellen Organisation waren, die unter Umständen nicht so gespurt haben, wie man sich das vorgestellt hat und deshalb abgestraft worden sind. Wir haben deshalb auch im bisherigen Leben der Opfer keinen Stein auf dem anderen gelassen«, so der Nürnberger Kripo-Kommissar.

Nachdem die verschiedenen heißen Spuren ins Drogenmilieu, in die »Spielhöllen« und in die organisierte Kriminalität erkaltet waren, kam Ende 2009 eine neue These auf, wieder hatte der »Spiegel« sie aufgedeckt: »Die Spur der Mörder führt zur Wettmafia«, titelte das Hamburger Nachrichtenmagazin. Von Schulden der Opfer wird berichtet, von übel zugerichteten Schuldnern und harten Strafen, wenn einer nicht bezahlen kann. »Angehörige beteuerten stets, das Opfer habe keine Feinde gehabt, sei weder verschuldet gewesen noch spielsüchtig. Oder vielleicht doch? Dass die Polizei keine Beweise fand, hat wohl nicht viel zu sagen. In dem Milieu, in dem nun die Bochumer Staatsanwaltschaft ermittelt, werden keine Verträge geschlossen.«

Doch auch diese Spur führte zu nichts. Dann, ein knappes Jahr später, deckte der »Spiegel« die Story wiederum neu auf: Aus Ermittlerkreisen will man erfahren haben, dass man einer »mächtigen Allianz zwischen rechtsnationalen Türken, dem türkischen Geheimdienst und Gangstern« so nahe gekommen sei, dass die Serie nach dem Mord an Halit Yozgat in Kassel gestoppt wurde. Ein halbes Jahr später, wenige Monate bevor die elf erfolglosen Ermittlungsjahre mit dem fast zufälligen Aufdecken des »Nationalsozialistischen Untergrundes« endeten, schrieb der »Spiegel«, dass es sogar einen Informanten gebe. Ein »Mehmet« will Mitglied der Geheimorganisation sein und die Tatwaffe aus der Schweiz holen. Doch der Deal sei geplatzt, weil die deutschen Behörden nicht genug zu zahlen bereit waren. »Alles erfunden«, kommentierte dagegen das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Für die Familienangehörigen der Ermordeten waren diese Jahre, war die Art, wie ermittelt wurde, unerträglich.

In einem Artikel, der die Wettschuldenthese behandelte, hieß es 2006: »Die Kripo erntete bei den Familienmitgliedern meist nur Kopfschütteln. Ehefrauen wollten von den Geschäften des Mannes nichts gewusst haben, enge Freunde verwandelten sich über Nacht in oberflächliche Bekannte, man habe sich nur gelegentlich gegrüßt, das war's.« Es sind derlei Sätze, die die Aussagen der Angehörigen in Zweifel ziehen, immer wieder nahelegen, dass die Opfer der rassistischen Morde fast selber Schuld waren an ihrer Tötung. Das Bild, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund oft in dubiosen Mafia-Kreisen bewegen, Drogen und Geldwäsche zum alltäglichen Geschäft migrantischer Kleinunternehmer gehören, wurde so immer wieder vertreten.

Semiya Simsek brachte es in einem Interview 2012 auf den Punkt: »Wir wurden elf Jahre lang verarscht. Wir haben das Vertrauen in das Rechtssystem, die Polizei und die Behörden verloren.« Das Misstrauen der Ermittlungsbehörden habe letztlich auch das Vertrauen und den Zusammenhalt in ihrer eigenen Familie zerstört. ■

Der Oury-Jalloh-Prozess und der »Scherbenhaufen« Dessau

Neonazi-Demos, von der Polizei zusammengeschlagene afrikanische Aktivisten, ein Messerangriff auf einen rechten Fußballer, Molotov-Cocktails, eine Rathausbesetzung, ein Innenminister, der die eigene Polizei kritisiert und ein Bürgermeister, der in seiner Stadt »einen Scherbenhaufen« sieht: Sieben Jahre nach dem Tod des Sierra Leoners Oury Jalloh ist die Lage in Dessau eskaliert.

Jalloh ist an Händen und Füßen gefesselt unter mysteriösen Umständen in einer Gewahrsamszelle des Dessauer Polizeireviers verbrannt (Vgl. AIB #86). Noch immer ist völlig unklar, was am Vormittag des 7. Januar 2005 dort geschehen ist. Und seit längerem zeichnet sich ab, dass auch der Revisionsprozess daran nichts ändern wird.

Am 45. Verhandlungstag, Anfang März 2012, schien es, als verhandele das Magdeburger Landgericht ein Terrorverfahren: Eine ganze Einheit schwarz gekleideter Wachleute mit schusssicheren Westen, Kampfanzügen und griffbereiten Tonfas drängt sich im Gerichtssaal, Zuschauer_innen müssen eine Sicherheitsschleuse passieren, ihre Ausweise werden fotokopiert. Auf der Bank der Nebenklage sitzt die Witwe des Toten. Sie hat den Kopf auf den Tisch gelegt und sich ein großes Tuch über den Kopf gezogen. Kurz zuvor war sie aus Guinea nach Deutschland gereist, um das Ende des Prozesses zu verfolgen. Ihr gegenüber auf der Anklagebank sitzt der Polizeibeamte Andreas S.. Er soll den Feueralarm mehrfach ignoriert und einmal sogar abgestellt haben, anstatt Jallohs Leben zu retten. Nach einem ersten Verfahren war er 2008 freigesprochen worden.

Schon früh am Morgen hatte die Polizei das Gelände rund um das Gerichtsgebäude abgesperrt. Einige Demonstrant_innen sind dennoch gekommen, sie haben eine Mahnwache aufgebaut. Seit Jahren beobachten sie den Prozess. Sie glauben, dass Jalloh von der Polizei getötet wurde. Zwei »Kontaktpolizisten« kommen herüber, fordern, dass die Anlage leiser gedreht wird. »Bei euch muss man aber laut sein. Als Jalloh Alarm geschlagen hat, habt ihr das auch nicht gehört«, hält ihnen ein Demonstrant entgegen.

Am Vortag hatte das Gericht versucht, den Prozess ohne Urteil zu beenden: Die Vorsitzende Richterin schlug vor, das Verfahren »unter Berücksichtigung der Verfahrensdauer« einzustellen – ganz so, als sei es dem Gericht und dem Angeklagten nicht zuzumuten, sich noch länger mit dem Fall befassen zu müssen. Die Nebenklage muss einer solchen Regelung nicht zustimmen. Die Staatsanwaltschaft schon, sie lehnte jedoch ab.

»Das Gericht hat bewiesen, dass es überhaupt nicht daran interessiert ist, aufzuklären, was wirklich in Dessau passiert ist,« sagt die Nebenklage-Anwältin Gabriele Heinecke. »Wir haben das Gefühl, dass wir hier die Hucke voll gelogen kriegen.«

Besonders schwerwiegend sind die im Prozess offenbar gewordenen Widersprüche zu einer Zellenkontrolle, eine halbe Stunde vor Jallohs Feuertod. Die Polizisten Hans-Ulrich M. und Udo S. sollen noch um 11.30 Uhr die Zelle des Asylbewerbers durchsucht haben. Kollegen von ihnen hatten dies vor Gericht ausgesagt. M. und S. hatten Jalloh an jenem Morgen in der Dessauer Innenstadt festgenommen. Die Kontrolle streiten sie jedoch ab; sie wollen zu der Zeit auf Streife gewesen sein. Das elektronische Journal aber, das alle Vorgänge auf dem Polizeirevier erfasst, wurde gelöscht.

Auch die Umstände, unter denen das Feuerzeug aufgefunden wurde, mit dem Jalloh sich selbst angezündet haben soll, lassen Prozessbeobach-

ter_innen ratlos zurück. Es wurde nicht bei der ersten Durchsuchung der ausgebrannten Zelle entdeckt, sondern erst nachträglich in die Asservatenliste eingetragen – angeblich hatten die Beamten der Tatortsicherung es bei einer zweiten Inspektion der ausgebrannten Zelle entdeckt. Eben diese Inspektion wurde – so ist es Vorschrift – auf Video dokumentiert. Aber das Band ist weg.

Das ist deshalb bedeutsam, weil Jalloh das Feuerzeug trotz der Fesselung aus seiner Hosentasche geholt haben soll, um durch ein Loch in dem feuerfesten Bezug die Matratze, auf der er fixiert war, anzuzünden. Darauf basiert die These der Staatsanwaltschaft.

Schließlich erklärte der Brandgutachter – in beiden Prozessen war es derselbe –, dass er von der Justiz nur den Auftrag bekommen habe, den Brandverlauf so zu rekonstruieren, als habe Jalloh sich selbst angezündet. »Der Zustand der Leiche ist so aber nicht zu erklären, das hat der Gutachter selbst eingeräumt«, sagt Heineckes Kollege, der Anwalt Philipp Napp. Das Gericht lehnte einen Antrag auf ein neues Brandgutachten ab. Die Anwält_innen stellten einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht, der jedoch am 12. März 2012 abgelehnt wird.

Die »Initiative Oury Jalloh«, die den Prozess seit Jahren beobachtet, sieht sich durch den Verlauf des Prozesses bestätigt: Sie glaubt, dass Jalloh ermordet wurde. Am 7. Januar 2012 hatte sie – wie seit 2006 jedes Jahr – in Dessau demonstriert. Schon im Vorfeld suchten Beamte Mouctar Bah, den Gründer der Initiative, auf und warnten ihn, den Slogan »Oury Jalloh – Das war Mord« auf der Kundgebung zu äußern.

Zunächst versuchte die Polizei am Tag der Demo das Transparent mit dem Mord-Slogan gewaltsam zu entfernen. Am Ende wurden die Aktivist_innen provoziert und geschlagen. Als Bah erkennungsdienstlich behandelt werden sollte, wurde er von mehreren Polizisten zu Boden gerissen und bewusstlos geschlagen. Er musste mehrere Tage im Krankenhaus verbringen.

Zwei Tage später strafversetzte Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) den Leiter des Rechtsdezernats einer Polizeidirektion wegen der Angelegenheit. Seinen 6.600 Polizisten schrieb er einen Brief: Zwar verstehe er die emotionale Lage der Beamten, doch »in Deutschland werde – aus guten Gründen – das Recht der Meinungsfreiheit sehr hoch bewertet.« Kurz darauf nahm die Staatsanwaltschaft in Dessau Ermittlungen wegen Körperverletzung im Amt gegen Polizisten auf. Das »Mittel der Deeskalation« sei bei dem Polizeieinsatz »nicht hinreichend berücksichtigt worden.«

Wenige Tage später warfen Unbekannte einen Brandsatz gegen eine Tür des Dessauer Polizeireviers. Auf eine Mauer in der Nähe sprühten sie den Schriftzug »Oury Jalloh, das war Mord«. Zudem legten sie so genannte Krähenfüße aus, um Polizeiautos an der Fahrt zu hindern.

Am selben Tag stach ein 30-jähriger Asylbewerber aus Senegal in Dessau einen Fußballspieler des Vereins ASG Vorwärts ein Messer in den Kopf. Der 29-jährige André Sch. konnte nur durch eine sofortige Notoperation gerettet werden. ASG Vorwärts gilt, ebenso wie Sch., als verstrickt in die rechte Szene. Die Tat hatte offenbar nichts mit dem Jalloh-Fall zu tun, der Senegalese soll psychisch krank sein. In den nächsten Tagen gab es gleich zwei Demonstrationen mit bis zu 400 Teilnehmenden, bei denen sich unter Sprechchören wie »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« und »Hier marschiert der nationale Widerstand« Neonazis mit rechten Hooligans mischten. Im Dessauer Stadtpark hatten drei Neonazis im Juni 2000 den Mosambikaner Alberto Adriano totgeprügelt. Die Initiative Oury Jalloh, die



eigentlich am darauffolgenden Samstag erneut in Dessau demonstrieren wollte, sagte ihre Aktion ab.

Der parteilose Dessauer Oberbürgermeister Klemens Koschig gab ein Interview zur Lage in Dessau. »Wir waren schockiert und völlig überrascht über den Polizeieinsatz. Zurückgeblieben ist ein Scherbenhaufen«, sagte er. Er »leugne nicht, dass es auch bei uns Menschen mit rechtem Gedankengut gibt«, darunter auch »einige wenige Fans des Fußballvereins ASG Vorwärts«. Gleichzeitig sprach er im Zusammenhang mit dem Jalloh-Fall von einer »Eskalation der Gewalt auf bisher nicht für möglich gehaltene Art und Weise.« Und er warf »Links- oder Rechtsextremen – beispielsweise aus Berlin« vor, die »Situation auszunutzen und die Stadt Dessau-Roßlau verstärkt als Schauplatz zu wählen.«

Bald darauf bekam Koschig einen Brief von The Voice. »Wir haben uns ihre Stadt nicht einfach so oder rein zufällig als ›Demonstrations-Schauplatz‹ gewählt«, stand darin. In Dessau seien binnen fünf Jahren drei Menschen unter gewalttätigen Umständen gestorben, in zwei Fällen waren die Opfer Schwarze, zwei Todesfälle trugen sich im Polizeigewahrsam zu. »Doch die bürgerliche Empörung in Ihrer Stadt genau darüber hält sich in Grenzen.« ■



[1] In Riga, der Hauptstadt Lettlands, fand am 16. März 2010 der traditionelle Aufmarsch der SS-Veteranen anlässlich des Gründungstages der lettischen 1. und 2. Legion der Waffen-SS statt. Rund 1000 ehemalige Waffen-SS-Legionäre und ihre Anhänger aus dem extrem rechten und neonazistischen Spektrum nahmen teil. Die lettischen SS-Legionen waren maßgeblich am Krieg gegen die Sowjetunion und der Ermordung von etwa 70.000 der 85.000 lettischen Juden beteiligt.

Europa-Konzeptionen der SS

»Großraumplanungen« und SS-Kontinuitäten nach 1945

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 verfügten die alliierten Besatzungsbehörden die Auflösung der Schutzstaffel (SS) und untersagten ihre Neugründung. Ein Jahr später wurde die SS vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu einer »Verbrecherischen Organisation« erklärt. Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) der früheren Angehörigen der Waffen-SS, die seit den späten vierziger Jahren von ehemaligen Offizieren aufgebaut wurde, bestritt daher jederzeit, eine Nachfolgeorganisation der SS darzustellen, obwohl vieles dafür spricht, dass sie zentrale Vergemeinschaftungsformen der Schutzstaffel in die Bundesrepublik überführte.

Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« war sicherlich die bekannteste und am meisten in der Öffentlichkeit stehende Vereinigung, in der sich frühere SS-Angehörige engagierten. Die HIAG war aber nicht die einzige Akteurin, die Ideologiebausteine aus der Geschichte der Schutzstaffel aufgriff und demokratiekompatibel umformte. So konnten zum Beispiel die Europa-Konzeptionen der SS nach 1945 in die politische Erwachsenenbildung einfließen. Entscheidend hierfür waren sowohl personelle Kontinuitäten als auch Schlüsselbegriff wie zum Beispiel »Abendland« als vieldeutiger Ausdruck angeblicher kultureller Überlegenheit in den 1950er Jahren

Die SS im nationalsozialistischen Deutschland

Die SS des Jahres 1945 unterschied sich erheblich von derjenigen der zwanziger Jahre. Als Heinrich Himmler im Jahre 1929 zum »Reichsführer« ernannt wurde, war die Formation mit nicht einmal 300 Mitgliedern weitgehend bedeutungslos. Himmler beanspruchte für »seine« Organisation jedoch umgehend die Rolle einer politischen und »rassischen« Elite. Mitglieder mussten neben einer entsprechenden radikalen Einstellung bestimmte körperliche Voraussetzungen mitbringen und ihre »arische« Abstammung sowie ihre »Erbgesundheit« nachweisen. Ab 1934 entwickelte sich die »Schutzstaffel« zu einer Massenorganisation und übernahm neue Aufgaben, so etwa die Bewachung und die Verwaltung der Konzentrationslager. Hinzu kam u.a. die Gründung des »Sicherheitsdienstes« (SD), der Aufbau einer Wissenschaftsorganisation im Verein »Ahnenerbe e. V.«, die Übernahme von Wirtschaftsbetrieben sowie die Aufstellung bewaffneter Einheiten (SS-Verfügungstruppe) als Vorläuferin der Waffen-SS.

Der ständige Wandel und die Vergrößerung der Organisation erschweren

es, eine einheitliche »SS-Ideologie« auszumachen. So fällt unter anderem auf, dass nicht selten pragmatische Gründe für Entwicklungen ideologisch »vernebelt« wurden.

Die Waffen-SS etwa stellt in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel dar. Zuletzt handelte es sich um eine etwa 900.000 Mann starke, multinational zusammengesetzte Formation, in der sogar Russen und bosnische Muslime dienten – mithin also Gruppen, die im Sinne der NS-Rassenideologie zuvor als »minderwertig« eingestuft worden waren. Rechtfertigungsschriften, gerade aus dem Umfeld der HIAG, konnten nach 1945 daher leicht an Propaganda-Parolen anknüpfen, in denen die Waffen-SS als »Europa-Armee« überhöht oder zur Vorreiterin der europäischen Einigung stilisiert wurde. Die Waffen-SS – so die laufend wiederholten Verharmlosungen – habe es sich zur Aufgabe gemacht, in den »Abwehrschlachten« an der Ostfront das »Abendland« vor »dem Bolschewismus« zu schützen.

»Rasse«- und Siedlungspolitik

Die SS war während des Zweiten Weltkrieges federführend in die nationalsozialistische »Rasse«- und Siedlungspolitik eingebunden. Eine zentrale Institution in diesem Zusammenhang war das von Himmlers Vertrauten Reinhard Heydrich geleitete »Reichssicherheitshauptamt« (RSHA). In dieser Behörde, in der staatliche Polizeien und SS-Dienststellen zusammengeschlossen worden waren, wurden unter anderem Terrormaßnahmen gegen tatsächliche und vermeintliche Oppositionelle in den deutsch-besetzten Ländern vorbereitet und die Ermordung der europäischen Juden maßgeblich geplant. Neben seiner Funktion als Reichsführer-SS wurde Himmler im Oktober 1941 zudem das Amt des »Reichskommissars für die Festigung des Deutschen Volkstums« (RKF) übertragen. Die Aufgabe des RKF bestand in der »Germanisierung« Osteuropas. Damit gemeint war ein gigantisches Um- und Aussiedlungsprogramm in den besetzten Gebieten.

Das bekannteste derartige Konzept war der so genannte »Generalplan Ost«. Die Planungen reichten bis nach Leningrad im Norden und zur Halbinsel Krim im Süden der Sowjetunion. In Polen und in den östlichen Teilen der Sowjetunion sollten deutsche Siedlungsstützpunkte entstehen, die einheimische »slawische« Bevölkerung sollte verdrängt werden. Der Schwerpunkt lag entsprechend der Doktrin »Blut und Boden« auf einem landwirtschaftlichen Siedlungswesen, polnische und sowjetische Städte sollten »ausgedünnt« werden. Im Planungsbereich lebten etwa 31 Millionen Menschen, die als »rassisch unerwünscht« galten. Sie sollten ermordet oder nach Sibirien deportiert werden. Dazu gehörten Juden, Polen, Russen und Roma. Die Konzepte zur Kolonisierung der »Ostgebiete« entstanden in der Euphorie rascher militärischer Erfolge ab Sommer 1941. Alle weiteren Planungen ignorierten den tatsächlichen Kriegsverlauf. Bis zuletzt gingen die Mitarbeiter der Planungsstäbe von einem aus Allmachtsphantasien gespeisten, überwältigenden »Siegfrieden« aus.

Die »Europäische Eidgenossenschaft«

Ein sehr außergewöhnliches und zum Teil differenziert angelegtes Konzept ist auf Januar 1945 datiert. Vorgestellt wurde es von Alexander Dolezalek, einem der profiliertesten Volkstumsspezialisten der SS, der unter anderem im RSHA und im »Ansiedlungsstab« in Litzmannstadt (Lódz) tätig war. Im engen Kontakt mit höchsten Besatzungsdienststellen beteiligte er sich in dieser Funktion als »Vordenker der Vernichtung« maßgeblich an den »Ostraumplanungen«.

Der knapp dreißigseitige Text enthält Überlegungen zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung im Rahmen einer »Europäischen Eidgenossenschaft«. Darin arbeitete der Verfasser zunächst – aus seiner Sicht – fehlerhafte Entwicklungen in Deutschland und in der nationalsozialistischen Kriegspolitik heraus. Hier benannte er beispielsweise ein »verflachtes Kulturleben«, eine unvollendete Entwicklung zum Sozialismus sowie eine »halbherzige Umsetzung« der so genannten »Bevölkerungs- und Rassepolitik«. Ein Kardinalfehler lag Dolezalek zufolge darin, dass die Expansion des Deutschen Reiches zwischen 1938 und 1943 zu schnell und ohne eine entsprechende Bewusstseinsbildung unter der Bevölkerung verlaufen war. Insbesondere der »europäische Gedanke« sei mehrheitlich mit Unverständnis aufgenommen worden. Dolezalek bezog sich hier zweifellos auf die verstärkte Europa- und »Abendland«-Rhetorik in der NS-Propaganda nach der Niederlage von Stalingrad im Winter 1942/43. Die Umorientierung weg von einer deutsch-nationalen Ausrichtung zielte vor allem darauf, unter nationalistischen Bewegungen in Europa eine deutschfreundliche Haltung zu erzeugen. Aktivistinnen und Aktivisten sollten so zur Kollaboration bewogen werden, beispielsweise durch einen Arbeitseinsatz im Deutschen Reich oder einen Eintritt in die Waffen-SS. Im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung habe die SS die Zeichen der Zeit schon früh erkannt und über ihre Ausweitung die Entwicklung zu einer multinationalen europäischen Formation bereits durchlaufen, so Dolezalek.

Dolezaleks »Nachkriegsordnung« verband einen außen- und einen innenpolitischen Ansatz. Das außenpolitische Konzept bestand aus einem »germanischen Kerneuropa« um das sich – entsprechend der rassistischen Hierarchisierung – sogenannte »Nachbarschaftsvölker«, »Genossenschaftsvölker« und »Randvölker« in konzentrischen Kreisen gruppieren sollten, und Russland im Osten sowie England im Westen waren als Übergangsberei- →

→ che gedacht. Unter »Europa« verstand der Verfasser weniger eine geografische Kategorie, sondern vielmehr eine kulturelle und geschichtliche Einheit, verbunden über eine wirtschaftliche »Schicksalsgemeinschaft«. Innenpolitisch redete das Konzept einer »echten« sozialistischen Gesellschaftsordnung das Wort. In dem sozialistischen Gedankenspiel spiegelt sich nicht nur eine Ablehnung des als »amerikanisch« identifizierten Kapitalismus, sondern auch eine dezidiert »antibolschewistische« Ausrichtung. Ungezügelter Kapitalismus und ungerechte Güterverteilung – vor allem im Südosten Europas – seien schließlich der Nährboden des stalinistischen Systems. Die außen- und innenpolitischen Konzepte fasste Dolezalek als »Europäischen Friedensgedanken« zusammen. Dieser »Frieden Adolf Hitlers«, so der Verfasser, bedeute das Ende aller europäischen »Bruderkriege«. Er werde das »Abendland« für immer im »Weltenraum« bestätigen und den Überlebenden des Krieges sowie ihren Kindern und Kindeskindern das höchste Glück widerfahren lassen.

Im Vergleich zu Konzepten, die nur wenige Jahre zuvor innerhalb der SS-Dienststellen entworfen worden waren, handelt es sich hier um ein vergleichsweise moderates Programm, das allen europäischen Nationen gleichermaßen ein Existenzrecht einräumte. In gewisser Weise relativierte der Verfasser damit andere Nachkriegsszenarien wie zum Beispiel den »Generalplan Ost«. Bemerkenswert ist, dass Dolezalek keine Angaben zur Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung machte – offenbar setzte er ihr Verschwinden und damit den Vollzug des Völkermordes voraus. Im Angesicht der militärischen Niederlage und in Erwartung des Endes der NS-Herrschaft stellten jedoch der Verzicht auf offenen Rassismus, der ausdrückliche Wunsch nach Frieden und Einheit in Europa sowie das Plädoyer für innenpolitische Veränderungen zukunftsfähige politische Ansätze dar. Es verwundert daher nicht, dass Dolezalek sich auch nach 1945 mit dem Thema »Europa« befasste: und zwar als Bildungsreferent.

Das GESW

Nach Beendigung des Krieges ging Dolezalek zunächst in die DDR, siedelte aber während der fünfziger Jahre in die Bundesrepublik über und ließ sich im westfälischen Vlotho nieder. Vlotho war seit der Gründung des »Jugendhofs« im Jahre 1946 ein Zentrum der politischen Erwachsenenbildung. Im Rahmen des Demokratisierungsprogramms, das die britischen Besatzungsbehörden initiiert hatten, sollte diese Weiterbildungseinrichtung unter anderem Jugendliche und junge Erwachsene, die in der »Hitlerjugend« sozialisiert worden waren, für die Demokratie gewinnen. Der zentrale Ansatz war Austausch und Diskussion.

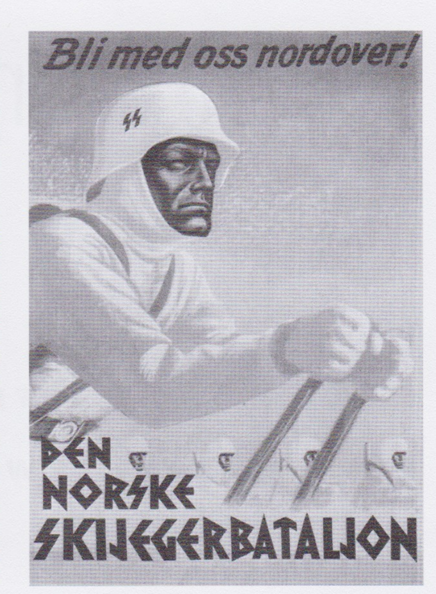
Im Jahre 1956 wurde in Vlotho mit dem »Gesamteuropäischen Studienwerk« (GESW) eine weitere Bildungsstätte gegründet. Auch das Studienwerk verschrieb sich einem demokratischen Bildungsgedanken, der sich an Offenheit und einem »Gespräch auf Augenhöhe« orientierte. Leiter war der Politologe Werner Rietz, einer seiner Mitarbeiter war Dolezalek, beides frühere SS-Angehörige. Der Arbeitsschwerpunkt des GESW war das Thema »europäische Einigung«. Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge (Deutschlandvertrag, Beitritt der BRD zur Westeuropäischen Union, Beitritt der BRD zur Nato) im Oktober 1954 hatte die Bundesrepublik ihre Westbindung festgeschrieben. Damit waren sowohl die Teilung Deutschlands als auch die Teilung Europas auf unabsehbare Zeit besiegelt. Im Sinne der »Europäischen Friedensordnung«, die Dolezalek kurz vor Beendigung des Krieges entworfen hatte, handelte es sich nicht nur um einen untragbaren Zustand, sondern auch um eine Bestätigung der Theorie, nach der »Europa« durch das Expansionsstreben des (amerikanischen) Kapitalismus und des (sowjetischen) Kommunismus bedroht sei. Daher passt es ins Bild, dass das Gesamteuropäische Studienwerk schon während der Hochzeit des Kalten Krieges systematisch Kontakte zu Regierungs- und Nichtregierungsstellen in der DDR und anderen Staaten des »Ostblocks« knüpfte. Hier zeigt sich, dass das Thema »europäische Einigung« seit den 1950er Jahren eine Vielzahl von Schnittmengen zwischen dem offiziellen politischen Kurs sowie einer bestimmten Ausrichtung der SS-Ideologie bereitstellte. Ausschlaggebend hierfür waren ein verbreitetes »Abendland«-Denken in Politik und Kultur, das von einer Überlegenheit »europäischer« Haltungen und Werte gegenüber »außereuropäischen« Einflüssen ausging, sowie die Bestrebungen zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Integration in Westeuropa.

Ähnlich offen war in den 1950er und 1960er auch das Vlothoer Demokratiekonzept angelegt: das »Gespräch«. Das Studienwerk, aber auch der Jugendhof und die ebenfalls in der Weserstadt gegründete »Stätte der Begegnung« veranstalteten regelmäßig Hearings und Seminarveranstaltungen, in denen über die politische Situation und über die Entwicklung der Demokratie diskutiert wurde. Federführend dabei waren Dolezalek und Rietz.

Sie öffneten den Austausch systematisch für frühere Nationalsozialisten. Dazu gehörten unter anderem Funktionäre des HIAG-Verbandes, zum Beispiel dessen Geschäftsführer Karl Cerff, ein früherer hochrangiger SS-Führer. In derartigen Austauschprozessen war es leicht möglich, Bekenntnisse zum Deutschen Reich abzulegen – sie mussten lediglich als Wunsch nach einer Wiedervereinigung Deutschlands dargestellt werden. Hinter einem Plädoyer für »Rechtsstaatlichkeit« und »Meinungsfreiheit« ließ sich ein Engagement für verurteilte Kriegsverbrecher

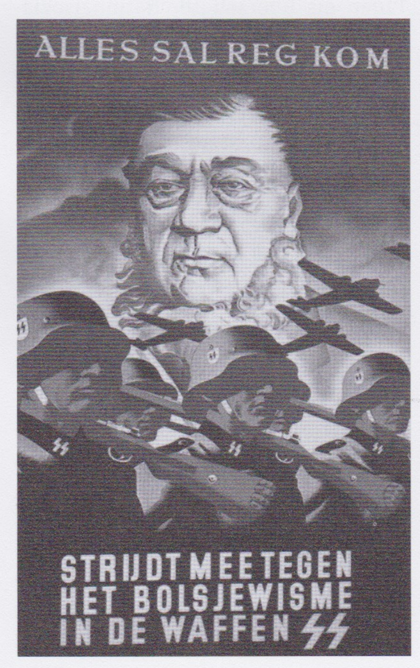














Die SS als »multinationale europäische Formation« wurde in den letzten Kriegsjahren als Vorreiterin der europäischen Einigung stilisiert. SS-Werbeplakate propagierten »Abwehrschlachten« des »Abendlandes« gegen den »Bolschewismus«

verbergen, und das Beschwören eines wehrhaften Staates gegen »Kommunisten« war jederzeit konsensfähig.

»Abendland« als Klammer

Das Thema »SS-Kontinuitäten« in der Bundesrepublik muss differenziert betrachtet werden. Das liegt bereits darin begründet, dass die SS bis zum Ende des Krieges zu einer Massenorganisation angewachsen war, die ihren ursprünglichen, elitären Charakter zum Teil eingebüßt hatte. Hinzu kommt, dass auch die Ideologie einem permanenten Wandel unterzogen war. Kurz vor Ende des Krieges begannen daher die Vordenker der Schutzstaffel damit, sich Gedanken über Nachkriegsordnungen zu machen, die auch für den Fall einer militärischen Niederlage denkbar waren. In diesen Planungen zentral war das »Abendland« als geeintes Europa – im konkreten Fall als »Europäische Eidgenossenschaft«.

Der Beginn der (west-)europäischen Einigung ermöglichte es früheren SS-Vordenkern, wie zum Beispiel Alexander Dolezalek, seine ideologischen Vorstellungen auch im Kontext der Demokratie zu verfolgen. Außerdem hatte er die Möglichkeit, frühere »Kameraden« in seine Arbeit und in den demokratischen Austausch einzubeziehen. Das geschah öffentlich und mit staatlicher Unterstützung. Hier gilt es, künftig Fragen zu stellen. ■

»Ich war, ich bin und bleibe Nationalsozialist.«[1]

Von der Wehrmacht zum Neonazi-Vorbild: Otto Ernst Remer zwischen ideologischer Kontinuität und praktischer Anpassung.

Clemens Gussone

Otto Ernst Remer ist heute fast vergessen, obwohl er nach 1945 zu den wichtigsten Personen am »rechten Rand« zählte. Seine Biographie ist einmalig und unterscheidet sich von anderen vor allem durch kontinuierliches nationalsozialistisches Engagement über eine Zeitspanne von fast sechzig Jahren. Aufgrund seiner herausragenden Stellung unter den Altnazis der Nachkriegsjahre und seinen Bemühungen diese Rolle auch in der späteren Neonaziszene zu erlangen, lässt er sich nicht in die gängigen Kategorien einordnen. Er war sowohl Alt- als auch Neonazi und kann daher auch nach 1945 als Nationalsozialist bezeichnet werden. Ob 1950 oder 1990, ob in Parteipolitik oder Publizistik, Remers Aktivismus war facettenreich und anpassungsfähig, aber seine ideologischen Überzeugungen blieben unverändert. Gern provozierte er und suchte das Rampenlicht, so als stelle die entsetzte Reaktion der Gesellschaft für ihn einen besonderen Nervenkitzel und somit die Triebfeder für jahrzehntelangen Aktivismus dar.

Geboren 1912 in Mecklenburg, entschied sich Remer nach dem Abitur für eine Karriere als Berufssoldat. Während des Zweiten Weltkrieges streifte ihn ein Hauch von Weltgeschichte, als er am 20. Juli 1944 in Berlin für das endgültige Scheitern der Umsturzpläne Stauffenbergs sorgte: Als Kommandeur des Berliner Wachbataillons blieb Remer »hitlertreu«, ließ die Beteiligten verhaften und wurde anschließend zum Vorzeigesoldaten aufgebaut. Er wurde u.a. Kommandant der »Führerbegleitbrigade« und bis Kriegsende zum Generalmajor befördert. Die NS-Medien machten aus Remer einen deutschlandweit bekannten Mann. Er genoss die Aufmerksamkeit und gab sich spätestens seit diesen Tagen als überzeugter Nationalsozialist.

Nach Kriegsende unterlag Otto Ernst Remer als Nazigeneral dem »Automatischen Arrest« durch die Alliierten, schlüpfte aber als angeblich »unbelastet« durch die Maschen der Entnazifizierung.[2] Der ehemalige Berufssoldat wurde arbeitslos und entschied sich nach Abschluss einer Maurerausbildung, politisch aktiv zu werden, nach eigener Aussage zur »Wahrung unserer nationalen Interessen«[3]. Als deutschlandweit bekannter Unterstützer Hitlers wurde er ab 1949 das propagandistische Zugpferd der nationalsozialistisch ausgerichteten Sozialistischen Reichspartei (SRP)[4]. Den Wahlkampf nutzte er als Plattform für seinen Geschichtsrevisionismus und aggressive nationalsozialistische Propaganda. Er rechtfertigte regelmäßig seine Rolle am 20. Juli 1944 und behauptete, dass Widerstand gegen Hitler Landesverrat und niemals legitim gewesen sei. Letztlich beruhte ein großer Anteil an den Wahlerfolgen der SRP auf Remers Hetze. Dies brachte ihm erneut große öffentliche Beachtung ein und befriedigte wahrscheinlich seinen Geltungsdrang. Er wurde mehr und mehr zum Hauptfeindbild aller antifaschistischen Demokrat_innen. Der Schweizer Journalist Fritz Renè Allemann beklagte 1952, dass »außerhalb Deutschlands der bekannteste deutsche Politiker neben Adenauer ausgerechnet Remer heißt«.

Doch der erneute Ruhm währte nur kurz: Die SRP wurde 1952 als erste Partei in der Bundesrepublik vom Bundesverfassungsgericht verboten. Er selbst wurde im sog. »Remer-Prozess« 1952[5], wegen »Übler Nachrede« in Tateinheit mit »Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener« zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Remers Heldenmythos war dahin. Gleichzeitig musste er fürchten, aufgrund seiner Hetztiraden seine Pensionsrechte und somit seine Lebensgrundlage zu verlieren. Er reagierte, indem er sich vorübergehend ins Private zurückzog.

1| Zitiert nach: Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. München, 1999, S. 326.

2| Er argumentierte, wie so viele andere auch, mit angeblichem Befehlsnotstand und der Pflicht, seinem Eid Folge zu leisten. Seine Tätigkeit als militärischer Berater für die US-Truppen dürfte ebenfalls hilfreich gewesen sein.

3| Aus: Der Bismark-Deutsche. Organ der Deutschen Freiheitsbewegung, 5.Jg, Nr.1/2 Januar/Februar 1989, S. 4

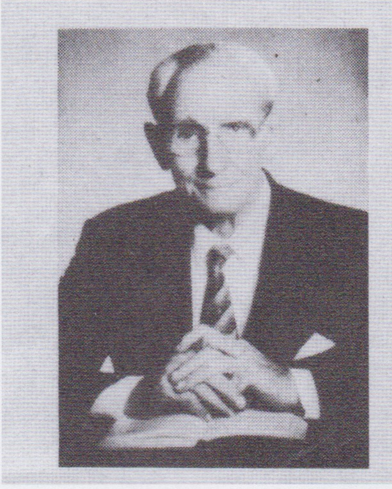
4| 1951 erreichte die SRP bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 11 bzw. 7,7 %

5| Im Braunschweiger Remer-Prozess vom März 1952 wurde Otto Ernst Remer verurteilt, weil er in einer Wahlkampfrede 1951 die Hitler-Attentäter um Graf Stauffenberg des Landesverrates bezichtigte. Es gelang Staatsanwalt Fritz Bauer, die Widerständler gegen Hitler zum ersten Mal vor bundesdeutschen Gerichten posthum zu rehabilitieren.

[1]

OTTO ERNST REMER, Generalmajor a.D.

Liebe deutsche Landsleute,



striert werden soll. Dennoch wurde durch die unermüdliche Arbeit, sowie durch den mutigen Einsatz unerschrockener Revisionisten das alliierte Geschichtsbild angekratzt.

Der Wahrheit zum Hohn rief beispielsweise die evangelische Kirchengemeinde Frankfurt noch im Februar 1989 zu einer Bußfahrt für die "deut-

[2]

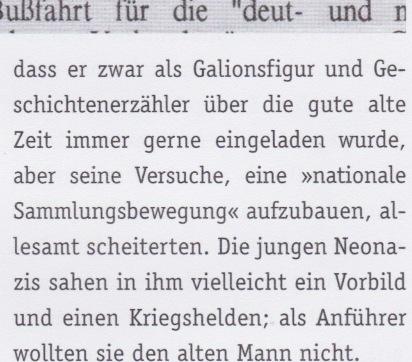


[1] Otto Ernst Remer als Neonazi-Publizist

[2] Otto Ernst Remer im Januar/Februar 1945; Foto: Bundesarchiv

Später schrieb er hoffnungsvoll: »Die Stunde wird kommen, in der das nationale volkstreue junge Deutschland wieder eine Aufgabe finden wird, in der es sich bewähren kann und wird. Bei solchen Zuständen sind Parteien und Parlamente überfragt und werden sich aus dem Staube machen.«[6]

Der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck um das Jahr 1980 und die Radikalisierungen der extremen Rechten, vor allem die Entstehung neonazistischer Gruppen und steigende rechtsterroristische Aktivitäten, dürften ihn zur Rückkehr in die aktive Politik bewegt haben. Er versuchte sich mit ersten Gastauftritten bei NPD und DVU, auch zusammen mit dem Holocaustleugner Thies Christophersen, erneut als Führungspersönlichkeit zu etablieren, um die »Glorie« vergangener Tage zu erneuern. Remer baute dabei stark auf die jungen, aggressiven Neonazis: »Eine in breiten Schichten der Bevölkerung gewünschte und geforderte Wende in der Politik ist notwendig. Sie aber kann doch nur Erfolg haben, wenn neben altbewährten und im Kampf erprobten Führungskräften, [...] unverschlissene, aussagefähige neue Führungskräfte antreten, denen insbesondere die jetzt wieder aufwachende Jugend zu folgen bereit ist.« Bald aber musste Remer einsehen, dass er zwar als Galionsfigur und Geschichtenerzähler über die gute alte Zeit immer gerne eingeladen wurde, aber seine Versuche, eine »nationale Sammlungsbewegung« aufzubauen, allesamt scheiterten. Die jungen Neonazis sahen in ihm vielleicht ein Vorbild und einen Kriegshelden; als Anführer wollten sie den alten Mann nicht.



Remer verlegte sich daraufhin aufs Publizieren. Innerhalb seiner Veröffentlichungen ist eine klare Radikalisierungstendenz zu beobachten: Zunächst versuchte er in einigen geschichtsrevisionistischen Büchern[7] seine eigene Biographie und vor allem sein Handeln am 20. Juni 1944 zu rechtfertigen. Seit dem Ende der achtziger Jahre veröffentlichte er immer aggressivere, antisemitische und rassistische Artikel und Zeitschriften. Besonders erwähnenswert ist die von ihm seit 1991 herausgegebene »Remer-Depesche«, deren Hauptaufgaben die ausländerfeindliche Hetze und die Leugnung des Holocaust waren. Gleich die zweite Ausgabe titelte: »Auschwitz – Aus für die Gaskammern«. Ein in der Remer-Depesche vom Oktober 1992 veröffentlichter Artikel von Erwin Goedert, feierte in menschenverachtender Sprache die rassistischen Mordversuche als »heldenhaft«. Die Überschrift lautete: »Große Siege in Mitteldeutschland: Deutsche Freiheitskämpfer haben die strategisch wichtigen Städte Hoyerswerda, Rostock und Quedlinburg zurückerobert«.

Remer sah sich Zeit seines Lebens im Kampf gegen die »Polit-Schwerverbrecher in Bonn«, wie er 1992 schrieb. Das Parteiverbotsverfahren, der Versuch, ihm seine Grundrechte abzuerkennen[8] und der drohende Verlust der Pension konnten ihn nur zeitweise bremsen. Auch die zahlreichen Verurteilungen wegen »Beleidigung« und »Volksverhetzung« konnten ihm wenig anhaben, sie schienen ihn stattdessen immer weiter anzustacheln. Im Gegensatz zu vielen anderen alten Nazis, die sich irgendwann zurückzogen, ist Remers Biographie von Kontinuitäten und öffentlichkeitswirksamen Aktionen geprägt. Er entwickelte sich von einem zunächst »unpolitischen« preußisch-militaristischen Soldaten zu einem nationalsozialistischen Politiker und schließlich zu einem neonazistischen Aktivisten und Publizisten. Er blieb seiner menschenverachtenden Ideologie bis zu seinem Tod 1997 treu, passte sich den organisatorischen Veränderungen innerhalb der extremen Rechten regelmäßig an und war immer mit dabei. ■

6| Aus: Der Bismark-Deutsche. Organ der Deutschen Freiheitsbewegung, 3.Jg, Nr.4 April 1987, S. 5.

7| Dies sind: 20. Juli 1944. Verlag Deutsche Opposition. Hamburg-Neuhausen, 1951; Kriegshetze gegen Deutschland: Lüge und Wahrheit über die Ursachen beider Kriege. Remer-Heipke, Bad Kissingen, 1989.; Verschwörung und Verrat um Hitler. Urteil des Frontsoldaten. Remer-Heipke, Bad Kissingen, 1993.

8| 1952 strengte Bundesinnenminister Robert Lehr ein Verfahren zur Aberkennung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nach Art. 18GG gegen Remer an, weil er diese Grundrechte ständig missbraucht hätte.

Solidarität organisieren

Verfahren gegen Antirassisten in Stuttgart

Einige aus dem Stuttgarter Solikreis

Am 4. August 2011 wurde der Antifaschist Chris in Stuttgart-Heslach verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Vorgeworfen wurde ihm die Beteiligung an Protestaktionen gegen ein rassistisches Aktionswochenende und eine Veranstaltung der Partei »Die Freiheit«.

Proteste gegen Rassistenwochenende

Anfang Juni 2011 lud die »Bürgerbewegung Pax Europa e.V.« zu einem »Islamkritischen Wochenende« in Stuttgart ein. Geplant waren neben Workshops und Seminaren eine Auftaktkundgebung am Donnerstagnachmittag auf dem Stuttgarter Schlossplatz sowie eine Parade am Sonntag. Personell und zeitlich eng verknüpft sollte ebenfalls am Sonntag der Gründungsparteitag des Landesverbands der rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit« stattfinden.

Das Bündnis »no racism in Stuttgart« organisierte am Donnerstagmittag eine Demonstration. Im Anschluss zog ein Großteil der Teilnehmer_innen zum Stuttgarter Schlossplatz. Dort wurde die Bühne der »Bürgerbewegung Pax Europa e.V.« kurzerhand besetzt. Nachdem die Polizei diese gewaltsam geräumt hatte, konnten die Redner rund um den aus den USA angereisten Robert Spencer nur unter lautstarkem Protest und massivem Polizeischutz eine stark gekürzte Kundgebung abhalten. Die etwa 50 TeilnehmerInnen des »Islamkritischen Wochenendes« mussten aus Sicherheitsgründen hinter der Bühne bleiben.

Die für Freitag und Samstag angekündigten Seminare und Workshops konnten aufgrund des öffentlichen Drucks nicht in den ursprünglich angedachten städtischen Räumen stattfinden. Kurzfristigen Ersatz bot die rechts-katholische Piusbruderschaft in ihrer Deutschlandzentrale in Stuttgart-Feuerbach. Aufgrund einer antirassistischen Kundgebung musste am Samstag auf das vergleichsweise teure Abacco Hotel im Industriegebiet Korntal-Münchingen zurückgegriffen werden. Aufgrund der verdeckten Mobilisierung und den begrenzten Platzkapazitäten des Hotels ist von maximal 40 TeilnehmerInnen auszugehen.

Die für Sonntag angekündigte »Salute Israel Parade« wurde nach den massiven Protesten am Donnerstag von den VeranstalterInnen abgesagt. Der Gründungsparteitag des Landesverband der Partei »Die Freiheit« fand unter Polizeischutz in Stuttgart-Bad Cannstatt statt. Knapp 30 Antifaschist_innen gelang es, sich der Veranstaltung trotz versuchter Geheimhaltung des Veranstaltungsortes mit einer spontanen Kundgebung vor Ort entgegenzustellen. Im Umfeld des Treffens gerieten mehrere Funktionäre der Partei um den Landeskoordinator Joachim Reymann in einem Parkhaus in eine handfeste Auseinandersetzung mit Antifas.

Festnahme, Prozess, Solidarität!

Zwei Monate nach den Protesten, am 4. August 2011, wurde der Stuttgarter Antifaschist Chris vor einer Bäckerei in Stuttgart-Heslach verhaftet. Die sofortige Anordnung zur Untersuchungshaft wurde im wesentlichen mit einer möglichen Fluchtgefahr begründet, obwohl Chris einen festen Wohnsitz, Arbeit und Familie in Stuttgart besitzt. Vorgeworfen wurde ihm die Beteiligung an der Bühnenbesetzung sowie an der Auseinandersetzung mit Funktionären der Partei »Die Freiheit«.

Bereits wenige Tage nach der Verhaftung gründete sich der Stuttgarter Solikreis. Unter dem Motto »Freiheit für Chris! Für antifaschistische Solidarität! Gegen Repression und Polizeigewalt« wurde zum ersten Verhandlungstag Anfang September 2011 vor dem Stuttgarter Amtsgericht mobilisiert. An einer Kundgebung vor der Gerichtsverhandlung nahmen über 100 Menschen teil. Rund um den Prozess kam es immer wieder zu Soliaktionen in der Stadt und vor der JVA in Stammheim.

Das Gerichtsverfahren offenbarte sich letztlich als Farce. Anhand widersprüchlicher Zeugenaussagen und obwohl keine Beweise für eine mögliche Tatbeteiligung vorlagen, wurde Chris zu einer elfmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Eine politisch agierende und dominante Staatsanwaltschaft, Zeugen, die wie der »Freiheit«-Funktionär, Polizist und Hauptbelastungszeuge Thomas St. fast ausschließlich aus den Reihen der Polizei kamen und eine Richterin, die den Bestrebungen der Staatsanwaltschaft von Beginn an den Weg freimachte, ergänzten sich im Zustandebringen der harten Verurteilung.

Die Verteidigung legte dagegen Berufung ein und bemühte sich in der

1| Siehe www.linksunten.indymedia.org/en/node/48251

2| Eine ausführliche Nachbereitung der Antifaschistischen Aktion (Aufbau) Stuttgart findet sich unter www.linksunten.indymedia.org/en/node/42706

Folgezeit um ein Ende der Untersuchungshaft. Am 19. Dezember 2011, nach viereinhalb Monaten, wurde der wacklige Haftbefehl schließlich außer Kraft gesetzt und Chris entlassen. Die Berufungsverhandlung gegen ihn begann und endete am 29. Februar diesen Jahres mit einem sogenannten Vergleich zwischen Anklage und Verteidigung. Die Haftstrafe wurde auf 15 Monate erhöht, im Gegenzug jedoch zur Bewährung auf drei Jahre ausgesetzt. Dass eine unmittelbare Haftstrafe überhaupt abgewendet werden konnte, werten wir als Konsequenz der starken Unterstützungsarbeit im Rahmen einer allgemein zunehmenden Sensibilisierung für die Gefährlichkeit rassistischer Hetze.





[1] Die Festnahme von Chris nach der Bühnenbesetzung

[2] Eine Solidaritätskundgebung für Chris vor dem Gericht

Kein Ende in Sicht

Die Kriminalisierung gegen Antirassisten in Stuttgart wird mit dem Urteil im Fall von Chris noch nicht ihr Ende gefunden haben. Gegen mehrere Teilnehmer_innen der Protestaktionen sind nach wie vor Verfahren offen. Dass die Stuttgarter Staatsanwaltschaft im Umgang mit Linken alles andere als zimperlich ist, hat die Vergangenheit bewiesen. Die harten Urteile im Indizienprozess gegen sieben Antifas wegen einer Auseinandersetzung mit NPD-Mitgliedern im Februar 2007 oder die willkürliche dreiwöchige Inhaftierung eines Stuttgarter Antifaschisten im Oktober 2009, ebenfalls wegen einer Auseinandersetzung mit Neonazis trotz eines wasserdichten Alibis, sind nur zwei von vielen Beispielen der letzten Jahre.

Doch auch fünf Teilnehmer_innen der antirassistischen Proteste haben inzwischen Anzeige erstattet. Sie werfen der Stuttgarter Polizei Körperverletzung und Nötigung vor. Es geht unter anderem um Kopf- und Augenverletzungen durch Teleskopschlagstöcke und Pfefferspray. In der Erklärung »Kein Schweigen zu Gewalt und Willkür der Stuttgarter Polizei«[1] erklären sie, dass sie sich trotz der erfahrungsgemäß geringen Erfolgsaussicht einer solchen Klage zu diesem Schritt entschieden haben, um auf die zunehmende Polizeigewalt aufmerksam zu machen.

Für einen offensiven Antirassismus!

Trotz der massiven Repression gegen Antifaschist_innen und Antirassist_innen im vergangenen Jahr ist es immer wieder gelungen, erfolgreich zu intervenieren. Die Proteste gegen den Kongress Anfang Juni in Stuttgart sind ein Beispiel dafür, dass durch breiten und vielfältigen Widerstand der Raum für rechte Hetze stark eingeschränkt werden kann[2].

Die staatliche Repression kann durch Solidarität abgefedert werden. Mit einer großen Mobilisierung gegen den Neonaziaufmarsch in Dortmund und einem verhinderten Kleinaufmarsch von Neonazis im September 2011 im nahegelegenen Leonberg haben die regionalen antifaschistischen Akteure bewiesen, dass sie sich nicht lähmen und einschüchtern lassen. ■

Es ist Zeit zu handeln!

Roma im Norden der tschechischen Republik

Ramona Gehring und Jens Thöricht

In Varnsdorf fand am 29. Januar 2012 eine antiziganistische Demonstration statt. Etwa 200 Demonstrant_innen fanden sich zur Auftaktkundgebung auf dem Beneç-Platz ein. Anlass für diesen antiziganistischen Aufmarsch war der Tod einer 62-jährigen Varnsdorferin Mitte Januar 2012. Als Ursache für den Tod der Frau geben tschechische Neonazis angebliche Spätfolgen eines Überfalls auf sie an, der sich in der Sylvesternacht ereignet haben soll. Behauptungen, der Zwischenfall habe sich vor einer Romaunterkunft – dem »Hotel Sport« – ereignet, konnten nicht bestätigt werden. Seit früheren antiziganistischen Ausschreitungen, wird das Gebiet um das »Hotel Sport« mit Videokameras überwacht. Auf dem Überwachungsvideo ist von einem derartigen Angriff nichts zu sehen. Allerdings war die Frau schon lange Zeit schwer krank. Alle mit diesem Fall betrauten Personen sehen keinerlei Zusammenhang zwischen dem angeblichen Überfall und dem Tod der Frau. Die Polizei hatte eine forensische Autopsie angeordnet, um die genaue Ursache ihres Todes festzustellen. Diese ergab, dass die Frau an einer Hirnblutung verstarb.[1]

Zweiter Auslöser war der angebliche Übergriff auf einen 43-jährigen Mann in einer Bar in Ceska Lipa. Die Polizei stellt jedoch richtig, dass sich der Mann die Verletzungen selbst beigebracht habe.

Ein großer Teil der Teilnehmer_innen waren vor allem VertreterInnen der extremen Rechten aus der »Delnická Strana sociální spravedlnosti« (DSSS), übersetzt »Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit«. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder der »Autonomen Nationalisten Liberec«. Diese hatten sich schon im September an Ausschreitungen beteiligt. Führend bei den Septemberausschreitungen soll Milan C., ein Liberecer Taxifahrer gewesen sein.

Auch Vertreter_innen der ostsächsischen NPD hatten sich zu dieser Demonstration eingefunden. »Die NPD aus Zittau wird kommen ;-)«, antwortete die Zittauer NPD-Stadträtin Antje Hiekisch auf die Einladung vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der DSSS, Petr Kotáb. Unter den Teilnehmer_innen aus Deutschland befand sich der NPD-Kreisgeschäftsführer Torsten Hiekisch (Zittau), der Kreisvorsitzende der NPD Görlitz Ralf-Michael Gläßer und Sandro Gutsche aus Sohland. Letzterer wurde 2010 wegen Beihilfe zu einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.[2]

Nach der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug, in dessen Verlauf sich noch einmal etwa 200 Menschen anschlossen. Dabei wurden Transparente und Plakate mit der Aufschrift »Stop cernému rasismu« (»Stopp Schwarzen Rassismus«) gezeigt.

Die Teilnehmer_innen skandierten rassistische und nationalistische Parolen wie »Nic nez narod« (deutsch: »Nichts als die Nation«), »Cechy Cechum« (deutsch: »Böhmen für die Tschechen«) und »Cikáni tun práce« (deutsch: »Zigeuner zur Arbeit«). Nach Augenzeugenberichten soll aus der Gruppe der deutschen Teilnehmer_innen vor dem »Hotel Sport« »Gute Heimreise« gerufen worden sein.

Eine Situationsbeschreibung:

Wir dürfen bei der Betrachtung nicht auslassen, dass wir über eine Region sprechen, die als »strukturschwach« angesehen wird. Firmen investieren nicht, das Bildungsniveau ist schlecht und die Infrastruktur miserabel. In den Jahren 2008 und 2009 haben etliche Firmen Arbeitsplätze abgebaut, bei den noch vorhandenen haben sich die Arbeitsbedingungen generell verschlechtert.

Wenn wir dort nach Gründen fragen, warum die Sinti und Roma abgelehnt werden, wird mit an erster Stelle »Kriminalität« genannt. Während der antiziganistischen Demonstrationen wurde erwähnt, dass es »Fakt« ist, dass die Kriminalitätsrate im letzten Jahr um 200 Prozent gestiegen sei. Der Varnsdorfer Vizebürgermeister Karel Dubsky sagte bei einer Bürgerversammlung im September 2011, dass es keinen Grund für die Anti-Roma-Proteste gebe, da die Kriminalität vor Ort nicht wachse, sondern »markant abgenommen« habe.[3] Weiterhin wurden gewalttätige Zwischenfälle als Begründung für die Hetze gegen Sinti und Roma angeführt.

Dominierend war der Vorwurf, die Sinti und Roma würden sich Sozialleistungen erschleichen und Arbeitsplätze wegnehmen. Nach dem Verlust von Arbeitsplätzen in der Region gibt es heutzutage nicht viele Möglichkeiten, einen neuen zu finden, die Arbeitgeber haben viele Möglichkeiten

1| www.radio.cz/de/rubrik/nachrichten/nachrichten-2012-01-29
2| http://www.addn.me, Bautzen:Prozess wegen Anschlag auf Asylbewerberheim, 11. August 2010
3| romove.radio.cz
4| protikapitalu.org/?cat=2



[1] TeilnehmerInnen der antiziganistischen Demonstration im Januar 2012 in Varnsdorf. In der Bildmitte mit Stativ: Ralf-Michael Gläßer, Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Görlitz.

einen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zu konstruieren. Sei es durch Trennung von Mitarbeiter_innen in Lohn-Kategorien, durch die berufliche Qualifizierung, Arbeitsproduktivität, Alter oder Geschlecht. Dabei sind auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus effiziente Werkzeuge, um die Konkurrenz innerhalb der Arbeitenden und der Arbeitssuchenden zu vertiefen und zu verstärken. Das hat zur Folge, dass der Unmut wächst, wenn Minderheiten teilweise Arbeitsplätze erhalten, nur weil sie weniger Arbeitslohn verlangen als die einheimische Bevölkerung. Die arbeitslose einheimische Bevölkerung sprach von schweren Angriffen auf ihre Löhne und ihren Lebensstandard, allerdings ohne eine Empörung gegen die Firmen, die die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben. Stattdessen wurde den Sinti und Roma die Schuld gegeben.

Zum einen wird es als störend empfunden, dass die Sinti und Roma immer noch eine Gemeinschaft bilden, die zusammenhält. Zum anderen wird ihnen die Schuld an den schlechten Lebensbedingungen gegeben. Sie werden als »Sozialschmarotzer« angesehen und gelten als »Unangepasste«.

Immer lauter ertönt der Ruf nach einem starken Staat. Die Forderung nach mehr Härte geht Hand in Hand mit dem aktuellen politischen Reformkurs. Die Geschichte wiederholt sich: Wenn die Unterdrückten, die Arbeiter_innen für Disziplin, Gehorsam, Null-Toleranz und eine starke Regierung Partei ergreifen, dann werden sie die Ersten sein, die dafür bezahlen.

Nur wenige Menschen haben begriffen, dass jemand ohne Qualifikation wenig Chance hat, einen Job in der Region Sluknov zu finden, egal welche Hautfarbe er hat.[4]

In den westlichen europäischen Ländern kämpfen Sinti und Roma mit Ausgrenzung und sehen sich der latenten Gefahr ausgesetzt, in den Balkan abgeschoben zu werden. Dramatischer ist es in den osteuropäischen Ländern. Hier geschehen Morde, Brandanschläge, Hetzjagden – in einigen Regionen unter den Augen der Polizei.

Unterstützung gesucht

Nach dem Beginn der Pogrome gab es den Wunsch der Betroffenen, dass Hilfe auch aus Deutschland geleistet wird. Sei es in Form von Berichterstattung über die Zustände in der Region, sei es in Form von praktischer Hilfe. Daraufhin gründete sich die Initiative »Solidarity with Czech Roma«. Menschen, die darin aktiv sind sammeln sachsenweit Kleidung und verteilen diese direkt vor Ort. Auf tschechischer Seite wird die Initiative »Solidarity with Czech Roma« von Aktivist_innen aus Novy Bor, Liberec und Prag unterstützt. Ebenfalls wurde gewünscht, bei neuen Aufmärschen den Sinti und Roma vor Ort durch Anwesenheit zu zeigen, dass sie nicht allein sind.

Die lokalen Roma haben die Idee, eine nicht mehr genutzte Kirche als sozialen Treffpunkt zu nutzen. In diesem wollen sie Angebote für Menschen schaffen, die wie sie selbst sozial benachteiligt werden. Dieses Vorhaben kann ebenfalls mit Spenden aber sicherlich bald auch mit Arbeitseinsätzen vor Ort unterstützt werden. ■

Dankenswerter Weise hat der »Tamara Bunke Verein für internationale Jugendverständigung« sein Konto für Geldspenden an die Roma bereitgestellt.
»Alle eingehenden Spenden werden ohne Abzüge direkt an die betroffenen Roma weitergeleitet. Um eine gerechte Verteilung der Spenden zu gewährleisten, wurde der Zentralrat der Sinti und Roma mit der Bitte angeschrieben, uns dabei behilflich zu sein. Da wir transparent arbeiten, sind wir gern bereit alle eingehenden Spenden sowie die Weitergabe zu dokumentieren und öffentlich zu machen«, so die Vereinsvorsitzende.

Der Verein unterhält nachfolgende Bankverbindung:
Inhaberin: Tamara Bunke Verein
Kontonummer: 3000082580
BLZ: 850 501 00
Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien
Betreff: Roma CZ

Neuer Graswurzel-Chauvinismus in Japan

Eiichi Kido (Universität Osaka)

Heute beherrschen Nationalismus und Populismus immer mehr die politische Stimmung in Japan. Nach dem Ende des Kalten Krieges ging Japan erstmals, wenn auch zögerlich, einen Weg zur Versöhnung mit den Nachbarländern.

Drastischer Rechtsruck Mitte der 1990er Jahre

Im August 1993 sagte der frisch gewählte Regierungschef Morihiro Hosokawa ganz deutlich, dass Japan damals einen Angriffskrieg geführt hat. Zum 50. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation äußerte der sozialdemokratische Ministerpräsident Tomiichi Murayama am 15. August 1995, dass Japan in nicht ferner Vergangenheit durch Kolonialherrschaft und Angriff den Menschen in Asien viel Leid zugefügt habe.

Die politischen Kräfte, die bis heute die imperialistische Politik Japans vor 1945 als »Verteidigung der selbständigen Existenz« rechtfertigen und seine Kriegsverbrechen leugnen, empfanden diese Entwicklung als Krise. Sie stießen sich an den »selbstanklägerischen« Geschichtsschulbüchern, die das Nanking-Massaker[1] von 1937 und die »Trostfrauen«-Problematik[2] kritisch darstellten. Inzwischen ist es ihnen gelungen, letzteres Thema aus allen Schulbüchern für die Mittelschule (7.–9. Klasse) zu verbannen und mehr und mehr geschichtsrevisionistisches Lehrmaterial zu verbreiten. Die japanische Obrigkeit schaffte mit dem »Gesetz über die Nationalflagge und Nationalhymne« 1999 die Grundlage dafür, die Bevölkerung - insbesondere Schulkinder - bei jedem Anlass dazu verpflichten zu können, die Kaiserhymne zu singen, um dadurch nach außen ihre Opferbereitschaft zu demonstrieren. Sie nutzte den »Krieg gegen den Terror« aus und forcierte die eigene Kriegsbereitschaft. Im Dezember 2006 wurde das »Rahmengesetz für Erziehung« gründlich geändert. Die grundlegenden Ziele der Erziehung sollten nun die Achtung vor der traditionellen Kultur und Vaterlandsliebe sein. Auch die Förderung der Einstellung, zur internationalen Gemeinschaft beitragen zu wollen, gehörte dazu.

Der Machtwechsel im Sommer 2009 enttäuschte die Hoffnung auf Veränderung und es ist zu befürchten, dass die Dreifach-Katastrophe des Jahres 2011 dazu benutzt wird, um den pazifistischen Verfassungsartikel 9 abzuschaffen, sodass Japan auf der Seite der USA jederzeit und weltweit militärisch präsent sein könnte.

Anmaßende Chauvinisten

In der neoliberalen Gesellschaft Japans, in der die sozioökonomische Existenz der Menschen immer unsicherer wird, ist eine intolerante und ausgrenzende Entwicklungstendenz deutlich zu spüren. Beispiel dafür sind rassistische Organisationen wie »Zaitokukai«. »Zaitokukai« ist die Abkürzung von »Bürgerverein gegen Sonderrechte für koreanische Migranten«.

Was sind die Sonderrechte der in Japan lebenden Ausländer? Für den »Zaitokukai« ist das in Japan stationierte US-Militär, das jährlich fast 20 Mrd. Euro finanzielle Unterstützung von der japanischen Regierung - auch zu Unterhaltungszwecken - einsteckt, kein Thema. Sie haben es auf ethnische Minderheiten abgesehen, die in der japanischen Gesellschaft ohnehin diskriminiert sind.

Hier einige Aktionen, die der »Zaitokukai« in den vergangenen Jahren durchgeführt hat: Mit Sprechchören wie »Die ganze kriminelle Phillipinerfamilie Calderon aus Japan rausschmeißen!« demonstrierten sie im April 2009 vor einer Schule nördlich von Tokio, die ein 13-jähriges Mädchen besuchte. Zwei Tage später wurden die Eltern des Mädchens wegen ihres »illegalen Aufenthaltes« aus Japan ausgewiesen, während die in Japan geborene Tochter bleiben konnte.

Im August 2009 störten sie gewaltsam die »Trostfrauen«-Ausstellung in Tokio unter dem Motto: »Prostitutionsausstellung für Schüler zerschlagen!«

Im Dezember 2009 protestierten sie lautstark vor einer nordkoreanischen Grundschule in Kyoto, weil die Schule angeblich einen Spielplatz »illegal« als Sportplatz benutzte. Durch Lautsprecher betitelten sie die Schüler_innen als »Agentenkinder«.

Im Oktober 2011 beschimpften sie auf dem Bahnhof Otsu (Präfektur Shiga) die Teilnehmer_innen einer Anti-AKW-Kundgebung und provozierten dabei

1| Systematische Ermordung von 200.000 Zivilist_innen in der chinesischen Stadt Nanking
2| »Trostfrauen« ist der japanische verharmlosende Begriff für Zwangsprostituierte während des Zweiten Weltkriegs

ein Handgemenge. Als ein evangelischer Pfarrer und Mitorganisator der Kundgebung zu schlichten versuchte, verlor ein »Zaitokukai«-Mitglied, welches neben ihm ein Video aufnahm, das Gleichgewicht und fiel zu Boden, behauptete aber, von dem Pfarrer verletzt worden zu sein. Am nächsten Morgen um 5 Uhr wurde dieser daraufhin wegen Körperverletzung verhaftet und musste 11 Tage lang in Untersuchungshaft verbleiben.

Die »Zaitokukai«-Mitglieder und -AnhängerInnen nennen sich selbst »agierende Konservative« und vertreten diskriminierende und menschenverachtende Positionen. Auch Gewalttaten sind für sie kein Tabu und sie veröffentlichen diese sogar im Internet. Obwohl jedes Mal Polizei vor Ort-war, schauten sie unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit bei diskriminierenden Äußerungen und unverhohlenen Gewaltakten weg. Wie der Fall des Pfarrers zeigt, werden sie von der Polizei sogar unterstützt. Natürlich stehen nicht wenige Bürger_innen den Aktionen des »Zaitokukai« kritisch gegenüber. Aber für manche Jugendliche wirkt das »Aktionistische« und »Offensive« dabei anziehend.



[1] Demonstration der rassistischen Zaitokukai am 24. Januar 2010 in Shinjuku (Tokio). Auf dem Transparent ist zu lesen: »Die Ausländer, die sich Stimm- und Wahlrecht wünschen, aus Japan rausschmeißen!«.

»Tolerante« Regierung

Vertragsgegenstand der UN-Rassendiskriminierungskonvention ist nicht nur die Diskriminierung aufgrund von »Rasse«, sondern ebenso wegen Hautfarbe, Abstammung sowie nationaler und ethnischer Herkunft. In diesem Sinne ist der »Zaitokukai« eindeutig eine diskriminierende Organisation. Japan trat erst 1995 der UN-Konvention bei und meldete einen Vorbehalt an. Es ging dabei um Artikel 4 (a) und (b), der die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, Aufhetzung zur Rassendiskriminierung gesetzlich zu verbieten und rassistische Organisationen zu kontrollieren. Die japanische Regierung äußerte Bedenken, die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit ihrer Bürger dadurch zu begrenzen und gegen das Prinzip nulla poena sine lege zu verstoßen. Und das auch heute noch, obwohl der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung im Jahr 2001 sowie 2010 angesichts der vorgelegten Regierungsberichte des Landes die Empfehlungen abgegeben hat, ein Gesetz zum Schutz vor Rassendiskriminierung zu erlassen und den oben genannten Vorbehalt zurückzunehmen. Folgerichtig lässt die japanische Regierung den Aktivitäten des »Zaitokukai« freien Lauf.

Kein Wunder: die japanische Regierung hat jahrzehntelang die Diskriminierungspolitik gefördert. Beim Machtwechsel im Sommer 2009 wuchs die Erwartung, dass Japan seine Ausländerpolitik ändern würde. Die neue Regierung ist aber mit ihren Reformversuchen sehr zurückhaltend geworden, nachdem bereits ihr Vorschlag eines Ausländerstimm- und -wahlrechtes bei Konservativen und Chauvinisten heftige Ablehnung hervorgerufen hatte.

Als die Regierung 2010 beschloss, den Unterricht öffentlicher Oberschulen (10.–12. Klasse) gebührenfrei zu machen und privaten Oberschulen Schulbesuchsfördermittel auszuzahlen, wurden nordkoreanische Schulen unter dem Vorwand der nordkoreanischen Entführung japanischer Bürger_innen ausgenommen. Einige Kommunalverwaltungen kürzten sogar die Subvention für sie. Die japanische Regierung fördert damit weiterhin die Diskriminierung der nordkoreanischen Minderheit.

Zum Schluss

Im Zusammenhang mit dem Fall der Koreanischen Grundschule in Kyoto im Dezember 2009 wurden vier »Zaitokukai«-Mitglieder acht Monate später wegen gewaltsamer Behinderung des (Schul-) Geschäftes verhaftet und im April 2011 schuldig gesprochen. Aber weder die Ehrverletzung noch die Nötigung wurden dabei erwähnt. Der Anti-Atomkraft-Bewegung treten die »Zaitokukai«-Mitglieder offen feindselig gegenüber und es kommt regelmäßig zu Bedrohungen von Aktivist_innen, die seit dem 11. September 2011 in Protestzelten vor dem Wirtschaftsministerium in Tokio campen.

Die Reihe von »Zaitokukai«-Skandalen zeigt, dass Japan eine Gesetzgebung zur Vorbeugung und Bestrafung der Hasskriminalität braucht. Japan sollte sich endlich von der Illusion einer ethnischen Homogenität und dem selbstgefälligen Großmachtsbewusstsein verabschieden und die Gesellschaft, in der Minderheiten von oben und von unten diskriminiert werden, erneuern. Eine Gesellschaft, die Minderheiten diskriminiert und unterdrückt, verachtet sich selbst. ■

Faschismus

Im AIB wird zurzeit eine Begriffsdiskussion geführt. Ausgangspunkt ist die notwendige Kritik an der Wortschöpfung »Rechtsextremismus«. Wie sollen wir aber das Feld bzw. den Akteur des »Rechtsextremismus« nun benennen? Einige Autoren(AIB #93) machen den Begriff Faschismus und als dessen Akteur den Faschisten stark.



Guido Speckmann, Gerd Wiegel: Faschismus
PapyRossa Verlag, 2012
127 Seiten, 9,90 Euro

Genau zur richtigen Zeit erscheint da für wenig Geld der Einführungsband »Faschismus« von Guido Speckmann und Gerd Wiegel. Die letzte gute Einführung ist das Buch »Faschismustheorien« von Wolfgang Wippermann aus dem Jahr 1997, das mittlerweile aber nur noch antiquarisch zu erhalten ist.

Die Autoren haben sich viel für das Format eines Basiswissensbands im Hosentaschenformat vorgenommen. So werden in dem Buch vier Komplexe in oft zu kurzer Form abgearbeitet. Es beginnt mit einer Reise durch die Faschismustheorie(n). Im zweiten Teil folgt eine Geschichte des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Im Anschluss werden kurz die wichtigsten historischen faschistischen Bewegungen jenseits von Italien und Deutschland dargestellt. Im Abschluss wird kurz auf die Frage eingegangen, ob es heute nochmal einen Faschismus als Regimetyp geben kann und Faschismus gegen andere Begriffe, z. B. Rechtspopulismus, abgegrenzt. Gleichzeitig wird bei diesem Riesenunternehmen mit der Einschränkung »vor allem linke, materialistisch argumentierende Ansätze der historischen Faschismusdebatte« vorzustellen, wichtiges aus der »neuen Faschismustheorie« weggelassen. Gerade die Beschäftigung mit der faschistischen Ideologie unter dem Aspekt »Faschisten ernst nehmen« ist für heute aktive Antifaschisten von Bedeutung, will man den Begriff Faschisten zur politischen Gegnerbezeichnung (antifaschistisch) noch heute verwenden.

Ein Highlight des Büchleins ist der knackige Absatz in dem erklärt wird, warum es sich bei der NPD um eine faschistische Partei handelt. (FK) ■

Sönke Neitzel/Harald Welzer
Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben
Frankfurt am Main 2011.
ISBN: 9783100894342

SÖNKE NEITZEL
HARALD WELZER
SOLDATEN
Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben
S. FISCHER

Soldaten

»Soldaten« von Harald Welzer und Sönke Neitzel ist ein verstörendes Buch. Die Autoren haben Abhörprotokolle des britischen und amerikanischen Nachrichtendienstes, insgesamt ca. 150.000 Seiten, ausgewertet. Die Alliierten hatten, um militärische Informationen abzuschöpfen, Verhörzentren eingerichtet, in denen sie internierte Kriegsgefangene systematisch abhörten. Die Abschriften der Tonbänder enthalten neben Gesprächen übers »Kämpfen, Töten und Sterben« freimütige Reden über die Beteiligung an Massenerschießungen, Vergewaltigungen und den »sportlichen Ehrgeiz« beim Schießen auf flüchtende Zivilisten. Was die Autoren auf 520 Seiten zusammentragen, bestätigt was HistorikerInnen hinlänglich beschrieben haben.

Den Autoren geht es um etwas anderes. Sie wollen anhand des in den Gesprächen unhinterfragt Vorausgesetzten und dem unwidersprochen Geäußerten herausfinden, »wie nationalsozialistisch« der Krieg der deutschen Wehrmacht war und welche Rolle ideologische Prägungen der Soldaten spielten. Ihr Fazit: Viele der Soldaten mögen Antisemiten gewesen sein und ein rassistisch fundiertes Weltbild gehabt haben. Ausschlaggebend für die Anwendung exzessiver Gewalt sei jedoch vor allem die Verschiebung des »sozialen Referenzrahmens«. Der eröffnete »ganz normalen Männern« (Christopher Browning) einen Handlungsraum, in dem sie taten, was im zivilen Leben undenkbar gewesen wäre. Man muss nicht alle Schlussfolgerungen teilen – die Lektüre von »Soldaten« lohnt dennoch. Das liegt am gut lesbar aufbereiteten Material, das einen Eindruck der Mentalität deutscher Soldaten gibt. Die Autoren vermeiden Fehlschlüsse der affirmativen Militärgeschichtsschreibung und schaffen es, eine nachvollziehbare Skizze der Logiken militärischer Gewalt zu zeichnen, ohne die Spezifik des deutschen Vernichtungskriegs zu relativieren. (SG) ■

Die Elenden von Lódz
»...der Mann ist ein MONSTRUM – Seine einzige Großtat bisher: in Rekordzeit sein eigenes Volk zu verschleudern und all dessen Habseligkeiten zu stehlen oder zu veruntreuen. Dennoch sieht eine Viertelmillion Menschen zu ihm auf wie zu einem Gott!« (S. 135)

In beeindruckendem Stil und einnehmender Sprache erzählt Sem-Sandberg in diesem dokumentarischen Roman die Geschichte des Ghettos von Lódz und dem Ältesten Chaim Rumkowski – mehr Monster als Mensch in seinem Pragmatismus, dass das Ghetto als Arbeiterstadt überleben kann. Um die Leser_in herum entfaltet sich das Leben im Ghetto mit all seinen Grausamkeiten und Bestechungen, kleinen Wundern und Überlebenskämpfen. Dargestellt anhand der Erlebnisse seiner Bewohner_innen wie Vera Schulz, einer deutschen Jüdin, die mit ihrer Familie ins Ghetto deportiert wird, dessen Sprache sie nicht spricht, und die gemeinsam mit ihrem Vater versucht, das Leben ihrer kranken Mutter zu retten. Oder das Leben Adam Rzepin, der unauffällig versucht, über die Runden zu kommen und in der Liebe zu seiner kranken Schwester lebendiger wirkt, als es der Älteste je sein kann, doch gleichsam beschützt wird von seinem Onkel Lajb, der ihn zweimal von den Listen jener streicht, die das Getto verlassen müssen und ihm eine Anstellung beschafft, die sein Überleben sichern soll.
Mit historischer Genauigkeit und schriftstellerischem Können besticht dieses Werk darin, zwischen Gewalt, Hunger und Hoffnung nichts zu beschönigen und den Verrat Rumkowskis an den Gettobewohner_innen genauso klar darzustellen wie seinen persönlichen Fall: Jemand, der immer untertänig war, ungeliebt, und in seiner neugewonnenen Macht jene vergisst, für die er all dies zu tun glaubt. ■

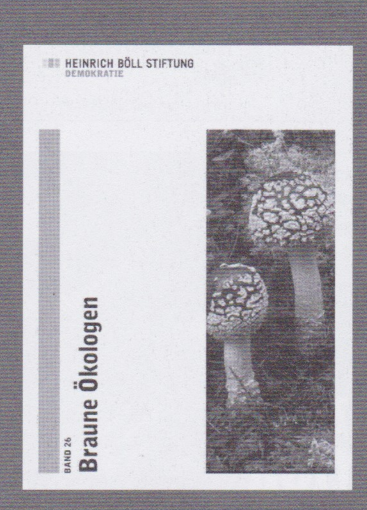
Steve Sem-Sandberg
Die Elenden von Lódz
Klett-Cotta 2011,
651 Seiten



Braune Ökologen
Ökologische Themen werden seit jeher nicht nur von linken oder progressiven Kräften bearbeitet. Doch sind die Motive für eine Auseinandersetzung von Seiten rechter Akteure mit ökologischen Problemlagen eng verknüpft mit deutsch-nationalen und rassistischen Vorstellungen. Während die Strukturen nicht allzu leicht zu durchschauen sind, verrät doch das Vokabular den ideologischen Hintergrund dieser Ökologen schnell. Da wird beispielsweise von »artgerechtem Leben« gesprochen, von »Heimatschutz« und der »Beschädigung der Substanz des deutschen Volkes«.
Die Broschüre »Braune Ideologen« möchte zu einer Debatte über die rechte Ökologiebewegung anregen und über die Netzwerke und Strukturen v.a. in Mecklenburg-Vorpommern (MV) informieren. Sie gliedert sich in zwei Schwerpunkte: Im ersten Teil werden in vier Beiträgen Konzepte »Brauner Ideologie« vorgestellt. Die »aktuelle Situation braune(r) Ökologie« in MV wird im zweiten Teil in den Blick genommen. Hier wird u.a. in einem Interview der Frage nachgegangen, warum MV so attraktiv für völkische Siedler ist, wie die NPD die ökologische Frage aufgreift oder welche Handlungsmöglichkeiten die »AG Völkische Siedler« vor Ort sieht. Im Anhang werden weitere Hinweise zu Handlungs,- Beratungs- und Informationsmöglichkeiten zu Umweltschutz und Ökologie gegeben. Besonders hilfreich ist dabei der Entwurf eines Schreibens, den kritische Konsument_innen an Bio-Unternehmen oder andere Einrichtungen richten können, um zu erfahren inwieweit Produkte völkischer Landwirte im Sortiment angeboten werden und wie sich diese dazu positionieren.
Die Broschüre eignet sich als Einstieg in das Thema rechte Ökologie. Wer sich allerdings einen Einblick in Recherche zu rechten Ökobetrieben, Handwerksstrukturen, Bio-Marken nebst den dahinterstehenden Personen in MV erwartet hat, wird enttäuscht. ■

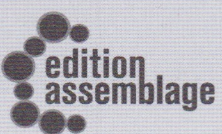
Kostenloser Download unter:
www.boell.de/downloads/braune-oekologen.pdf

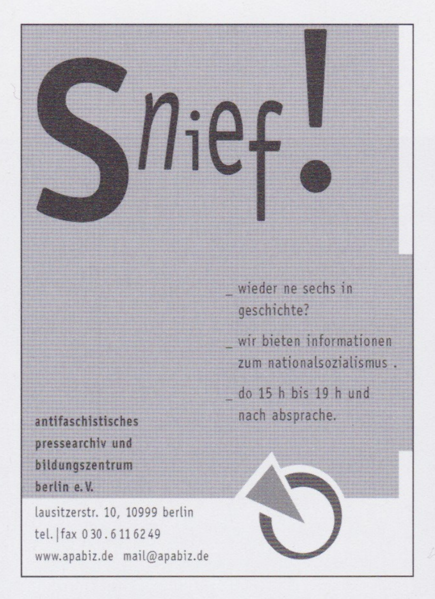
Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns.
Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg Vorpommern
2012, ISBN: 978-3-86928-062-2




Wolf Wetzel
Krise des Kapitalismus und krisenhafte Proteste

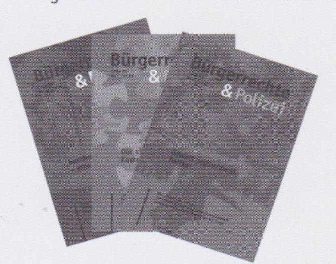

Moritz Altenried
Aufstände Rassismus und die Krise des Kapitalismus
England im Ausnahmezustand




Snief!
_ wieder ne sechs in geschichte?
_ wir bieten informationen zum nationalsozialismus .
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel. | fax 030 . 611 62 49
www.apabiz.de mail@apabiz.de


ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER · 60/2012 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
THEMA_
RASSISMUS IN DER KRISE
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

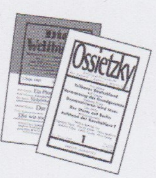

CILIP
Bürgerrechte & Polizei


Bürgerrechte & Polizei


iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd
iz3w
329
Alles so schön bunt hier – Globales Lernen mit Defiziten
Außerdem: ▸ Dauerkrise in Pakistan ▸ Streit in Bolivien ▸ Diskriminierung in Sudan ▸ Bewegung in Burkina Faso ...
Einzelpreis € 5,30
auch als PDF zum Download
iz3w ▸ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org


Probeheft kostenlos
graswurzel revolution
www.graswurzel.net

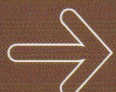

Die Weltbühne
Schaubühne


Ossietzky

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt





Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

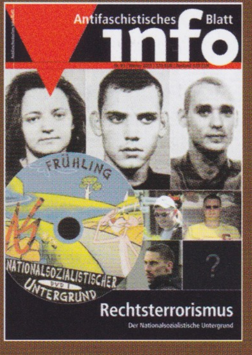
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 93
Rechtsterrorismus – Der nationalsozialistische Untergrund; Führungswechsel in der NPD; Das Blockade-Bündnis Warschau



AIB 92
Hoyerswerda – Ein Pogrom und seine Folgen; NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern; Terroranschläge in Norwegen

Impressum

Antifaschistisches Infoblatt
25. Jahrgang
Nummer 94 | 1.2012

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

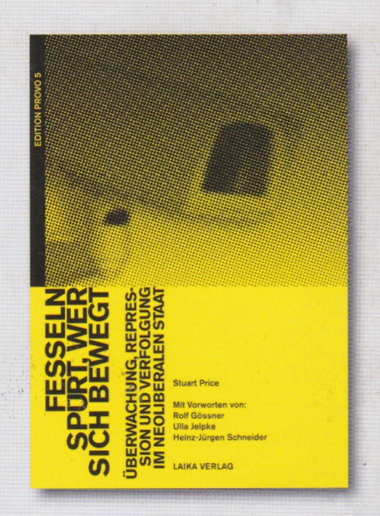
Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Stuart Price FESSELN SPÜRT, WER SICH BEWEGT

Überwachung, Repression und Verfolgung im neoliberalen Staat



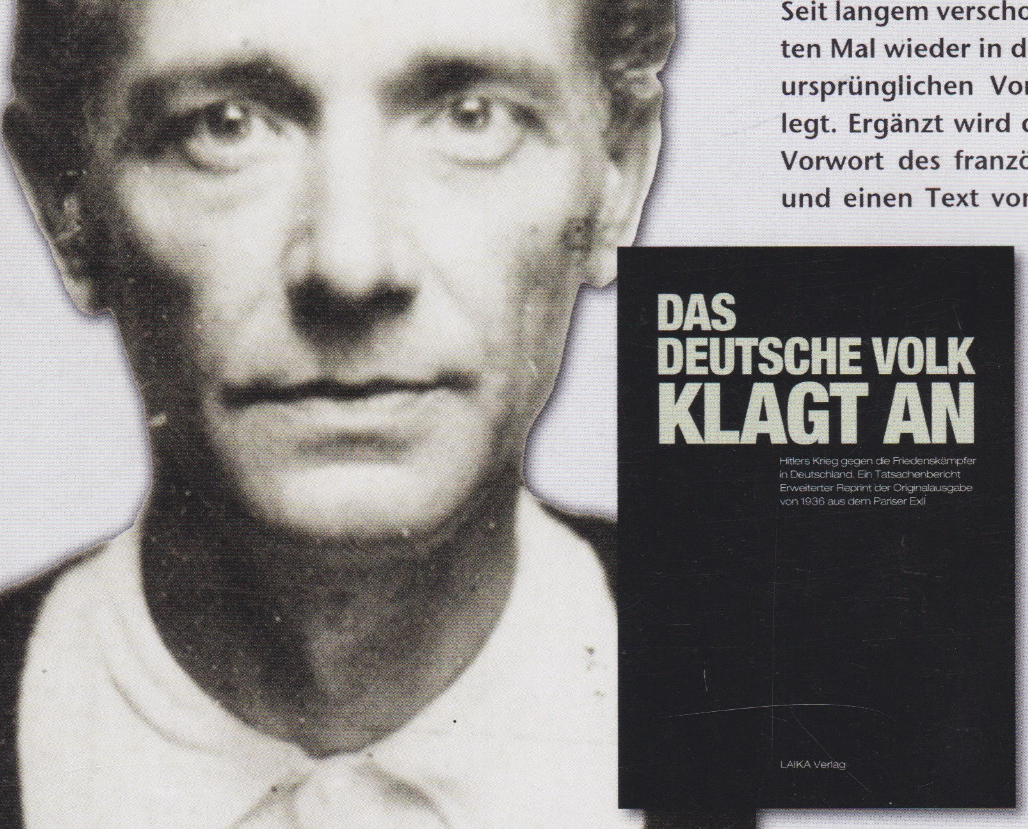
Die Sicherheitsphilosophie der europäischen Staatsschutzorgane postuliert eine permanente »Gefährdungslage«. Operativ reagiert sie darauf mit flächendeckender Überwachung, Erstellung lückenloser Bewegungsprofile und Sammlung unzähliger personenbezogener Daten – ob Konsumverhalten, Telefonverkehr oder Internetnutzung.
Diese totale Überwachung wird ergänzt durch eine permanente Militarisierung der Polizei, wobei die Grenze zwischen ihr und dem traditionellen Militär längst fließend geworden ist.
Jede Form »abweichenden« – sprich: widerständigen – Verhaltens soll erkannt und bereits präventiv unterdrückt werden. Wenn wir gegen diese Entwicklung keinen Widerstand leisten, werden wir uns bald in einem totalitären europäischen Sicherheitsstaat wiederfinden.

ISBN: 978-3-942281-00-3, Preis: 21,- Euro

DAS DEUTSCHE VOLK KLAGT AN

Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland
Ein Tatsachenbericht

Erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936
aus dem Pariser Exil



»Bereits 1933 wußte man alles...«, so schreibt der französische Historiker Lionel Richard im Vorwort zur Neuauflage dieses bedeutenden Buches der deutschen Exilpresse. 1936 in Paris anonym veröffentlicht, berichtet dieses Buch detailliert von der nationalsozialistischen Unterdrückung, Gewalt und Zerstörung. Die »Gefahr millionenfachen Todes in einem neuen Krieg« steht den Autoren bereits klar vor Augen, der Massenmord an den Juden ist in der antisemitischen Hetze bereits als Generalbefehl angekündigt.
Zusammengetragen wurden diese Berichte von Maximilian Schlieper, einem Journalisten der deutschen Arbeiterpresse, der 1933 ins Exil nach Frankreich emigrierte und dort zum Schutz seiner deutschen Familie den Namen Maximilian Scheer annahm.
Seit langem verschollen, wird dieses Buch nun zum ersten Mal wieder in deutscher Übersetzung und mit dem ursprünglichen Vorwort von Romain Rolland vorgelegt. Ergänzt wird die Ausgabe durch ein einleitendes Vorwort des französischen Historikers Lionel Richard und einen Text von Katharina Schlieper, Tochter von Maximilian Scheer und Herausgeberin der Neuauflage. Dem Band ist zudem ein Reprint der Übersichtskarte über die Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse in Deutschland von 1936 beigelegt, die auch schon in der Originalausgabe enthalten war. Schließlich gibt es einen ergänzenden Beitrag zu Willi Münzenberg, der 1936 im Pariser Verlag *Editions du Carrefour* die Herausgabe dieses Buches organisierte.

ISBN: 978-3-942281-20-1
Preis 24,90 Euro

WWW.LAIKA-VERLAG.DE